

NEUE ZEIT

JANUAR 1985

5
ab-
genomme...

Institut der Zollverwaltung der DDR
„HEINRICH RAU“

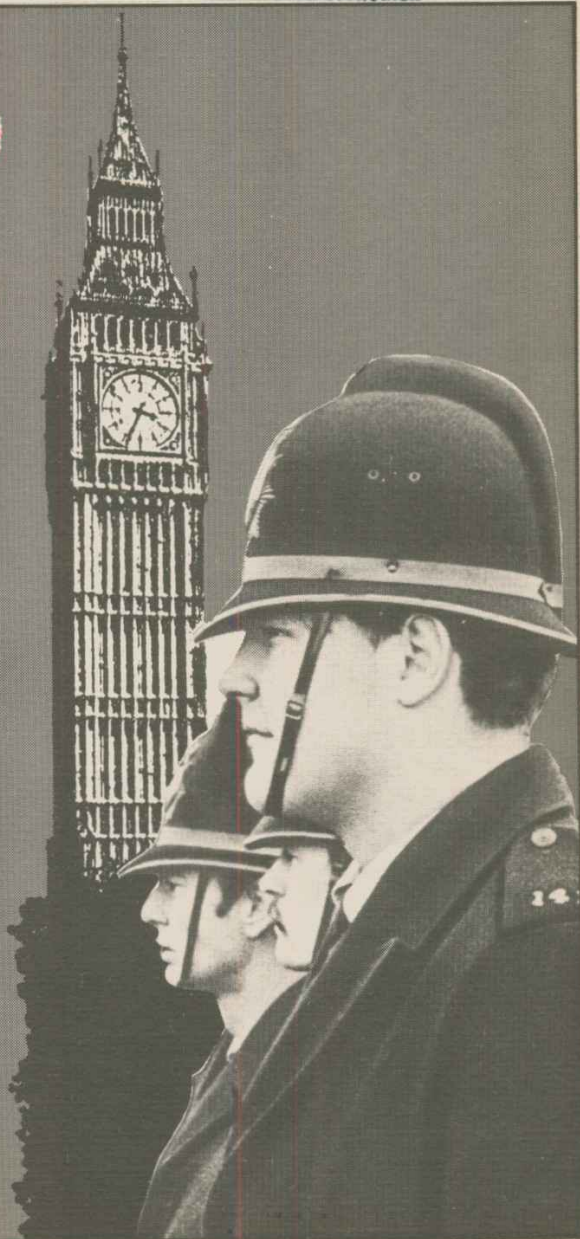
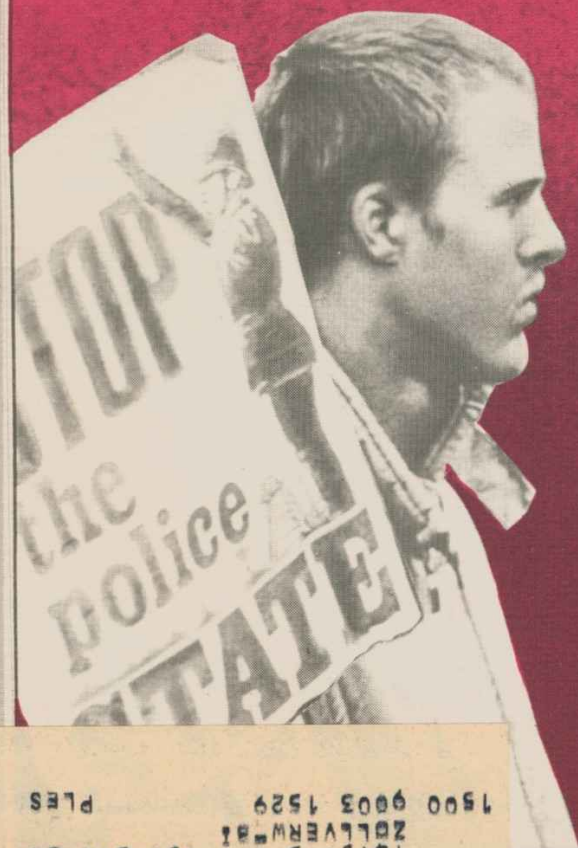
1501 Plötzin, Ortst. Plessow 2

Postfach 600

Fachbibliothek

MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK

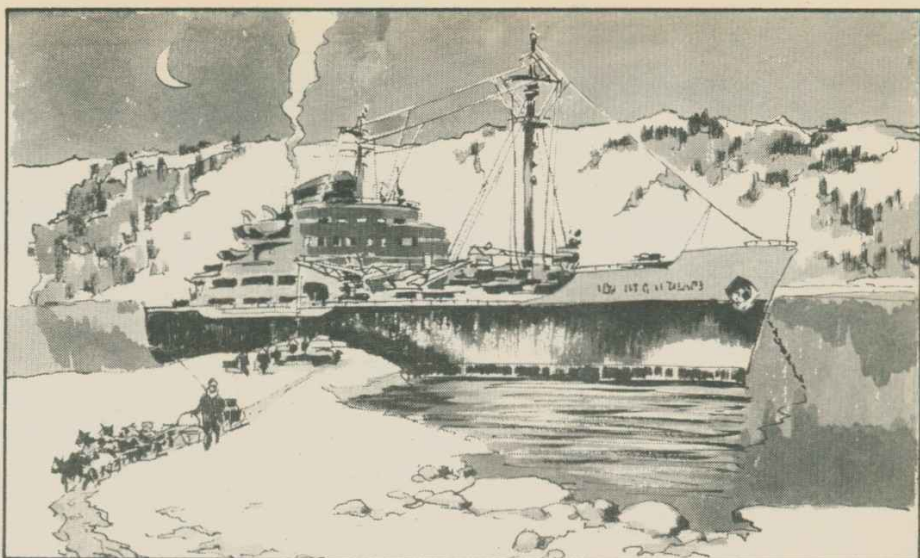
DIE 80er JAHRE:
KLASSENKAMPF
SCHWILLT AN



16159 5
ZOLLVERW-RI
151 394 347
1500 0003 1529
PLES

IM NORDEN

Von den östlichen Hängen des Ural bis fast zum Jenissej erstreckt sich der Autonome Kreis der Chanten und Mansen in Westsibirien. Alles hier ist vom Norden geprägt — die Natur und das Leben der Menschen in der schwer zugänglichen Taiga. Chanten und Mansen waren schon immer gute Waidmänner. Sie jagen Eichhörnchen, Zobel, Marder, Hermeline und Vielfraße. Heute gibt es



Das letzte Schiff mit Fracht für Geologen

Rentiertreiber



Heim zum Pelztierzuchtsowchos

Fischersiedlung an den Hängen



hier spezialisierte Jagdwirtschaften. Seit alters her betreibt die Bevölkerung auch Fischfang. Die Lebensweise der Chanten und Mansen wandelt sich, doch die Nationaltracht, die dem langen Aufenthalt des Menschen im Freien mit Rentierherden, bei der Jagd oder beim Fischfang angepaßt ist, läßt sich durch nichts ersetzen. Außer Jägern und Fischern arbeiten in Taiga und Tundra Geologen. Der Winter bedeutet für sie vor allem gute Wege, auf denen sich Verschalungsrohre, Bohrwerkzeuge, Brennstoff und Wohnwagen befördern lassen. Den Entdeckungen der Geologen verdankt der Autonome Kreis der Chanten und Mansen die Erschließung so bekannter Erdöl- und Gasvorkommen wie der von Mamontowskoje, Samotlor und Surgut.

Zeichnungen:
R. Iwanow

ZEIT DER HOFFNUNG, ZEIT DES KAMPFES

Jugend. Herrliche Zeit des Pläneschmiedens, der Hoffnungen, der ersten festen Schritte ins Leben.

Jugend. Tragische Zeit der zerstörten Pläne, der Enttäuschungen, der Sackgassen.

So lautet die Alternative. Die sozialistische Ordnung gibt allen Jugendlichen die Möglichkeit der völligen Entfaltung ihrer Fähigkeiten zum Wohl der Gesellschaft. Schon im Anfangsstadium der Sowjetmacht sprach Lenin von dem breiten Tätigkeitsfeld, das der Aufbau der neuen Gesellschaftsordnung der Jugend bietet. Auf diesem Feld arbeitet sie mit beneidenswerter Begeisterung. Die Welt des Kapitals, die keine solchen moralischen Werte wie Menschenliebe und Menschlichkeit besitzt, verspricht der Jugend nur imaginäre "gleiche Möglichkeiten". An diesen Möglichkeiten scheitern die brüchigen Schiffelein vieler junger Träumer, die einen Kompaß auf ihrer Fahrt ins Leben benutzen, dessen Zeiger nicht auf Magneten, sondern auf Gold reagiert.

Nehmen wir die für den Westen so kennzeichnende Arbeitslosigkeit. Die Jugend wird besonders gern in das Heer der Überflüssigen aufgenommen. Die Geschäftemacher haben alles kalkuliert: die Ausgaben für die Ausbildung eines jungen Arbeiters und dessen geringere Leistung gegenüber dem erfahrenen Arbeiter. In Frankreich z. B. sind 44 Prozent aller Beschäftigungslosen junge Leute unter 25 Jahren. Im größten US-Bundesstaat Kalifornien kann fast jeder fünfte junge Mensch seine Fähigkeiten nicht anwenden. Da sie keine Perspektive haben, ergeben sich viele dem Rauschgift, dem Alkohol und der Kriminalität. Beispielsweise jeder zehnte amerikanische Schulabgänger gilt als rauschgiftsüchtig. Die Beherrscher der westlichen Gesellschaft wollen den Protest der Jugend in jegliche Bahn lenken, außer in die soziale.

Eine unzerreißbare Nabelschnur verbindet das Kapital mit dem Militarismus. Auch hier bekommen die Jugendlichen die zweifelhafte Ehre, als erste im nuklearen Inferno zu verbrennen. Wenn es nicht verhindert wird, wenn den nuklearen Strategen nicht heute, jetzt Einhalt geboten wird.

Alle akuten Probleme der Welt von heute

berühren die Interessen der Jugend. Kampf gegen Rechtlosigkeit, gegen alle Formen der Unterdrückung, gegen Hunger und Krankheit, für gerechte internationale Wirtschaftsbeziehungen, für die Erhaltung einer gesunden Umwelt — für diese und andere wichtige Probleme unserer Zeit engagieren sich die Jugendlichen. Nicht nur durch ihre zahlenmäßige Stärke (1980 gab es 850 Millionen Menschen im Alter zwischen 15 und 24 Jahren auf der Welt, bis zum Beginn des dritten Jahrtausends werden es über eine Milliarde sein), sondern auch durch die den jungen Leuten innewohnenden Eigenschaften, auf Ungerechtigkeit scharf zu reagieren, tatkräftig, kompromißlos zu handeln. Beweis für die große Bedeutung, die die Weltgemeinschaft dem ganzen Komplex der Sorgen der jungen Generation beimißt, wurde der Beschluß der UNO, 1985 zum Internationalen Jahr der Jugend auszurufen. Anteilnahme, Entwicklung, Frieden lautet seine Devise. Auf der Tagesordnung stehen die aktivere Einbeziehung der Jugendlichen in die gesellschaftlichen und staatlichen Angelegenheiten, ihr verstärkter Beitrag zur Lösung sozialökonomischer Aufgaben, ihre gesteigerte Rolle im Friedenskampf.

Der Beschluß über das Jahr der Jugend war bereits von der 34. Vollversammlung gefaßt worden. Seither haben die Vertreter der UdSSR, der anderen sozialistischen Länder und der friedliebenden Staaten in der UNO, in ihren Organen und Spezialorganisationen ständig betont: Die Rechte der Jugend können nur im dauerhaften Frieden gewährleistet werden. Dieser Standpunkt fand die Unterstützung der meisten UNO-Mitglieder, die auf der 36. Vollversammlung das Programm des Jahres der Jugend beschlossen.

Die Resolution der 39. Vollversammlung hebt hervor, die Weltgemeinschaft halte es für unabdingbar, die Ideale des Friedens, der Achtung der Menschenrechte und -freiheiten, der Demokratie und des Fortschritts unter der Jugend zu verbreiten. Um diesen Beschluß entwickelt sich ein harter Kampf: Die USA und ihre Verbündeten wollen den politischen Inhalt dieser Aktion aushöhlen und unnütze Diskussionen führen.

1985 ist auch das Jahr der XII. Weltfestspiele der Jugend und Studenten. Zum zweiten Mal in der Geschichte der Festivalbewegung wird Moskau in diesem Sommer die Gäste empfangen. Ziele und Aufgaben dieses Treffens stimmen im wesentlichen mit denen des Jahres der Jugend überein, insbesondere im Kampf gegen die Gefahr eines Nuklearkriegs.

Damit die Jugend überall in der Welt eine glückliche Zeit der Hoffnungen und Taten bleibe, muß man kämpfen. Dieser Kampf ist im Gange und trägt Früchte.

In einigen Ländern Lateinamerikas haben nazistische Kriegsverbrecher, die von den USA im geheimen unterstützt werden, Zuflucht gefunden. Es ist aber längst kein Geheimnis mehr, daß sie von der CIA für deren schmutzige Ziele, insbesondere für die Stärkung faschistischer Diktaturen, benutzt werden. Das verfaulte Pinochet-Regime in Chile ist ein krasses Beispiel der Kollaboration zwischen den Agenten des US-Imperialismus und lateinamerikanischen Faschisten. Ich bin überzeugt, daß die Solidaritätsaktionen für die chilenischen Patrioten in allen Ländern, darunter auch in Kanada, ihnen im Kampf gegen das bestechliche und brutale Regime eine große Hilfe sind. Es gilt, den Protestdemonstrationen gegen alle Formen der US-Einmischung in die Angelegenheiten mittelamerikanischer Länder, vor allem Nikaraguas, breitere Ausmaße zu verleihen. Mich beeindruckt tief Ihre energische Position in bezug auf Nikaragua, gegen das die CIA hinterhältige Pläne schmiedet. Das Verminen von Häfen, das Eindringen in den Luftraum — all das ist nichts anderes als Aggression gegen das Volk eines souveränen Staates.

Es ist begeisternd, wie die sowjetischen Werktätigen den streikenden britischen Kumpeln helfen. Das ist ein schönes Beispiel für die internationale Solidarität mit einem starken Vortrupp der britischen Arbeiterklasse.

Michael KONDRATUIK
Edmonton, Kanada

Bereits drei Jahre verfolge ich aufmerksam den sogenannten Fall Antonow, darunter in der NZ. Jetzt ist mir völlig klar: Das ist eine der üblichen, sorgfältig vorbereiteten Provokationen der Feinde des Sozialismus mit dem Ziel, die Volksrepublik Bulgarien zu verleumden.

A. KURGANOW
Kolonna, Gebiet Moskau

Ich bin Auslandsarbeiter und 44 Jahre alt. Offen gestanden, ich war, als ich Ihre Zeitschrift zu lesen anfang, eher ablehnend eingestellt, obwohl ich sah, daß Sie die Wahrheit schreiben. Doch man kann nicht Ihre Zeitschrift lesen und dabei indifferent bleiben. Ihre Publikationen zwingen den Leser zur Erkenntnis der ihn umgebenden Realitäten. Ihre Zeitschrift bewog mich, über diese Realitäten und mein Leben nachzudenken. Ich meine jetzt die bei Ihnen im vorigen Jahr veröffentlichte Polemik zwischen Herrn Obler und Herrn Kusnezow. Wie viel Großzügigkeit enthält doch Kusnezows Antwort! Aber ich glaube, daß alle Sowjetbürger ebenso großzügig sind: Was sie auszeichnet, ist Vitalität und Humanismus. Das kann niemanden gleichgültig lassen. Unsereins dagegen hat es schwer. Manchmal fühlt man sich wie in der Hölle. Wir wollen aus dieser Hölle herausfinden, und Sie weisen uns den Weg. Ich danke Ihnen dafür. Weiter so, helfen Sie den Frieden und das Leben auf der Erde retten!

Jose Maria CISNEROS
Arbon, BRD

NEUE ZEIT

MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK

Nr. 5 JANUAR 1985

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW (Stellv. Chefredakteur), J. GUDKOW (Verantw. Sekretär), V. GUSTSCHIN, A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), W. RUBZOW, I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur), M. TSCHERNOUSSOW, D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe:
R. KRESTJANINOW

Gestaltung: A. Garanin

IN DIESEM HEFT:

Zeit der Hoffnung, Zeit des Kampfes (Wort des Redakteurs)	1
Vorwort Konstantin Tschernekos zur deutschen Ausgabe seiner „Ausgewählten Reden und Aufsätze“	4
A. Archipow — USA. Voraussetzung: politischer Wille	6
W. Godyna — Flexibilität gezeigt (Kommentar)	7
L. Shegalow, A. Uswatow — Indien. Einheit und Integrität	8
N. Pasti — Europa und Euroraketen	10
W. Boikow — Belgien. Enge Schlinge	12
V. Morosow — Zivilisten an der Macht (Kommentar)	13
V. Gustschin — Terrorakte als Politik (NZ-Standpunkt)	14
D. Wolski — Naher Osten. Erzwungener Abzug oder Trick?	14
J. Botschkarjow — Afrika. Geheimnisvoller Besuch	14
Notizen ♦ Glossen	16
Modernisierer der Gewalt, Ausbeuter des Fortschritts	
L. Jelin — „Kriegskabinett“ gegen Bergleute	18
W. Rubzow — Die Opposition	21
B. Koslow — Gewissensfreiheit und gewissenlose Lüge	23
I. Bestusheva-Lada — Zukunftsaussichten... (Wissenschaft, Technik, Menschheit)	24
W. Gurewitsch — Diskussion mit dem Leser	28
Dokumente:	

Aufruf des ZK der SED, des Staatsrats, des Ministerrats und des Nationalrats der Nationalen Front der DDR zum 40. Jahrestag des Sieges über den Hitlerfaschismus und der Befreiung des deutschen Volkes 29



Der dramatische Streik der britischen Bergarbeiter, der Angriff der Monopole auf die ökonomischen Rechte der Werktätigen beweisen die Verschärfung des Klassenkampfes in den Ländern des Kapitalismus. Die Modernisierung der Produktion und die Internationalisierung des Wirtschaftslebens gehen im Westen auf Kosten der vitalen Interessen der Werktätigen (S. 18).

Titelbild: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache

ANSCHRIFT DER REDAKTION: UdSSR, 103782 GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja Ploščad. Rufnummern: 229-88-72, 209-07-67 [Auskünfte]. Telex: 411164a NEWT SU, 411164b NEWT SU, 411164c NEWT SU, Telegrammadresse: Neue Zeit, Puschkinskaja Ploščad, Moskau.



Ehrendes Andenken bewahren die sowjetischen Menschen dem Führer der Revolution, dem Begründer des ersten sozialistischen Staates in der Welt, Wladimir Iljitsch Lenin. Seine unvergängliche Gestalt, seine genialen Gedanken inspirieren die Volksmassen zu großen Taten und Leistungen, zum Kampf für den Frieden. Der Menschenstrom zum Lenin-Mausoleum reißt nicht ab.

Foto: TASS

Im Berliner Dietz Verlag wird das Buch Konstantin Tschernenkos "Ausgewählte Reden und Aufsätze 1981 bis 1984" herausgegeben. Das Vorwort Konstantin Tschernenkos an die Leser bringen wir auf den Seiten 4 und 5.

Am 17. Januar empfing Andrej Gromyko im Kreml US-Senator Gary Hart. Zur Sprache kamen die gegenwärtigen sowjetisch-amerikanischen Beziehungen und ihre Perspektiven sowie Rüstungsbegrenzung und andere internationale Probleme. Andrej Gromyko hob hervor, die sowjetische Führung gehe davon aus, daß es keine andere vernünftige Basis für die Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA gebe und geben könne, als sie auf der Grundlage der Gleichheit, unter Berücksichtigung der beiderseitigen legitimen Interessen und nicht zum Schaden der Interessen von Drittländern aufzubauen.

Am 16. Januar trafen Boris Ponomarjow und Wadim Sagladin, Mitglied des ZK der KPdSU und Erster Stellvertretender Leiter der Internationalen Abteilung im ZK der KPdSU, mit dem Vorsitzenden der KP Österreichs, Franz Muhri, und dem Mit-

glied des ZK und Leiter der Internationalen Abteilung des ZK der KPÖ, Johan Steiner, zusammen. Die Gesprächspartner hatten einen Meinungsaustausch zu aktuellen internationalen Fragen sowie zum weiteren Ausbau der Zusammenarbeit und Beziehungen zwischen der KPdSU und der KPÖ.

Im ZK der KPdSU fanden Gespräche mit einer Delegation der KP Irlands statt. Seitens der KPdSU nahmen daran teil: Boris Ponomarjow, die Mitglieder des ZK der KPdSU Richard Kossolapow und Wassili Prochorow sowie der Kandidat des ZK der KPdSU Anatoli Tschernjajew; seitens der KP Irlands der Generalsekretär James Stewart, der Landesvorsitzende Michael O'Riordan sowie die Mitglieder des politischen Landeskomitees Andrew Barr, Joe Bowers und Eoin O'Murchu. Bei dem Meinungsaustausch wurden Schlüsselprobleme der gegenwärtigen Weltlage und der weltweiten kommunistischen Bewegung, die weitere Entwicklung und Festigung der Beziehungen zwischen der KPdSU und der KP Irlands behandelt. Beide Delegationen bekräftigten ihren Wunsch nach Ausbau und Festigung der brüderlichen Beziehungen zwischen ihren Parteien auf den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus.

Am 19. Januar suchten der Botschafter der SRV in der UdSSR, Dinh Nho Liem, der Botschafter der VR Kambodscha in der UdSSR, Hor Namhong, und der Botschafter der Volksdemokratischen Republik Laos in der UdSSR, Khamta Douangthongla, im Auftrag ihrer Regierungen das Außenministerium der UdSSR auf, wo sie eine Unterredung mit dem stellvertretenden Außenminister der UdSSR Michail Kapiza hatten. Die Botschafter informierten über die Ergebnisse der 10. Konferenz der Außenminister der SRV, der VDR Laos und der VR Kambodscha am 17.—18. Januar in Ho-chi-Minh-Stadt (S. 7).

An den Feierlichkeiten in Polen zum 40. Jahrestag der Befreiung Warschaus von den faschistischen Eroberern nahm u. a. eine Delegation des Moskauer Stadtkomitees der KPdSU unter Viktor Grischin teil.

Am 16. Januar wurde in Moskau die 113. Tagung des RGW-Exekutivkomitees beendet. Es billigte die Konzeption für die weitere Entwicklung der Elektroenergiewirtschaft im Rahmen des Verbundsystems der RGW-Länder bis zum Jahr 2000. Geprüft wurde die Zusammenarbeit im Transportwesen, wobei Maßnahmen zur Organisation seiner künftigen Arbeit erörtert wurden. Gebilligt wurden Maßnahmen zur Erweiterung und Verbesserung des wissenschaftlich-technischen Informationsaustausches. Fragen der Preisbildung im gegenseitigen Handel wurden diskutiert. Es kam zu einem Meinungsaustausch über die Zusammenarbeit der RGW-Mitglieder mit Äthiopien und ihre Dürrehilfe.

VORWORT KONSTANTIN TSCHERNENKOS ZUR DEUTSCHEN AUSGABE SEINER „AUSGEWÄHLTEN REDEN UND AUFSÄTZE“

Von Konstantin Tschernenko, Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, erscheint in Kürze im Dietz Verlag Berlin ein neues Buch "Ausgewählte Reden und Aufsätze. 1981 bis 1984". Im Zusammenhang mit dem Erscheinen des Buches veröffentlichten die führenden Zeitungen ein im Oktober 1984 geschriebenes Vorwort Konstantin Tschernenkos an die Leser in der DDR, in dem es heißt:

Dankbar nutzte ich die Gelegenheit, dem Sammelband meiner Aufsätze und Reden, der in der DDR erscheint, ein kurzes Wort an die Leser voranzustellen.

Die in chronologischer Reihenfolge vorgelegten Arbeiten erfassen ein knappes Jahrzehnt. Aus innenpolitischer, unter anderem auch aus wirtschaftspolitischer, wie auch aus außenpolitischer Sicht ist es ein bemerkenswerter und dynamischer Zeitabschnitt, der durch große Erfolge des Sowjetstaates gekennzeichnet ist.

Das Augenmerk der KPdSU war in dieser Zeit vor allem darauf gerichtet, die Arbeit der Sowjetbürger effektiver werden zu lassen, das Wirtschaftspotential der Sowjetunion zu stärken und ihre Verteidigungsfähigkeit zu festigen. Zugleich war es notwendig, auf die Hebung des Lebensniveaus des Volkes, die Verbesserung der Erziehung der Menschen, besonders der Jugend, im Geiste des Patriotismus und des Internationalismus zu bewußten Erbauern der neuen Gesellschaft hinzuwirken.

Das Heute unseres Landes und der Charakter der gegenwärtig vor uns stehenden Probleme werden vor allem dadurch geprägt, was in diesen Jahren geleistet und erreicht wurde, aber zugleich auch dadurch, was wir auf Grund bestimmter Umstände noch nicht schaffen konnten. Kurzum, in diesem Band sind, wie im Leben selbst, jüngste Vergangenheit und die Gegenwart durch eine unlösliche kontinuierliche Verbindung miteinander verknüpft.

Wenn in der Sowjetunion Arbeiten von führenden Repräsentanten der Bruderparteien und -länder veröffentlicht werden, sind wir beseelt von dem heißen und aufrichtigen Interesse daran, wie unsere Freunde leben,

wie sie arbeiten, von dem Streben, die sowjetische Öffentlichkeit mit deren Erfahrungen, Gedanken und Bestrebungen vertraut zu machen. Ich bin sicher, auch in den Ländern des Sozialismus läßt man sich davon leiten, wenn man Bücher sowjetischer führender Repräsentanten übersetzt.

Die Fähigkeit, sich das Gelungene und das Nützliche zu eigen zu machen, was es bei der Führung von Staat und Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur und in den Erfahrungen gibt, die die Kommunisten, die die gleiche Gesinnung eint, gesammelt haben, wird zu einem immer bedeutenderen Faktor des sozialistischen Aufbaus. Hat nicht eigentlich schon Lenin darüber nachgedacht, als er schrieb, "daß der vollständige Sozialismus nur entstehen wird aus der revolutionären Zusammenarbeit der Proletarier aller Länder, durch eine Reihe von Versuchen — von denen jeder, einzeln genommen, einseitig sein, an einer gewissen Nichtübereinstimmung leiden wird".

Jedes Land unserer Gemeinschaft hat heute einen großen Weg zurückgelegt. Ehrentoll wurden viele Prüfungen bestanden, wurde so manche schwere Aufgabe gelöst. Die KPdSU ist bestrebt, aus dieser Quelle all das zu schöpfen, was uns bei unserer Vorwärtsentwicklung helfen kann. Und für natürlich halten wir das Streben der Bruderparteien und -völker, aus unseren, sowjetischen Erfahrungen Nutzen für sich selbst zu ziehen.

Gestützt auf das Fundament des Erreichten, leisten die sowjetischen Kommunisten gegenwärtig eine große schöpferische Arbeit, um die in der UdSSR errichtete sozialistische Gesellschaft zu vervollkommen.

Wir gehen davon aus, daß diese Arbeit, alle Seiten des gesellschaftlichen Lebens mit den höchsten Normen des wissenschaftlichen Sozialismus in Einklang zu bringen, den Hauptinhalt einer historisch langen Etappe bildet, in die wir eingetreten sind: die Etappe des entwickelten Sozialismus. Die neuen großangelegten Aufgaben dieser Etappe verlangen große Anstrengungen in allen Bereichen der Führungstätigkeit der Partei, darunter auch in der ideologischen Sphäre.

Wir leben in einer komplizierten Welt. Wir haben es mit komplizierten Problemen zu tun, die durch objektive wie auch bisweilen subjektive Ursachen hervorgerufen werden. Zudem schüttet der Imperialismus ganze Kübel von Lügen und Schmutz über die sozialistischen Länder aus. Sich in dem Strom von Informationen auskennen, sich eine eigene, persönliche und zudem richtige Haltung zu den bedeutenden Problemen der Gegenwart erarbeiten kann man in unserer Zeit nur, wenn man die richtige, die wissenschaftliche Weltanschauung vertritt und eine klare Klassenposition einnimmt. Unsere Partei schenkt den Fragen des ideologischen Kampfes gebührende Aufmerksamkeit. Wir wollen erreichen, daß unsere Propaganda nicht nur wahrheitsgetreu und operativ, sondern auch leicht faßlich, überzeugend und von tiefgreifenden Ideen durchdrungen ist.

Wir selbst decken bestehende Mängel auf, wenden umfassend die Methode von Kritik und Selbstkritik, unter anderem auch in der Presse, an. Das hilft uns, schneller voranzukommen und das zu korrigieren, was nicht so, wie es sollte, gemacht wird.

Auf außenpolitischem Gebiet lösen wir Aufgaben von epochaler Bedeutung. Die Sowjetbürger kennen nichts Wichtigeres und Höheres, als im Frieden zu leben und zu arbeiten. Im Gedächtnis des Volkes können jene großen Opfer niemals ausgelöscht werden, die wir auf dem Altar des Sieges im zweiten Weltkrieg dargebracht haben.

Vier Jahrzehnte sind seit jenen Maitagen im Jahre 1945 vergangen, da der Hitlerfaschismus endgültig zerschlagen, da der Sowjetsoldat die Völker Europas, darunter auch das deutsche Volk, für immer von der faschistischen Knechtung befreite. Der Sieg über den deutschen Faschismus veränderte wesentlich das Gesicht unseres Kontinents, führte zu tiefgreifenden Veränderungen auf ihm.

Jeder denkende Mensch stellt sich dennoch zwangsläufig die Frage: Hätte der zweite Weltkrieg nicht vermieden werden können? Er hätte offenbar verhütet werden können, wenn sich die europäischen Völker und Regierungen kollektiv gegen die räuberischen Anmaßungen Hitlers gewandt hätten, wie das die Sowjetunion vorgeschlagen hatte. Das geschah nicht, vor allem deshalb, weil die führenden Politiker des damaligen kapitalistischen Europa die "sowjetische Gefahr" in ihrer klassenbedingten Verblendung für gefährlicher hielten. Die Faschisten und ihre Helfershelfer trachteten natürlich danach, das auszunutzen.

Leider gibt es auch gegenwärtig Kräfte — und nicht nur in den USA —, die die Aggressivität ihrer Politik und das Wettüben damit rechtfertigen, daß es eine "Gefahr aus dem Osten" gebe. Um so nützlicher ist es, daran zu erinnern, wie unheilvoll derartige falsche Prämissen und falsche politische Konsequenzen sein können.

Die Sowjetunion, die DDR und die anderen sozialistischen Bruderländer unternehmen alles, den 1945 errungenen Frieden in Europa auch für die künftigen Generationen zu erhalten.

Der Kampf gegen die Kriegsgefahr, für einen stabilen Frieden, für die Stärkung der Positionen des Weltsozialismus ist von den Anstrengungen nicht zu trennen, die auf die Stärkung der Einheit und Geschlossenheit der sozialistischen Staatengemeinschaft gerichtet sind.

Die Schuld für die komplizierte internationale Lage liegt voll und ganz bei der imperialistischen Reaktion. Die KPdSU, die für die Gesundung des Klimas in der Welt eintritt, geht davon aus, daß der gegenwärtige, die Sicherheit der Völker gefährdende Kurs auf die Erlangung militärischer Überlegenheit über die UdSSR, über die Länder des Warschauer Vertrages, den die reaktionärsten Kreise des USA-Imperialismus und einiger NATO-Verbündeter der USA (ich meine natürlich auch die BRD) verfolgen, historisch zum Scheitern verurteilt ist. Diese historische Möglichkeit werden wir um so erfolgreicher verwirklichen können, desto größeres Gewicht die Bündnis- und die Klassensolidarität aller sozialistischen Bruderländer erhält.

Die Einheit der sozialistischen Staaten ist unter den gegenwärtigen Bedingungen der wichtigste Faktor der Friedenssicherung auf der Erde. Zugleich ist unsere Einheit der Prototyp der künftigen Brüderlichkeit aller werktätigen Menschen, der Beitrag des Sozialismus zur Humanisierung der Beziehungen zwischen den Völkern. Und der Beitrag ist kein verbaler, sondern ein realer, ein faßbarer.

Das sowjetische Volk schätzt aufrichtig jene brüderliche Freundschaft, die es mit dem Volk der DDR verbindet. Während der Feierlichkeiten zum 35. Jahrestag des deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates, als dieses Vorwort geschrieben wurde, kam der Gedanke, daß diese Freundschaft unzerstörbar und fruchtbringend ist, besonders nachhaltig zum Ausdruck.

In Gestalt der Sowjetunion hat die sozialistische DDR einen zuverlässigen Verbündeten. Wer Abenteuer liebt und revanchistische Ideen vertritt, muß dieser sehr einleuchtenden und, wie man sagt, glasharten Tatsache Rechnung tragen. Der Sozialismus hat für immer auf deutschem Boden festen Fuß gefaßt. Die Werktätigen der DDR errichten mit ihren Händen jene Gesellschaft, in der ihre Vorstellungen von einem richtigen, gerechten Leben verwirklicht werden. Ich möchte den Werktätigen Ihres Landes große Erfolge auf diesem Weg wünschen, dessen Richtung durch die titanische Tätigkeit der großen Denker und Revolutionäre Karl Marx, Friedrich Engels und Wladimir Iljitsch Lenin gelegt wurde.

Abschließend möchte ich dem Dietz Verlag Berlin für die Herausgabe dieses Bandes danken.

VORAUSSETZUNG: POLITISCHER WILLE

"Vielleicht kann Genf helfen. Interesse an der Zusammenarbeit mit der UdSSR besteht bei der amerikanischen Geschäftswelt. Doch sie wird mehr von politischen als von wirtschaftlichen Faktoren beeinflusst." Dieses Gespräch mit dem Sondervertreter der USA bei den Handelsgesprächen, Bill Brock, hatte ich an jenem Tag, als sich in der schweizerischen Stadt UdSSR-Außenminister Gromyko und USA-Außenminister Shultz am Verhandlungstisch trafen.

Unter dem bisherigen Kurs der US-Administration hatte selbstverständlich nicht nur der Handel zu leiden. Seit das letzte sowjetisch-amerikanische Abkommen — SALT 2 — vom Senat 1979 "wirksam kaputtgemacht wurde", waren die Beziehungen USA-UdSSR eingefroren, konstatiert die Washingtoner "U.S.A. Today". Doch der Wunsch nach Kontakten blieb. Beispiel dafür ist die von Studenten der Columbia-Universität eigenhändig montierte Anlage für den Empfang von sowjetischen Fernsehsendungen über das System "Orbita". Die Studenten wollten aus erster Hand erfahren, "was die UdSSR darstellt". In den letzten Wochen war es schwer, in der hiesigen Presse Kommentare zu finden, die die internationale Entwicklung nicht mit den Ergebnissen des sowjetisch-amerikanischen Treffens in Verbindung gebracht hätten.

Die Ergebnisse des Genfer Treffens werden hier nicht eindeutig bewertet. Es gibt viele nüchterne, ausgewogene Überlegungen, aber auch Cowboy-Versuche, das Wesen der behandelten Fragen durch ein Rätselraten von der Art "gewonnen-verloren" zu ersetzen.

Die meisten jener Politiker, die jemals an Verhandlungen mit der sowjetischen Seite teilgenommen haben, erkennen an: Die UdSSR hat in Genf echtes Interesse daran gezeigt, eine weitere Hochrüstung zu vermeiden. Weniger Eingeweihte weisen allein auf die Tatsache der sowjetischen Initiative hin, durch die der Dialog in Genf überhaupt möglich wurde. Unvoreingenommene Beobachter können auch den Umstand nicht außer acht lassen, daß die Sowjetunion wie stets nicht unter dem Einfluß von Augenblicksüberlegungen handelt, sondern sich von einer konsequenten politischen Linie leiten läßt. James Reston von der "New York Times" erinnert daran, daß der damalige Stellvertretende Volkskommissar des

Äußeren der UdSSR, Maxim Litwinow, bereits im November 1927 ebenfalls in Genf den Völkern der Welt einen Vertrag über den Verzicht auf alle Arten von Vernichtungswaffen angeboten hatte.

Die Mehrheit ist pro

Die wahre Stimmung im Weißen Haus aber bleibt selbst für gutinformierte Kreise der amerikanischen Massenmedien ein Rätsel. "Die erste Amtszeit Reagans hat gezeigt, wie leicht sich Verhandlungen zur Rüstungskontrolle organisieren lassen, ohne das Risiko, zu irgendeinem Abkommen zu gelangen", ironisiert die "New York Times" über das Vorgehen der Regierung. Das amerikanische Volk, meint das Blatt, hat bei den Präsidentschaftswahlen unzweideutig dafür gestimmt, Schritte in dieser Richtung jetzt aufrichtiger und beständiger zu machen. Laut Meinungsumfragen haben 88 Prozent der Reagan-Wähler ihm ihre Stimme in der Hoffnung gegeben, er werde reale Anstrengungen zur Ausarbeitung eines Abkommens über die Rüstungskontrolle mit der Sowjetunion unternehmen. Außerdem wird schon heute überall anerkannt, daß das Kernstück des Problems der Eindämmung des Wettrüstens darin besteht, eine neue, unkontrollierte Runde, nämlich die Verlagerung von Kernwaffen in den Weltraum, zu verhindern.

"In Genf wurde klargestellt, daß das wichtigste Verhandlungsthema zwischen Ost und West die sogenannte strategische Verteidigungsinitiative des US-Präsidenten, bekannter als Konzeption der 'Sternenkriege', ist", konstatieren H. Bienen, Professor an der Princeton-Universität, und J. Ostriker, Vorsitzender des Departments für Astrophysik. "Die teure, gefährliche und sinnlose Konzeption der 'Sternenkriege' wird von den amerikanischen Wissenschaftlern kompromißlos verurteilt. Vor allem, weil sie nicht in der Lage ist, die Sicherheit des amerikanischen Volkes zu gewährleisten, sondern die Spannungen nur erhöhen kann. Wenn das sogenannte Weltraumschild dazu benutzt werden soll, Druck auszuüben und zu feilschen, beweist die jüngste Geschichte, wie unsinnig solche Kalkulationen sind", warnen Bienen und Ostriker. "Die Stationierung der Pershing 2 in Westeuropa wurde als unumgänglich auf dem Weg zu Verhandlungen mit der

UdSSR gerechtfertigt. Geendet hat das damit, daß Moskau die Anzahl seiner Raketen erhöhte. Das gleiche wird geschehen, wenn man nicht auf die 'Sternenkriege' verzichtet."

Man kann nicht sagen, ob dieses Übereintreffen geplant war, doch der Film "Im Innern Rußlands" wurde vom fünften Kanal des New-Yorker Fernsehens ein paar Tage nach der Begegnung Gromyko-Shultz gezeigt. Eingeleitet wird er von Dokumentaraufnahmen aus dem Großen Vaterländischen Krieg. Dann Leningrad in der Blockade, Bombenangriffe, Ruinen. Die diese Episoden des heldenhaften Kampfes des sowjetischen Volkes gegen den Faschismus begleitende Stimme mahnt den amerikanischen Zuschauer: Um Rußland zu verstehen, muß man vor allem das verstehen, was hier gezeigt wird. Manche Schlußfolgerungen der Filmschöpfer halten allerdings der Kritik nicht stand, vor allem ihre üble These von der Sowjetunion als einem "Land der Paranoiker". Nein, nicht die Angst vor westlichen Raketen, sondern die Erkenntnis der Überlebenden aus dem Tod von 20 Millionen ihrer Mitbürger, was ein neuer Konflikt bedeuten müßte, bestimmt den mangelnden Wunsch der Sowjetunion, die Augen vor dem aggressiven Wesen der "Weltraumdoktrin" und der dahinter drohenden Katastrophe zu verschließen.

Wie berechtigt die Warnungen der Sowjetunion vor dem offensiven Charakter der Weltraumwaffen und davor sind, daß ihre Stationierung nicht zur Reduzierung der Rüstungen und der Rüstungsausgaben, sondern zu ihrer weiteren Steigerung führt, bestätigte dieser Tage, möglicherweise ungewollt, US-Verteidigungsminister Weinberger mit der Äußerung, das neue Verteidigungssystem der USA müsse durch die Stationierung eines großangelegten bodengestützten Systems gestärkt werden. Gleich danach bestätigte auch der Direktor des Forschungsprogramms "Sternenkriege", G. Yonas: In diesem Weltraumschild müssen unbedingt "die Löcher gestopft" werden. Es ist klar: Wenn die "strategische Initiative" nicht in der Lage ist, eine zuverlässige Verteidigung zu garantieren, bricht die Hauptthese zusammen, mit der dem Ausland und der eigenen Bevölkerung deren Notwendigkeit schmackhaft gemacht werden soll. Dann wird der

unverhüllte Sinn dieses Plans deutlich, nämlich dem Pentagon die Möglichkeit des Erstschlags zu geben. Zusammen mit dem anderen Teil der Äußerungen Weinbergers, die Weltraumwaffen müßten durch ein Netz bodengestützter Radaranlagen und Luftwaffengeschwader unterstützt werden, läßt sich die "strategische Initiative" nicht anders als Prolog zu einer neuen Runde des Wettübens bezeichnen, mit der frühere sowjetisch-amerikanische Abkommen, darunter das über die Raketenabwehr, hinweggefeht werden.

Tricks der Militaristen

Das alles weiß die US-Administration zweifellos. Die Verwirrung der Kommentatoren wurde eben dadurch ausgelöst, daß das Weiße Haus, ungeachtet der eindeutigen Situation, bislang kein Signal gegeben hat, das eine konstruktive Haltung zu diesen wichtigen Fragen erkennen ließe. Eher im Gegenteil. Auf der abgeschlossenen UNO-Vollversammlung waren die USA der einzige Staat, der den Gedanken einer Militarisierung des Weltraums nicht verurteilte. Auf einer Pressekonferenz im Januar erstaunte der Präsident seine Zuhörer damit, daß er einerseits erklärte, man sei zu Verhandlungen im Zusammenhang mit den "Sternenkriegen" bereit und andererseits ankündigte, die diesbezügliche Konzeption weiterzuentwickeln. Einen Tag später verlaubliche Außenminister Shultz vor Kongreßabgeordneten, ein Fortschritt bei den neuen Abrüstungsverhandlungen mit der Sowjetunion erfordere ... die Fortsetzung der Ausgaben zur Herstellung der MX-Raketen sowie 26 Md. Dollar für die "Sternenkriege".

Im Gegensatz zu den Äußerungen der amerikanischen Seite in Genf, man wolle einen Erfolg bei den Verhandlungen, stehen auch deren Aktivitäten zur Gewährleistung der materiellen Basis der Fortentwicklung der Rüstungsprogramme. Der Entwurf des neuen Haushalts der USA, dessen Defizit bereits bei 200 Md. Dollar liegt, steht vor seinem Abschluß.

Beachtung finden auch amerikanische Pressekommentare zur Ernennung von Max Kampelman als einen Vertreter der USA bei den Verhandlungen mit der UdSSR. Kampelman hat nach eigenen Aussagen keinerlei Erfahrungen im Bereich der Rüstungskontrolle. Die "New York Times" fügt dem noch hinzu, er sei der Begründer des berühmten "Ausschusses für bestehende Gefahr" und seine Anschauungen über die nationale

Verteidigung spiegeln die Stimmung rechtskonservativer Kreise.

Druck auf die Regierung üben auch extremrechte und militaristische Kreise sowie der Militär-Industrie-Komplex aus. "Mit dem Rüstungsabbau sind" (im Kongreß) "im Prinzip alle einverstanden, nur ist es sehr schwer, zu einer einheitlichen Meinung zu gelangen, wenn es um konkrete Beschlüsse geht: Jedes Waffensystem hat einen hinter ihm stehenden Wahlkreis", so das Mitglied des Senatsausschusses für die Streitkräfte J. Bingham. Man muß auch beachten, daß die Wiederwahl von Kongreßleuten häufig davon abhängt, wie weit sie die Interessen der Rüstungsmonopole vertreten. Keine Ausnahme ist da die Frage vom Sein oder Nichtsein weltraumgestützter Systeme. Sieben der ersten 10 Millionenkontrakte zu ihrer Entwicklung gingen an die gut bekannten Adressen von Rüstungsfirmen in Kalifornien, dem Heimatstaat des Präsidenten. "Die ganze Verantwortung für die nächsten Schritte hat jetzt Reagan, nicht aber die Sowjetunion zu tragen", betonte M. Green von der Leitung des Instituts für gesellschaftspolitische Studien.

Allerdings entsteht der Eindruck, man wolle diese Verantwortung auf interministerielle Differenzen abwälzen, die angeblich unlösbar seien. Daraus ergäben sich auch die Schwierigkeiten bei der Ausarbeitung einer, für die Verhandlungen akzeptablen Position. Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stehen die "Urheber" dieser Differenzen, der Berater des Verteidigungsministers Perle und der Berater des Außenministers Burt. Wenn mit dieser Publicity bezweckt ist, die Aufmerksamkeit vom Wesen der amerikanischen Einstellung zu neuen Verhandlungen mit der UdSSR abzulenken, dann kann hier nur auf das amerikanische Publikum gerechnet werden, und auch nur auf das unbedarfte. Die Weltöffentlichkeit interessiert viel weniger, wie die Rädchen in der amerikanischen Staatsmaschinerie ineinandergreifen. Wenn es um das Schicksal des Planeten geht, erwartet sie von den Staatsmännern der USA aktuelle politische Entscheidungen und guten Willen.

Es liegt im Interesse aller Völker, daß die Administration des gerade vereidigten Präsidenten Reagan Realismus im strategischen Denken, vor allem aber im praktischen Handeln, zeigt, und zwar bereits zu Beginn der neuen vierjährigen Amtszeit.

A. ARCHIPOW
Eigenbericht

New York

FLEXIBILITÄT GEZEIGT

Den Schwerpunkt der Konferenz der Außenminister Vietnams, Laos' und Kampuchas in Ho-chi-Minh-Stadt bildete selbstverständlich die Situation in Südostasien. Obwohl sie unterschiedlich beurteilt wird, sind die jüngsten Verbesserungen in den Beziehungen Vietnams und Laos' zu Indonesien, Malaysia und Philippinen unverkennbar. An dem aufrichtigen Interesse der drei Länder Indochinas an der Gesundung der Lage in der Region besteht keinerlei Zweifel. Diese Tatsache wird sowohl in den gesellschaftlichen als auch den politischen Kreisen Südostasiens immer deutlicher erkannt.

Diese Tendenz wird dadurch gefestigt, daß Hanoi, Vientiane und Phnom Penh bei ihren Bemühungen um eine politische Regelung der akuten Probleme hohe Prinzipienfestigkeit und maximale Flexibilität zeigen.

Das kommt u. a. konkret in der Bereitschaft zum Ausdruck, eine internationale Konferenz zu den Problemen Südostasiens abzuhalten. Eingeladen dazu sind nicht nur die ASEAN-Länder, sondern auch andere Staaten, die daran interessiert sind, Südostasien zu einer Zone des Friedens, der Stabilität und der Zusammenarbeit zu machen. Auf der Konferenz der drei Indochina-Länder wurde der Kreis der zur Diskussion gestellten Fragen klar abgesteckt: Abzug der vietnamesischen Freiwilligen aus der VR Kampuchea bei gleichzeitiger Beseitigung der verbrecherischen Pol-Pot-Clique vom politischen Schauplatz; Achtung des Rechts auf Souveränität des Volkes von Kampuchea, das die Gefahr des Völkermords ausschließt; allgemeine freie Wahlen in der VR Kampuchea unter Beteiligung internationaler Beobachter.

In diesem Fragenkomplex fände sich auch ein Platz zur Erörterung internationaler Garantien und Kontrolle über die Einhaltung potentieller Abkommen.

Günstige Voraussetzungen für eine politische Regelung schafft der etappenweise Abzug der vietnamesischen Freiwilligen aus Kampuchea. Die von den Konferenzteilnehmern festgelegten künftigen Schritte können zu einer Vertrauensatmosphäre in Südostasien beitragen. Erforderlich ist nur, daß die Prinzipienfestigkeit und Flexibilität, der gute Wille Vietnams, Laos' und Kampuchas ein entsprechendes Echo finden.

W. GODYNA

26. Januar — Tag der Republik

EINHEIT UND INTEGRITÄT

Von unseren Sonderberichterstatlern

Leonid SHEGALOW, Alexander USWATOW

An der Küste bewundern die Menschen gern den Sonnenuntergang, wenn die runde glutrote Scheibe am Horizont in den Wogen versinkt. In Delhi ist der Sonnenaufgang bewundernswert. Für einen Augenblick steht die Sonne im Bogen des Tors Indiens, des majestätischen Wahrzeichens der Hauptstadt. Dann wandern ihre Strahlen die breite Raj Path hinauf zur Staatsflagge auf der Kuppel von Rashtrapati Bhavan, dem Präsidentenpalast. Die Trikolore symbolisiert die im August 1947 verkündete Unabhängigkeit Indiens. Zweieinhalb Jahre später, am 26. Januar 1950, war die republikanische Verfassung des jungen Staates in Kraft getreten. Seither wird der Tag der Republik als Nationalfeiertag begangen. In diesem Jahr finden zum 35. Mal auf der Raj Path die Militärparade und der bunte Festumzug von Abgesandten aus 22 Unionsstaaten und 9-gebieten, aus denen die einheitliche, souveräne Republik besteht, statt.

Indien ist ein riesiges multinationales, mehrsprachiges Land mit vielerlei Religionen. Es hat über 15 Amtssprachen. Es gibt wohl kaum ein Glaubensbekenntnis, das in Indien keine Anhänger hätte. Denken wir weiter an die traditionelle Einteilung der Hindu-Gesellschaft in Kasten, (die Verfassung hat lediglich die "Unberührbarkeit" außer Gesetz gestellt), dann gewinnen wir eine Vorstellung davon, wie kompliziert der soziale Organismus der Republik ist.

Bereits ihr erster Ministerpräsident Jawaharlal Nehru hatte sich mit der Warnung an seine Landsleute gewandt: "Indien ist ein Land mit vielen Gemeinden, und wenn wir miteinander nicht harmonisch leben, den Glauben und die Sitten der anderen nicht respektieren, können wir keine große und einheitliche Nation aufbauen."

Das letzte Jahr durfte mehr als ein anderes seit Inkrafttreten der Verfassung so scharf die Frage aufgeworfen haben, ob das Land dem Druck der reaktionären Kräfte von innen und außen widersteht. Kräfte, die die territoriale Integrität zerstören, die ethnischen Gruppen und religiösen Gemeinden spalten, das politische Leben, die Regierung destabilisieren wollen.

Die Kräfte des Gestens scheinen alles nur Erdenkliche eingesetzt zu haben. Terrorismus und Separatismus in Punjab, die der Regierung entschiedene Aktionen und äußerste Maßnahmen abverlangten. Der gemeine Mord an Ministerpräsidentin Indira Gandhi. Die blutigen Auseinandersetzungen zwischen den Glaubensgemeinschaften. Und das alles vor dem Hintergrund einer steigenden Bedrohung der Unabhängigkeit und Souveränität des Landes von außen durch jene, die das Militärregime im benachbarten Pakistan mit modernsten Waffen ausrüsten, die die Verwandlung des Indik in eine Friedenszone verhindern und dort ihre Militärstützpunkte einrichten und Flugzeugträger auffahren lassen.

Heute sind wir Augenzeuge, daß die Inder nach den harten Prüfungen des vergangenen Jahres ihre Reihen schließen und fest entschlossen sind, Integrität und Einheit der Republik gegen die Anschläge ihrer Feinde zu verteidigen. Das darf niemanden wundern, obwohl im Westen mancher Verwunderung heuchelt.

Der Prozeß der politischen Entwicklung des unabhängigen Indien ist in manchem einmalig. Im Unterschied zu vielen Entwicklungsstaaten, wo die besitzenden Klassen die politische Macht über die Militärs oder autoritäre Regimes ausüben, hat sich in Indien die bürgerlich-parlamentarische Ordnung fest verankert. Sie war keineswegs eine Hinterlassenschaft der Engländer, wie das einige westliche Erforscher dieser "dichtbevölkerten Demokratie" behaupten. Die Verkündung bürgerlich-demokratischer Freiheiten, fixiert in der Verfassung und von den Werktätigen, von allen fortschrittlichen, patriotischen Kräften verteidigt, wurde zum Spiegelbild der dem Charakter nach demokratischen und in der Größenordnung seltenen antikolonialistischen nationalen Befreiungsbewegung des indischen Volkes.

Stufen des Fortschritts

Die Hinterlassenschaft sah anders aus. Erschütternde sozialökonomische Rückständigkeit, Elend, armseliges Dahinvegetieren der Menschenmassen.

Der von Indien in den Jahren der Unabhängigkeit erzielte wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Fortschritt ist unbestreitbar. Das Bruttosozialprodukt hat sich verdreifacht. Das Pro-Kopf-Einkommen und damit also der Lebensstandard sind ebenfalls gestiegen, obwohl in wesentlich geringerem Maße, um so mehr als das noch keineswegs jeden betrifft — rund die Hälfte der Inder lebt noch unter der offiziellen Armutsschwelle. Im Vorjahr wurden über 150 Mio t Getreide eingebracht, dreimal soviel wie im ersten Jahr der Republik, und praktisch die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln erreicht. Es entstand eine recht stabile industrielle Basis, deren Eckpfeiler der staatliche Sektor wurde. Im Gesamtvolumen der Industrieproduktion liegt Indien jetzt unter den ersten zehn Staaten der Welt. In den letzten fünf Jahren, als die kapitalistische Welt von einer Wirtschaftskrise heimgesucht wurde, konnte die Industrieproduktion Indiens jährlich um durchschnittlich fast 5% gesteigert werden. Dabei konnte Indien jene krisenhafte Verschuldung an ausländische Kreditgeber vermeiden, die die meisten Entwicklungsländer so hart traf. Darüber hinaus verzichtete das Land sogar Anfang 1984 auf einen noch ausstehenden großen Anteil des Kredits, der ihm vor einigen Jahren vom IWF gewährt worden war.

Das beeindruckendste Resultat der unabhängigen Entwicklung Indiens, das auch heute noch von vielen unterschätzt wird, dürfte aber sein, daß die Volksmassen nun nationale Würde empfinden und zunehmend politisches Bewußtsein besitzen. Selbst jetzt, nach den gerade abgehaltenen Wahlen, neigen bürgerliche Politologen im Westen, aber auch in Indien selbst, dazu, den beispiellosen Sieg des regierenden Indischen Nationalkongresses, der 80% der Parlamentssitze errang, vor allem mit der "Woge des Mitgefühls" für Rajiv Gandhi zu erklären, dessen Mutter dem Attentat zum Opfer gefallen war.

"Den Sieg des INK mit 'einer Woge des Mitgefühls' erklären zu wollen, heißt, den politischen Spürsinn des Volkes bewußt ausklammern", sagte uns H. K. Bhagat, Staatsminister für Information und Rundfunk. "Abermillionen Inder haben die Ermordung Indira Gandhis als tragische Bestätigung ihrer mehrfachen Warnungen vor der zunehmenden Bedrohung der Souveränität und der staatlichen Integrität Indiens empfunden. Deshalb haben sie in so hohem Maße auf die Lösung Rajiv Gandhis reagiert, das Land vor der Gefahr von innen und außen zu schützen, auf seinen Aufruf zur nationalen Einheit und Geschlossenheit gegenüber feindlichen Anschlägen. Ihr eindeutiges Mandat bildet die Grundlage für die Arbeit der neuen Regierung Rajiv Gandhis."

Auf die besondere Gefahr einer Druckausübung feindlicher äußerer Kräfte während der Konsolidierung der neuen Regierung wies auch der Leiter der Presseabteilung im Außenministerium, Salman Haidar, hin.

"Sie sollen aber ja nicht auf unsere Schwäche in dieser Übergangsperiode zählen", betonte er besonders entschlossen. "Indien wird mit einem so überzeugenden Wahlsieg der Regierungspartei diesem Druck noch energischer standhalten. Denn jetzt ist es so deutlich wie nie zuvor, daß Einheit, Integrität, Sicherheit und politische Stabilität des Staates die größte Sorge der meisten Inder bilden, egal in welchem Landesteil sie leben, welche Sprache sie sprechen, welcher Religion sie angehören."

Mit überzeugendem Mandat

Das Regierungsprogramm des 40jährigen Premiers, der noch vor relativ kurzer Zeit Pilot der Zivilluffahrt und danach Parlamentsabgeordneter und Führungsmitglied der Regierungspartei war, basiert auf der Kontinuität der von Jawaharlal Nehru und Indira Gandhi hinterlassenen politischen Linie. Seine ersten praktischen Schritte zeichnen sich durch Tatkraft und Dynamik aus. Der neue Ministerpräsident hat ohne Zögern die Lösung des Punjab-Problems, dieses wahrhaft gordischen Knotens, in Angriff genommen, der von den Sikh-Extremisten nicht ohne Hilfe des Auslands geknüpft wurde. Im Unionsstaat Punjab dauert die gespannte Situation an, immer wieder greifen die Separatisten zur Waffe, obwohl die regulären Armeeeinheiten noch nicht abgezogen wurden. Zur Beilegung der Krise wurde dort eine Sonderkommission auf sehr hoher Ebene gebildet. Eine dringliche Lösung erfordert auch das Problem Assam, eines anderen Staates, wo die Lage ebenfalls unruhig ist.

Dieser Tage kann man in staatlichen Einrichtungen Delhis die Lösung erblicken: "Resultate sind wichtiger als Verfahrensweisen". Diese Worte stammen

aus einer Rundfunk- und Fernsehansprache Rajiv Gandhis vom 5. Januar, in der er die grundlegende Verbesserung der Arbeit des Staatsapparats, die Erhöhung seiner Wirksamkeit, die Schaffung einer "neuen administrativen Kultur, die den breiten Massen dienen müßte", hervorgehoben hatte. Das traf auf allgemeine Zustimmung. Andererseits ersucht ein Teil der bürgerlichen Presse einen Trennungsstrich zwischen Vergangenheit und Zukunft zu ziehen, indem sie fast den gesamten bisherigen Weg des unabhängigen Indiens als "Lethargie" verlästert.

Rajiv Gandhi steuert allem Anschein nach entschieden die Modernisierung des Landes für dessen Eintritt in das 21. Jahrhundert an. Hinter den Versuchen, die Bedeutung der Vergangenheit herabzusetzen, verbirgt sich jedoch etwas mehr als lediglich eine Unterstützung der energischen Schritte des jungen Premiers. Aus demokratischen Kreisen hört man, recht einflußreiche Kräfte wollten den Machtwechsel dazu benutzen, dem bewährten Kurs Jawaharlal Nehrus-Indira Gandhis abzuziehen.

Der von Rajiv Gandhi deklarierte Kurs auf Modernisierung der nationalen Wirtschaft will das Big Business als Absage an die Politik der "Kommandohöhen" für den Staatssektor interpretieren. Obwohl der Premier selbst hervorhob, der staatliche Sektor werde weiterhin ein wichtiges Instrument der Entwicklung sein, besonders in Bereichen, wo der Privatsektor "entweder nicht zurechtkommt, oder wir ihn aus strategischen Überlegungen nicht hinlassen wollen".

In der Redaktion einer bürgerlichen Zeitschrift wollte man uns klar machen, Indien müsse westliche, vor allem US-amerikanische Investitionen befürworten, da es fortschrittliche westliche Technologie brauche. Doch nicht nur Indien, die ganze Welt wurde gerade jetzt von den Auswirkungen dieser Technologie in Bhopal erschüttert. Das Mörderwerk ist schließlich eine Tochter

Rajiv Gandhi vor Wählern

Foto aus: "India Today"



der US-amerikanischen "Union Carbide".

Abgeordnete aus den USA geben sich jetzt gruppenweise und einzeln die indische Klinken in die Hand. Larry Pressler, Mitglied des Senatsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten des US-Kongresses, äußerte auf einer Pressekonferenz in Delhi die Hoffnung, Rajiv Gandhi werde auf die "anti-amerikanische Rhetorik", also auf die Verurteilung des imperialistischen Kurses der USA, verzichten. Wie sich jedoch aus Äußerungen der US-Abgeordneten selbst ergibt, hat Washington keineswegs vor, seinen Kurs zu ändern, darunter hinsichtlich des für Delhi besonders akuten Problems der Hochrüstung Pakistans und der Militarisierung des Indus. Gibt es für die Imperialisten einen Grund, zu erwarten, daß dieses große asiatische Land seinen prinzipiellen Kurs ändert und sich "dem Westen zuneigt"? "Wir neigen uns weder nach rechts noch nach links", hatte Indira Gandhi einmal westlichen Journalisten geantwortet. "Wir gehen geradeaus." An diese Worte erinnerte Rajiv Gandhi vor einigen Tagen in einem "Newsweek"-Interview. Und offenbar nicht zufällig.

In seinen Ansprachen sowie in Presseinterviews bekräftigt er wiederholt die Treue Indiens zu einer unabhängigen Außenpolitik, zur Politik der Nichtpaktgebundenheit, zur Bekämpfung des "alten oder neuen" Kolonialismus.

"Rajiv Gandhi hat von den ersten Tagen seiner Amtszeit an seine Pflichten als Vorsitzender der Nichtpaktgebundenenbewegung sehr ernst genommen und gezeigt, daß diese Arbeit für Indien zu den vorrangigen gehört", sagte uns der Leiter der Abteilung der Nichtpaktgebundenenbewegung im Außenministerium, V. K. Nambiar.

Auf Einladung Rajiv Gandhis kommen die Staats- und Regierungschefs der sechs Länder (einschließlich Indiens), die im Frühjahr 1984 die gemeinsame Deklaration mit dem Aufruf an die Nuklearmächte unterzeichnet hatten, Tests, Herstellung und Stationierung von Kernwaffen zu verbieten, am 28. Januar in Delhi zusammen. Sie werden weitere Schritte zur Erzielung der nuklearen Abrüstung und zur Festigung des Weltfriedens prüfen. Selbstverständlich werden dabei die Ergebnisse des kürzlichen sowjetisch-amerikanischen Treffens in Genf im Mittelpunkt stehen.

Ein immer bedeutenderer Faktor für Frieden und Stabilität in Asien und in der Welt werden die sich von Jahr zu Jahr festigende sowjetisch-indische Freundschaft und vielfältige Zusammenarbeit. "Ich sehe eine starke Relation zwischen Indien und der Sowjetunion", erklärte Rajiv Gandhi in einem kürzlichen Interview für das US-Magazin "Time". "Wir sind über lange Zeit hinweg Freunde... In den meisten Fragen stimmen unsere Ansichten überein." Diese bewährten freundschaftlichen Beziehungen werden in Indien wie bei uns in der UdSSR als unvergänglich betrachtet. Delhi

Wer braucht die Lüge von der
„Aggressivität der Sowjetunion“?

EUROPA UND EURORAKETEN

Nino PASTI

Um klarer zu sehen, warum die NATO-Staaten darangegangen sind, in Europa Pershing 2 und Cruise Missiles zu stationieren, und um die ganze Gefährlichkeit dieses Schritts zu begreifen, muß man sich alle erdenklichen Fälle eines Kernwaffeneinsatzes genauer vorstellen können. Dazu braucht man aber keineswegs ein Militärexperte zu sein. Die sogenannten Experten des Westens befassen sich ja heute hauptsächlich damit, die Öffentlichkeit irrezuführen und die Propagandalügen für Wahrheiten auszugeben.

Man sollte meinen, ein Staat, der Kernwaffen besitzt und im Hinblick darauf die ungeteilte Führung beansprucht, könnte sich durchaus auf einen nuklearen Erstschatz zwecks Vernichtung der gegnerischen Kernwaffenarsenale orientieren. Dadurch, daß der Aggressor den Gegner der Mittel zu einem nuklearen Gegenschlag entblößte, könnte er der Vergeltung durchaus entgehen.

Ein Krieg ohne Sieger

Aber gerade die Angst vor Vergeltung hält ihn vom nuklearen Erstschatz ab. Unabhängig von der Wucht eines Erstschatzes würde der Gegenschlag bestimmt furchtbare Zerstörungen anrichten. So eine Situation pflegt man im Westen jetzt ein Gleichgewicht der Angst zu nennen. Man kann aber kaum behaupten, daß es stabil sei, denn während die eine Seite ihr nukleares Potential aufstockt, um die militärische Überlegenheit zu erlangen, trifft die andere Seite Gegenmaßnahmen, um das bestehende Gleichgewicht aufrechtzuerhalten und einen Kernwaffenkrieg zu verhüten.

Das ist sehr wichtig. Es ist absolut begreiflich, daß die Seite eine nukleare Überlegenheit braucht, die

zu einem Erstschatz imstande sein will. Nicht von ungefähr sind neue Kernwaffen immer zuerst ins Rüstzeug der NATO-Truppen aufgenommen worden. Gerade die NATO-Staaten suchen von jeher die militärstrategische Parität zu zerstören und die Überlegenheit über die UdSSR zu erlangen. Es ist eine Lüge, daß die NATO-Staaten früher versucht hätten, die Kernwaffenherzeugung zu drosseln, während die UdSSR ihr Kernwaffenpotential unablässig angehoben hätte.

Das bezeugen amtliche Dokumente der USA, in denen bestätigt wird, daß das sowjetische nukleare Arsenal quantitativ nie größer als das der USA gewesen ist und daß die UdSSR immer nur soviel Kernwaffen erzeugt hat, wie sie zur eigenen Sicherheit, d. h. für einen nuklearen Zweit- oder Gegenschlag oder aber für die Aufrechterhaltung des Friedens für notwendig erachtet hat.

Wenn nun beide Seiten die Erzeugung strategischer Kernwaffen nicht einstellen, wenn das beispiellose Wettrüsten weitergeht, dann wird die Gefahr einer Nuklearkatastrophe — sei es durch vorsätzliche Anstiftung eines Kernkriegs oder durch puren Zufall — wesentlich zunehmen. Ergo: Wenn beide Supermächte eine thermonukleare Konfrontation wirklich verhüten wollen, so müssen sie möglichst bald das Testen, Produzieren und Stationieren neuer Kernwaffensysteme einstellen. Das wäre eine gute Garantie für Sicherheit und Stabilität. Im Falle eines Erstschatzes würde ja die nukleare Vergeltung oder der nukleare Zweitschatz sofort das angreifende Land treffen. Es ist sinnlos, auf einen Sieg im Kernwaffenkrieg zu rechnen.

Die UdSSR hat die USA wiederholt aufgefordert, die Kernwaffen einzutrieren und die technischen Mittel zur Kontrolle zu benutzen. Die USA

wollten die Vorschläge der UdSSR nicht erörtern und begannen neue MX-Raketen, noch stärkere, mit Trident-1- und später mit Trident-2-Kernraketen bestückte U-Boote sowie neue Pershing 2 und Cruise Missiles zu bauen, mit denen sie ihre U-Boote und Kampfschiffe bestücken. Also entwickelt Washington neue nukleare Rüstungen und erschwert damit die Kontrolle über die Kernwaffen. Man muß zwischen die Raketenkernwaffen scharfe Trennungslinien setzen, denn es gibt verschiedene solche Systeme: Die einen können für einen Erst- und auch für einen Zweit- oder Gegenschlag benutzt werden, die anderen nicht. Mit anderen Worten handelt es sich um eine Klassifizierung der Kernwaffen nach dem gesunden Menschenverstand und nicht nach den Kriterien, die die USA durchdrücken wollen.

In den USA pflegt man bodengestützte Kernwaffensysteme mit mindestens 5500 km Reichweite als strategische zu bezeichnen. (Laut Vertrag zwischen der UdSSR und den USA über die Begrenzung der strategischen Angriffswaffen (SALT 2) gehören zu den Rüstungen dieser Art die auf beiden Seiten vorhandenen Startanlagen für ballistische interkontinentale Raketen (ICBM), solche für ballistische Raketen auf U-Booten und schwere Bomber. — NZ) Alle übrigen werden dort taktische genannt.

Ich will nur gleich sagen, daß die in den USA übliche Klassifizierung der Waffen völlig unrationale und ungerecht ist, weil sie beiden Seiten nicht gleiche Sicherheit garantiert. Tatsächlich sind alle in Europa stationierten nuklearen Raketen der NATO einschließlich der britischen und französischen Kernraketen, die eine Reichweite von 1000 km und mehr haben, entweder Erstschatz- oder überhaupt hinsichtlich der UdSSR strategische Waffen. Vor allem gilt das für die gerade erst in Europa stationierten Pershing 2 und bodengestützten Cruise Missiles. Zum Unterschied von den eben genannten Systemen sind die sowjetischen SS-20-Raketen im Hinblick auf die USA keine nuklearen Erst- und Zweit-(Gegen-)schlagswaffen, weil sie mit ihrer geringen Reichweite die USA nicht erreichen können. Folglich ist die Stationierung

der neuen US-Raketen in Europa der Parität keineswegs dienlich, sondern soll sie stören.

Die Massenmedien, ja der ganze Propagandaapparat der USA geizt weder mit Kräften noch Mitteln bei dem Versuch, der Öffentlichkeit der NATO-Länder das Gegenteil einzureden. Die USA wollen vor allem bei den für einen Erstschatz bestimmten Systemen der UdSSR überlegen sein, sie haben die Absicht, mit den in Westeuropa (namentlich in der BRD) stationierten Pershing 2 einen Erstschatz gegen die politischen und militärischen leitenden Zentren der UdSSR zu führen, um die sowjetischen Streitkräfte führerlos zu machen und zu verhindern, daß den sowjetischen Rakentruppen Befehl zum Gegenschlag erteilt wird. Aus der minimalen Anflugzeit der Pershing kann man folgern, daß die USA ernsthaft darauf rechnen, einer Vergeltung seitens der UdSSR entgegen zu können.

Besonders gefährlich für die Sowjetunion sind die Cruise Missiles (unbemannte Flugzeuge), die eine relativ geringe Geschwindigkeit entwickeln, eine geringe Flughöhe haben und von Radaranlagen kaum geortet werden können. Sie können Überraschungsschläge gegen Ziele des Gegners führen. Anders gesagt ist die Stationierung dieser Waffen in Europa noch ein Schritt vorwärts bei den Vorbereitungen zu einem "begrenzten oder langwierigen Kernkrieg", die schon unter Präsident Carter der Kriegsdoktrin der USA zugrunde gelegt wurden.

Die Menschheit opfern

Der jetzige Chef der US-Regierung plant für die nächsten fünf Jahre die Bereitstellung von etwa zwei Billionen Dollar für die Vorbereitung eines Kernwaffenkriegs. Amerikanische Wissenschaftler haben sogar einen neuen Fachausdruck geprägt, der jetzt bei der Errechnung des Militäretats viel gebraucht wird: "t-Dollars", d. h. eine Billion Dollar. Soviel vergeuden die USA für das Aufstocken ihres nuklearen Erstschatzpotentials sowohl im eigenen Land als auch in Europa. Das Geld dient auch zur Vorbereitung von "Sternenkriegen", um die UdSSR zu entwaffnen und ihr zugleich den Gegenschlag gegen die USA unmöglich zu machen.

Das Programm für "Sternenkriege" sieht auch die Vernichtung derjenigen Nuklearwaffen der UdSSR vor, die nach einem nuklearen Erstschatz

eventuell übrigbleiben werden, wenn sie sich den USA nähern. Nicht von ungefähr erinnern sowohl Reagan als auch Weinberger andauernd daran, daß mit der Vorbereitung von "Sternenkriegen" eine Neutralisierung der sowjetischen Raketen bezweckt wird, daß solche Kriege zur Vermeidung eines "begrenzten" Krieges in Europa beitragen würden. Jedem denkenden Menschen ist klar,

ihnen hätte man das nukleare Potential der NATO kaum vernichten und einen Gegenschlag kaum verhindern können." (Nachrichtenblatt der US-Botschaft in Rom, Nr. 78.)

Die UdSSR war genötigt, die veralteten und wenig effektiven Systeme SS 4 und SS 5 durch neue SS-20-Raketen zu ersetzen, um zu verhindern, daß die NATO-Staaten



Nino Pasti wurde am 18. April 1909 in Bologna geboren. Er befehligte die 56. Gruppe der taktischen Fliegerkräfte, war stellvertretender Kommandeur der Luftstreitkräfte, stand dem Obersten Rat der Streitkräfte vor, repräsentierte Italien im Militärausschuß der NATO in Washington und bekleidete den Posten des stellvertretenden Oberbefehlshabers der NATO-Streitkräfte für Nuklearwaffen. Am 19. April 1969 trat er in den Ruhestand. Seitdem betätigte er sich als Journalist, war 1976--1983 Senator, ist ein Leiter der Weltorganisation "Kriegsveteranen für Frieden", Mitglied der Gruppe "Generale für Frieden und Abrüstung", Vorsitzender des Verbandes für Friedenskampf, Herausgeber der Monatsschrift "Kampf für Frieden und Abrüstung" sowie Verfasser der Bücher "Die Euroraketen und das allgemeine Kräfteverhältnis NATO-Warschauer Block", "Falken, Tauben und Strauße", "Ein thermonuklearer Krieg" und "Euroraketen und Kräfteverhältnis". Nachstehenden Beitrag schrieb er eigens für die NZ.

daß im Falle eines nuklearen Erstschatz gegen die UdSSR alle übrigbleibenden sowjetischen Waffen für einen Gegenschlag sowohl gegen die USA als auch gegen die Länder Europas zum Einsatz kommen werden, in denen nukleare US-Angriffswaffen stationiert sind. Das sollen ausnahmslos alle Bewohner der Länder Westeuropas bedenken, auch solche, die die UdSSR gern ausgelöscht sehen würden. Es geht in den Plänen der USA keineswegs darum, die Europäer oder die ganze Menschheit vor der restlosen Vernichtung zu bewahren.

Die US-Propaganda, deren Aufrufen italienische Parteien — selbst solche, die sich als linke ausgeben — blindlings folgen, beschuldigt die UdSSR, sie habe die nukleare Parität zu ihren eigenen Gunsten gestört, als sie in Europa neue SS-20-Raketen stationierte. Ist das wirklich der Fall? Die SS 20 wurden von der UdSSR zur Modernisierung ihrer nuklearen Raketenstreitkräfte benutzt. Die Modernisierung war durchaus berechtigt, was auch Richard Perle, Assistent des US-Verteidigungsministers, unzweideutig erklärt hat. Auf einer Pressekonferenz vom 18. April v. J. sagte er u. a.: "Es hat geraume Zeit gedauert, Raketen der Typen SS 4 und SS 5 startfähig zu machen. Diese Systeme sind außerdem nur wenig effektiv und haben eine geringe Treffsicherheit. Sie wären für Europa kaum eine ernste Bedrohung gewesen. Mit

dem Gleichgewicht zu ihren eigenen Gunsten stören. Ich erwähnte schon, daß die Nuklearwaffen von NATO-Ländern (Großbritannien und Frankreich) früher nie als strategische eingestuft wurden. Auch möchte ich daran erinnern, daß die USA in der gleichen Zeitspanne ihre Nuklearraketen mindestens sechsmal modernisiert haben. So haben sie die veralteten Polaris-1-Raketen der US-Boot-Flotte gegen neue Systeme — erst Polaris 2 und dann Polaris 3 — ausgetauscht, die mit dem ersten System nichts als den Namen gemein haben. Dann kamen die Poseidon-Raketen und schließlich die Trident 1 und Trident 2.

Zum Unterschied von der amerikanischen Modernisierung bestand die sowjetische darin, die Herstellung und Stationierung von SS-20-Raketen in Angriff zu nehmen, von denen jede drei Sprengköpfe trägt. Die UdSSR beabsichtigte, die veralteten Systeme ganz gegen die neuen SS-20-Raketen auszutauschen, aber Ende 1983 fror sie deren Erzeugung ein. In Europa sind nur soviel SS-20-Raketen stationiert worden, daß ihre Zahl (die ihrer Sprengköpfe) ungefähr dem Stand der beginnenden 60er Jahre entspricht.

Eine Bestätigung dafür ist in einer Veröffentlichung des Londoner Instituts für Strategische Studien zu finden, das man kaum verdächtigen kann, Sympathie für die Sowjetunion zu hegen. Auf S. 3 der Veröf-

fentlichung, betitelt "Das militärische Kräfteverhältnis von 1964 und 1965", heißt es: "Augenblicklich besitzt die UdSSR ungefähr 700-750 SS-4- und SS-5-Raketen. Sie können gut zur Vernichtung von Objekten (Zielen) wie Militärflugplätzen für Jagdfliegerkräfte in Europa und Großbritannien verwendet werden." Jetzt hat die UdSSR nur SS-4-Anlagen, während die SS-5-Raketen als veraltet und wenig effektiv restlos demontiert worden sind.

Zu bedenken ist ferner, daß die Stärke der nuklearen Sprengköpfe an den SS-20-Raketen viel geringer als die der SS-4- und SS-5-Raketen ist. Folglich ist durch die Stationierung der SS-20-Raketen die gesamte Schlagkraft der sowjetischen nuklearen Mittelstreckenwaffen nicht vergrößert, sondern verringert worden.

Schätzungen! Nein, Betrug!

Leider sind die "Forschungen" des

Instituts für Strategische Studien, das in NATO-Kreisen hohes Ansehen genießt, nicht immer objektiv. Hier ein paar Beispiele.

Die UdSSR hat sich von sich aus verpflichtet, als erste keine Kernwaffen zum Einsatz zu bringen. Hätten sich auch die USA dazu verpflichtet, dann wäre die Gefahr eines Kernwaffenkriegs auf ein Mindestmaß reduziert. Die USA haben es aber nicht getan, umgekehrt, sie haben erklärt, daß sie als erste Kernwaffen zum Einsatz bringen würden, weil der Warschauer Block ja mit den konventionellen Kriegführungsmitteln den NATO-Ländern weit überlegen sei und USA und NATO eine Aggression der sozialistischen Länder folglich nur durch einen nuklearen Erstschatz aufhalten könnten. Im Bericht des Londoner Instituts über das Kräfteverhältnis zwischen Warschauer Vertrag und NATO, die Streitkräfte der

USA und der Warschauer Vertragsstaaten mitgerechnet, für 1983 und 1984 heißt es: Die NATO-Länder hätten den Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes gegenüber mit ihrer Truppenstärke eine gewisse Überlegenheit — um etwa 272 000 Mann. Die Zahl wird aber nur am Anfang des Dokuments erwähnt. Wenn wir es uns weiterhin ansehen, dann sehen wir eine Überlegenheit um 750 000 Mann, also dreimal soviet.

Man braucht kein Experte zu sein, um zu begreifen, daß keine kampftechnische Überlegenheit (an Panzern und Geschützen) den Mangel an Mannschaften restlos wettmachen kann. Panzer müssen ja gefahren und repariert werden, Geschosse muß man befördern und Geschütze bedienen, und dazu braucht man Menschen, viele Menschen. Mehr noch, die meisten

BELGIEN

ENGE SCHLINGE

"Die politische Schlinge um den Hals der Regierung Wilfried Martens hat sich zusammengezogen. Sie besteht aus einer Kette von 48 Marschflugkörpern. An ihren Enden ziehen zwei Händepaare. Das eine gehört der Reagan-Administration, das andere dem belgischen Volk." So beschrieb das Brüsseler "Bulletin" die Situation, in der sich die Regierung des Landes sieht. Im Bemühen, die Raketen-Schlinge zu lockern, begaben sich Ministerpräsident Martens und Außenminister Tindemans Mitte Januar in die USA. Nach den Gesprächen mit Präsident Reagan traf der Ministerpräsident mit Journalisten zusammen, denen er die neue Haltung des Kabinetts darlegte.

Die endgültige Entscheidung über die Stationierung der 48 US-Marschflugkörper wird Ende März fallen. Gleichzeitig gab Martens zu verstehen, die Regierungskoalition wolle den von der NATO festgelegten Stationierungsbeginn hinauschieben. Dem atlantischen Kalender zufolge, den der Ministerpräsident als "militärtechnisch" bezeichnete, sollten die ersten 16 Raketen Mitte März nach Belgien kommen. Jetzt bleibt diese Frage offen.

Der Wunsch Brüssels nach Aufschub erklärt sich vor allem aus innenpolitischen Erwägungen. Im Dezember finden Parlamentswahlen statt. Die Stationierung der neuen Waffe im März würde für die Regierung die erste Gefahr einer Niederlage bedeuten. Wie Meinungsumfragen ergeben haben, wird eine solche Politik von nur 18 Prozent der Bevölkerung unterstützt. Die Popularität der Regie-

rungskoalition sinkt, wogegen der Einfluß der Oppositionsparteien wächst, die sich entweder für den Verzicht auf Marschflugkörper oder für das Einfrieren des Raketenproblems aussprechen, um dessen Entscheidung am Verhandlungstisch zu erleichtern.

In die wohl komplizierteste Situation geriet die Christliche Volkspartei (CVP), die Hauptkraft der Koalition, die ihren Titel als führende Partei Flanderns einbüßen könnte. Denn nun erheben die Sozialisten mit ihrer festen Antiraketenhaltung Anspruch darauf. Vor zwei Monaten erklärte die CVP-Führung: Solange die Möglichkeit besteht, das eurostrategische Problem durch Verhandlungen zu lösen, dürfe die Regierung der Raketenstationierung in Belgien nicht zustimmen.

Diese Erklärung mißbilligen die der Regierung angehörenden Liberalen — sie verlangen die strikte Einhaltung des NATO-Fahrplans. Die Haltung der CVP wird von Washington und einigen anderen NATO-Partnern Belgiens kritisiert. Druck wird auch auf die belgische Regierung ausgeübt. Pressemeldungen zufolge mußte Brüssel in London, Bonn und in anderen Hauptstädten der Partner Erläuterungen geben. Vor der USA-Reise von Martens und Tindemans schaltete sich der US-Präsident in das Propagandaspiel ein. In einem Interview für "Libre Belgique" äußerte er die Hoffnung, Belgien werde seinen Verpflichtungen aus dem NATO-Beschluß von 1979 nachkommen. Andernfalls, betonte der Präsident, leide die atlantische Solidarität.



Protestdemonstration gegen die Marschflugkörper vor dem US-Stützpunkt in Florenne

Foto aus: "Der Spiegel" (BRD)

Doch man drohte nicht nur mit der Peitsche der atlantischen Solidarität, sondern lockte auch mit dem wirtschaftlichen Zuckerbrot. Buchstäblich am Vorabend des belgisch-amerikanischen Gipfeltreffens hob Washington sein Veto auf, das dem Verbündeten untersagte, der VR China Telefonzentralen zu liefern. Für ein kleines Land, dessen Industrie unter Auftragsmangel leidet, ist die Möglichkeit, einen Kontrakt in Höhe von 12 Md. Franc zu realisieren, ein gewichtiges Argument. Damit ließen die USA erkennen, daß politischer Gehorsam sich finanziell rentieren könne. Viele Belgier erblickten in dieser Geste eine Herabsetzung ihrer nationalen Würde.

Truppenteile der UdSSR stehen in Asien. Um den Kräften der NATO in Europa entgegenwirken zu können, müßte die UdSSR im Kriegsfall einen Teil der Streitkräfte aus Asien auf den europäischen Kriegsschauplatz verlegen und eine Totalmobilmachung ausschreiben. Das kostet viel Zeit, während die NATO-Staaten sehr schnell mobilmachen könnten. Und auch das ist noch nicht einmal alles.

Im nächsten Bericht über das Kräfteverhältnis für 1984/85 haben die "Experten" vom Londoner Institut sämtliche Zahlen vertauscht und sich zu der Behauptung vergaloppiert, daß die Warschauer Vertragsstaaten den NATO-Staaten an Mannschaften weit — um 193 000 Mann — überlegen seien. Geschickt benutzen die USA solche Fälschungen, um ihr eigenes Widerstreben zu rechtfertigen, sich wie die UdSSR zu verpflichten, als erste keine Kernwaf-

fen einzusetzen. Und das alles trotz der machtvollen Proteste in den USA selbst.

Am 24. Oktober v. J. reichte Weinberger dem US-Kongreß einen Bericht ein, in dem stand, daß die UdSSR momentan 9800 strategische Kernsprengköpfe, also viel weniger als die USA, habe. In dem besagten Dokument wurden aber auch die 1300 Sprengköpfe mitgerechnet, mit denen die SS 20 und die SS 4 bestückt sind. Dabei können diese Raketen die USA nicht erreichen, weshalb sie weder Erst- noch Zweitschlagswaffen sind. Deshalb dürften sie gar nicht zu den strategischen Waffen gezählt werden. Ergo könnte eine weitere Stationierung von Pershing 2 und Cruise Missiles in Europa einen Gegenschlag der UdSSR gegen die USA abschwächen. Das nötigt die UdSSR zu entsprechenden Gegenmaßnahmen (auch im Hinblick auf das Territorium der USA).

Inzwischen intensivieren die Atlantiker merklich ihren psychologischen Druck auf Brüssel. Sie schreiben von einer Untergrabung der Einheit der NATO, von einem falschen Signal für Moskau, von einem schlechten Beispiel für die Niederlande, die ihr Raketenilemma noch nicht gelöst haben, von einer Desavouierung Bonns, Londons und Roms, die den atlantischen Raketenfahrplan strikt einhalten.

Ähnliche Gedanken äußern auch belgische Verfechter der nuklearen "Nachrüstung". Ihrer Stimmung Ausdruck gebend, brachte "Libre Belgique" einen Leitartikel, der die Haltung der Regierung kritisiert. Der Chef der wallonischen Liberalen, der stellvertretende Ministerpräsident J. Gol, kommentierte die Erklärung Martens' folgendermaßen: "Ich habe den Gedanken niemals unterstützt, die Stationierung der ersten Raketen in unserem Land aufzuschieben." Weiter erklärte er, er könne ihm lediglich zustimmen, wenn er von den Verbündeten gebilligt werde.

CVP-Vorsitzender Swaelen zeigte vorsichtigen Optimismus: "Ich bin sicher, daß unsere Partner dem Stationierungsaufschub als Geste des guten Willens zustimmen werden." Wenn sie aber auf die Stationierung beharren? "Dann

entsteht ein ernsthaftes politisches Problem", meinte Swaelen.

Während der Parlamentsdebatte am 21. Januar rückte die CVP-Führung etwas von ihrer "exklusiven" Haltung ab und glich sich der Regierungslinie an. Dennoch schließen belgische Kommentatoren die Möglichkeit nicht aus, daß die Regierung wegen der inneren Differenzen oder infolge eines Mißtrauensvotums im Parlament, wo sie nur 6 Stimmen Mehrheit besitzt, eventuell zurücktreten müsse.

Der Chef der flämischen Sozialisten, K. Van Miert, beurteilte den Kompromiß der Regierung als "Wahltrick". Er glaubt, in Washington habe sich der Ministerpräsident "verpflichtet, die Marschflugkörper zu stationieren und dafür die Zustimmung eingehandelt, mit ihrer Aufstellung nach den Wahlen zu beginnen".

"Die Raketen sind eine zu ernsthafte Angelegenheit, um zum Objekt von Wahlkampfpirouetten gemacht zu werden", heißt es in einem offenen Brief der Führer der Friedenskräfte an den Ministerpräsidenten, in dem sie von der Regierung verlangen, die Hauptsache nicht zu vergessen, nämlich daß der größte Teil der Bevölkerung "weder jetzt, noch 1987" Raketen will.

Brüssel, im Januar

W. BOIKOW

NUR FAKTEN

1984 stiegen die Einzelhandelspreise in den Ländern des Gemeinsamen Marktes um 6,5%.

Der Preisanstieg belief sich auf 18% in Griechenland, 9% in Italien, 7% in Frankreich, 6,7% in

Irland, 6% in Dänemark, 5,5% in Belgien, 5% in Großbritannien, 3% in Luxemburg und den Niederlanden und 2% in der BRD.

Aus Statistiken des "Eurostat", Statistischer Dienst der EWG

ZIVILISTEN AN DER MACHT

Am 15. Januar fanden in Brasilien Präsidentschaftswahlen statt. Aufgestellt wurden zwei zivile Politiker: Tancredo de Almeida Neves von der oppositionellen Sammlungsbewegung "Demokratische Allianz" und Paulo Maluf von der regierenden Sozialdemokratischen Partei (PSD). Das Wahlmännergremium gab dem Vertreter der Opposition mit 480 von 686 Stimmen den Vorzug. Damit geht Brasilien nach 20jähriger Herrschaft der Militärs zu einer Zivilregierung über.

Lange vor dem Wahltag zeigten Umfragen, daß Neves von der Mehrheit der Bevölkerung als demokratische Alternative betrachtet und deshalb unterstützt wurde. Als Vertreter der Demokratischen Allianz, die sich aus einem Kompromiß zwischen der einflußreichen oppositionellen Partei der Brasilianischen Demokratischen Bewegung und dem abgespaltenen PSD-Flügel ergab, sicherte sich Neves auch die Unterstützung anderer Parteien, einschließlich der halblegalen Kommunistischen Partei. Für ihn sprachen sich auch Vertreter der Geschäftskreise aus.

An die Wahl Neves' knüpfen die Brasilianer die Hoffnung auf Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen. Es geht vor allem um die Tilgung der Auslandsschulden, die Anfang 1985 bei über 100 Md. Dollar liegen, den Abbau der Arbeitslosigkeit, Agrarreformen und einen Preisstopp.

Ihrer Lösung harren auch politische Probleme: die Legalisierung der Brasilianischen Kommunistischen Partei und anderer politischer Organisationen, Aufhebung diskriminierender Gesetze, die demokratische Rechte und Bürgerfreiheiten beschnitten.

Die Wahlergebnisse sind von politischer Bedeutung nicht nur für das Land selbst, sondern auch für ganz Lateinamerika. Sie beenden gewissermaßen die erste Phase des allgemeinen Demokratisierungsprozesses in Bolivien, Argentinien, Uruguay. Solche Veränderungen schwächen die Positionen militaristischer Kreise und geben dem Kampf der Völker Chiles, Paraguays und anderer Länder dieser Region gegen Unterdrückungsregimes zusätzliche Impulse.

V. MOROSOW

TERRORAKTE ALS POLITIK

Ende des vergangenen und Anfang dieses Jahres gab es eine Serie von Explosionen, die leider nichts mit einem Neujahrfeuerwerk zu tun hatten. Am 23. Dezember verübten Terroristen in einem Tunnel vor Bologna den Anschlag auf einen Personenzug, bei dem 15 Menschen ums Leben kamen und rund 200 schwer verletzt wurden.

In der BRD vergeht schon einen Monat lang kein Tag ohne Anschläge auf NATO- oder Bundeswehrobjekte. Bei den Detonationen und Brandlegungen kam nur "aus einem glücklichen Zufall" niemand zu Schaden. Mitte Januar griff die Sprengstoffepidemie auf Belgien über. Doch auch dort zog keiner der Anschläge Opfer nach sich. Man darf annehmen, ebenfalls zufällig. Nicht wie bei dem Zwischenfall auf dem US-Luftwaffenstützpunkt bei der bundesdeutschen Stadt Heilbronn. "Glückliche Zufälle" scheint es nur bei gut geplanten Aktionen zu geben. Die nichteingeleiteten Explosionen dagegen haben für die Menschen schreckliche Folgen. Den Anschlag in Italien einmal ausgeklammert. Wenn auch hier der glückliche Zufall über der Aktion der Terroristen gewaltet hätte, wäre sie einfach unbemerkt geblieben. Die geheimnisvollen Terroristen aber hatten offenbar darauf gehofft, die allgemeine Aufmerksamkeit zu erregen.

Wir nennen sie "geheimnisvoll" nur deshalb, weil bisher kein Schuldiger an dieser üblen Aktion, trotz aller sichtbaren Bemühungen der italienischen, bundesdeutschen und belgischen Polizei, bisher ergriffen wurde. Obwohl Hinweise auf Freiwillige, die die Verantwortung für die Explosionen und Brandstiftungen übernehmen wollen, wie aus einem Füllhorn rieseln.

Es ist verständlich, daß niemand an diese "freiwilligen" Bezeichnungen glaubt. Offenbar mit Ausnahme der Polizei, die sich wie auf Signal nicht der Suche nach den wahren Schuldigen hingibt, sondern die Mitglieder der Friedensbewegung ins Gebet nimmt. In der BRD wurde bekanntgegeben, von jetzt an würden alle, die Streikposten und Demonstrationen vor den US-Stützpunkten und NATO-Objekten initiierten, Repressalien unterzogen. Die belgische Polizei führte Großrazzien und Haussuchungen bei Personen durch, die gegen die Stationierung der nuklearen Mittelstreckenraketen auftreten. In Italien haben nicht nur Kommunisten, sondern auch Vertreter der Regierungsparteien erklärt, daß der Anschlag auf den Personenzug "einem der Verbündeten" ins Konzept paßt, der über den zunehmenden Widerstand gegen die imperialistischen Pläne der Raketenstationierung vergrämt ist.

In einer Botschaft an das Volk stellte Präsident Alessandro Pertini eine klare Diagnose der neu aufgeflamten Terrorschlaglinie. Was in Bologna geschah, hält er für die von den reaktionären Kräften bereits mehrmals erprobte "Strategie der Spannungen", die Italien erniedrigen und einschüchtern soll. Der Vorsitzende der Parlamentsfraktion der Sozialisten, Rino Formica, nannte den Hintermann der Terroraktion ganz offen beim Namen: die CIA.

Mit jedem Tag ergeben sich mehr Fakten, die den Wahrheitsgehalt dieser Aussage bestätigen. So wurde beispielsweise bekannt, daß die Terroristen zu dem Anschlag Dynamit verwandten, das vor kurzem von einer NATO-Basis in Sigonella verschwand. Die bundesdeutsche Polizei eruierte, daß die Terroristen gewöhnlich in US-Uniform in NATO-Objekte eindringen und keinen Verdacht erweckende Dienstpapiere vorweisen. Eine phantastische Fahrlässigkeit zeigte auch die Bewachung der NATO-Objekte in Belgien, die ebenfalls nichts Verdächtiges bemerken konnte.

Grund zum Mißtrauen aber gibt es mehr als genug. Warum z. B. kommt es eben dort zu Explosionen und Brandstiftungen, wo der Widerstand gegen die militaristischen Pläne der USA zunimmt? Kaum hatte Italien eine selbständige Einstellung zu den NATO-Beschlüssen über die "Euroraketen" gezeigt, kaum hatte der bundesdeutsche Koordinationsausschuß der Friedensbewegung die Teilnehmer zur Aktionseinheit aufgerufen und die belgische Regierung die Zweckmäßigkeit der Stationierung der US-Raketen nach dem NATO-Kalendarium angezweifelt, schon wurden all diese Länder von einer Terrorwoge überschwemmt. Wohin wird sie weiter rollen? Nach Spanien, Griechenland, Dänemark oder vielleicht gar in die USA? Der Zünder der jetzigen Terrorserie hat nämlich einen sensiblen politischen Riecher. Er funktioniert zuverlässig dort, wo der zunehmende Widerstand gegen den aggressiven Kurs Washingtons unterdrückt werden soll.

Viktor GUSTSCHIN

Darüber nachzudenken werden Kommentatoren noch lange Gelegenheit haben. Die Zeit reicht: Der Abzug der Besatzungsarmee soll nicht in einem Zug erfolgen, sondern in drei Phasen, deren letzte erst auf den Herbst 1985 angesetzt ist. Dabei scheint die israelische "Invasionsarmee" doch erst vor kurzem, im Sommer 1982, über den libanesischen Süden, über Tyr, Nabatya und Saida, die seit den Phöniziern bekannten Küstenhandelsstädte, hinweggerollt zu sein, die dann mit Stacheldraht umzäunt wurden. In den Hafenkneipen wurden Verhörzellen eingerichtet, in den Filialen der Banken und Firmen tauchten gewisse Herren in Offiziersuniform auf.

Nach einiger Zeit schon wurden Betriebe geschlossen. Die Regale in den Geschäften waren voller unverzollter israelischer Waren. Die Bauern wurden der Möglichkeit beraubt, in Beirut und anderen Großstädten ihre Apfelsinen, Feigen und Oliven zu verkaufen.

Ist es daher erstaunlich, daß die Widerstandsbewegung im besetzten Süden die Form des bewaffneten Kampfes annahm? Die Partisanenbewegung in einem so dicht besiedelten Gebiet wie Südlibanon ist ohne die Massenunterstützung der Bevölkerung undenkbar. Diese Unterstützung, der allgemeine Haß auf die Eroberer ermöglichte den Partisanen ihre vielen mutigen Einsätze gegen die israelische Soldateska.

Dabei hatte Israel nicht nur Menschenverluste, sondern auch materiellen Schaden zu verzeichnen, was angesichts der

Roelof Botha, Außenminister der RSA, hat Länder Ostafrikas bereist. Er hat selbst davon erzählt, jedoch verschwiegen, welche er beehrt hat. Das Geheimnis hat nun die amtliche Nachrichtenagentur der RSA, die SAPA, ausgeplaudert — eins der Länder sei Somalia gewesen. Der Pariser "Monde" schrieb, wahrscheinlich aus Versehen, die geheime Tournee habe nicht der Außenminister, sondern sein Namensvetter, Präsident Pieter Botha, gemacht.

Aber schließlich kommt es nicht so darauf an, wer von den Spitzenpolitikern der RSA in Ostafrika war. Wichtig ist vielmehr, zu welchem Zweck. Der "Monde" schreibt, daß die in Afrika allein dastehende RSA unter den Staaten Afrikas solche suche, die auf diesem Kontinent reiche und mächtige Partner haben möchten. Allem Anschein nach hat der hohe Gast so eine schwache Stelle gefunden.

Ein Sprecher der South African Airways hat erklärt, Roelof Botha (er soll es gewesen sein) habe in Mogadischu darüber verhandelt, daß südafrikanischen Flugzeugen Landung auf Flugplätzen

Was verbirgt sich hinter dem Beginn des Abzugs israelischer Truppen aus Südlibanon?

ERZWUNGENER ABZUG ODER TRICK?

akuten israelischen Wirtschaftskrise besonders verhängnisvoll ist. Allein die direkten Ausgaben für die Aggression gegen Libanon betrugen 3 Md. Dollar. Und schließlich verdeutlichte Tel Aviv mit der andauernden Okkupation die Rechtswidrigkeit seiner Politik. Es ist kein Wunder, daß sich nicht nur Vertreter der "gemäßigten" Arbeiterpartei und kleinerer Gruppierungen für den Truppenabzug aussprachen, sondern sogar drei von neun Ministern des extrem-rechten Likud-Blocks.

Offenbar brannte es auf den Nägeln. Man kann der syrischen "Tishrin" nur zustimmen: Der Abzug "zeugt von der Niederlage, die Israel in Libanon einstecken mußte". Fügen wir hinzu, daß auch die USA eine Niederlage erlitten, als sie ihre Marines, die fast 300 Mann verloren hatten, vor einem Jahr aus Libanon abzogen, um Schlimmeres zu verhüten. Jetzt "begrüßt" Washington die erzwungene Entscheidung des strate-

gischen Verbündeten, macht aber gleich den Vorbehalt, aus Libanon müßten "alle fremden Truppen" abgezogen werden. Mit anderen Worten, das syrische Kontingent der Arabischen Sicherheitsstreitkräfte, das auf Ersuchen der libanesischen Regierung als Freund Einzug gehalten hatte.

Warum will man es mit den Okkupanten auf eine Stufe stellen? Ganz einfach, um Libanon mit Syrien zu zerstreuen, die beiden Bruderländer auseinanderzudividieren und damit Tel Aviv zu helfen, politisches Kapital aus seinem erzwungenen Rückzug zu schlagen. Verbunden damit sind Drohungen, neue Auseinandersetzungen zwischen den Gemeinden in Libanon zu provozieren, insbesondere in den südlichen Gebieten, wofür sowohl amerikanische als auch israelische Agenten gut stehen. Nicht zufällig wollen die Israelis nach dem Abzug ihrer Truppen die Macht an die Kollaborateure aus der "Südlbanesischen Armee" über-



Nieder mit den Okkupanten!
Telefoto: UPI-TASS

geben und sich außerdem das "Recht" auf eine neue Invasion vorbehalten, selbstverständlich im Gedanken an die US-Flugzeugträger, die immer wieder vor den Küsten aufkreuzen.

Warten wir also ab und erinnern wir auch daran, daß der libanesischen Süden nicht das einzige von Israel okkupierte arabische Gebiet ist. Da wären noch das Westjordanufer und die Golan-Höhen und der Gaza-Streifen. Sollte man in Tel Aviv glauben, die Öffentlichkeit mit dem Abzugsbeschluß von den Gebietseroberungen abzulenken, wird man sich geirrt haben.

D. WOLSKI

AFRIKA

GEHEIMNISVOLLER BESUCH

Somalias gestattet werden soll. Dem "Monde" zufolge hat Somalia mit der RSA ein Abkommen geschlossen, laut dem Pretoria im Süden der somalischen Küste einen Militärstützpunkt anlegen wird. Damit ist der Kontakt mit dem Apartheid-Regime erwiesen.

Die Nachricht, daß Pretoria Somalia und möglicherweise auch einige andere Staaten Afrikas zur Zusammenarbeit mit der RSA überrede, hat in den unabhängigen afrikanischen Ländern große Besorgnis und Ablehnung ausgelöst. Die OAU hat erklärt, die Abmachung über die Benutzung somalischer Flugplätze durch Flugzeuge der RSA sei von seiten Somalias eine gröbliche Verletzung von Resolutionen der UNO und der OAU. Ihre Flugzeuge müssen, um nach Westeuropa und Israel zu fliegen, den Umweg um die riesige westliche Nase des Kontinents machen, was im Jahr zusätzliche 25 Mio Dollar kostet.

Die dem rassistischen Staat auferlegten Sanktionen sind nicht wirtschaftlicher, sondern politischer Natur. Sie sollen die

RSA durch wirtschaftliche Schwierigkeiten zwingen, das Apartheidregime abzuschaffen, die Besatzungstruppen aus Namibia zurückzuziehen und endlich wirklich mit der Erfüllung der Resolution Nr. 435 des UNO-Sicherheitsrats zu beginnen, die vorsieht, wie diesem Land die Unabhängigkeit gegeben werden soll. Wenn sich also irgendein Land Afrikas weigert, die Sanktionen gegen die RSA einzuhalten, so wird das dort als Dolchstoß in den Rücken der gegen die Apartheid und für die Befreiung Namibias kämpfenden Völker angesehen. Unzweifelhaft hat der Imperialismus bei der Herstellung der Verbindungen zwischen Mogadischu und Pretoria seine Hand im Spiel gehabt.

Um der RSA aus der Isolierung hinauszuhelfen, reisen die Abgesandten Washingtons andauernd in den "Frontstaaten" herum und suchen — so der "Monde" — auch in anderen Gegenenden Afrikas Kumpare, namentlich unter den Ländern, die eine enge Zusammenarbeit mit den USA aufgenommen haben. Dazu gehört Somalia, dem die USA Waf-

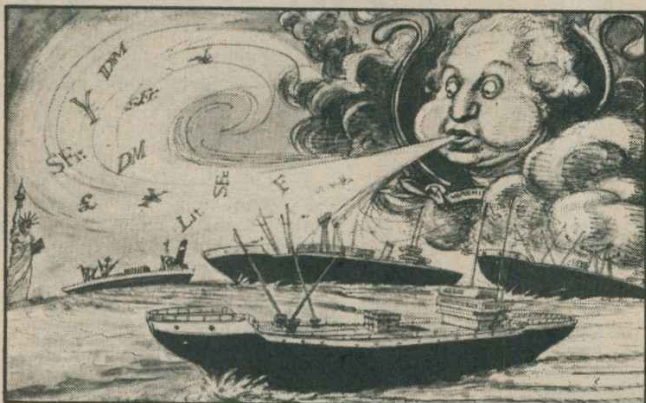
fen liefern und dessen Stützpunkte sie benutzen. So kann es denn nicht weiter überraschen, daß die USA-hörige Führung Somalias beschlossen hat, ihren Wohltätern zuliebe Kontakt zum rassistischen Staat anzuknüpfen. Nicht ganz unwahrscheinlich ist auch die Meldung, daß Mogadischu vorhat, der RSA Stützpunkte zur Verfügung zu stellen. Es hat ja auch den USA diesen Gefallen getan. Warum also deren treuem Bundesgenossen in Afrika einen Korb geben? Besonders besorgt über die Nachricht von der Abmachung zwischen Mogadischu und Pretoria ist man in den an Somalia grenzenden Ländern. Die Chauvinisten in Mogadischu haben ja auf ihre Gebietsansprüche an die Nachbarländer und auf die abenteuerlichen Pläne, ein "Groß-Somalia" zu schaffen, nicht offiziell verzichtet. Offenbar sind sie nicht stark genug zur Ausführung dieser Absichten. Wollen sie sich etwa mit Washingtons Segen durch die Zusammenarbeit mit dem rassistischen Staat den Rücken steifen? Wie dem auch sei, ist die Besorgnis des unabhängigen Afrika durchaus begründet.

J. BOTSCHKARJOW

WOHIN BLÄST DER DOLLAR?

Die Lage des Pfund Sterling ist genauso schlecht wie die Wetterlage in London, ironisierte vor kurzem die "Financial Times", "kalt und freudlos". Über die Britischen Inseln ist vom Norden her eisige Kälte hereingebrochen.

tendsten westlichen Währung wurde von der Londoner City natürlich nicht gern gesehen. Daher ertönten Stimmen, das Kabinett der Konservativen habe sich "gleichgültig" gegen die Landeswährung verhalten. Zur Rechtfertigung be-



Das Pfund erbebt unter den Stürmen aus dem Westen. Washingtons jähre Heraufsetzung des Dollar-Kurses führte dazu, daß das Pfund um mehr als das Doppelte "schrumpfte". Wenn es vor fünf Jahren noch 2,50 Dollar wert war, bekommt man heute einen Dollar und einen Cent. Allein seit Januar voriges Jahres magerte das Pfund um 19,4% ab.

Der Gewichts- und Prestigeverlust der einst bedeu-

riel sich Frau Thatcher darauf, der Dollar-Auftrieb, der das Abrutschen des Pfund-Kurses hervorgerufen hat, sei "ein Phänomen, mit dem wir früher nie zu tun hatten".

Wenn sie unter "früher" die letzten Monate des Jahres 1984 versteht, dann hat sie teilweise recht. Die im Juli einsetzende Flaute in der US-Wirtschaft ließ auch den Dollar-Kurs absinken. Spricht man dagegen von der

langfristigen Währungs- und Kreditpolitik Washingtons, dann ist gut bekannt: Hier wird auf den "Superdollar" gesetzt. Mit seiner Hilfe wirbeln die USA Kapital aus anderen Ländern auf, wie das die Karikatur aus der "Business Week" zeigt. Pfund, Mark, Franc, Lire und Kronen erschauern unter der Deviserkälte. Washington hat in den letzten Jahren so häufig viele Milliarden aus den Taschen der NATO-Verbündeten gezogen, daß kein anderer als der Vorstandsvorsitzende des Bundesreserveamts, Paul Volcker, die USA jüngst mit einem "Rauschgiftsüchtigen, der auf ausländisches Kapital versessen ist", verglich.

Die Verbündeten klagen bereits mehrere Jahre über diese schlechte Angewohnheit Washingtons. Auch diesmal begab sich der britische Schatzkanzler Nigel Lawson in die USA, um dort über den "Schaden, den der Dollar den Währungen anderer westlicher Staaten zufügt", zu reden.

Die gleichen Vorwürfe machten Finanzexperten der BRD, Japans und Frankreichs auf einer Währungskonferenz in Washington. Als Antwort erhielten sie wieder einmal das Versprechen, man werde Maßnahmen zur Verhütung starker Kursschwankungen ergreifen. Mit Versprechungen ist Washington immer schnell bei der Hand. **A. KUSIN**

MAFIOSI V KRAUSS-M

Nebenstehende Werbu Nr. 1/85 der bundesde "Wehrtechnik": "Krauss-M" ternehmer für wehrtechnis in zehn Ländern, in drei l Der Münchner Konzern und Panzerwagen: zwei M "Leopard" sowie "Gepard Die Firma gehört zu de stechungsaffären unrühmlic Imperium.

Daher konnte der Konz renten verdrängen. Flick ehemaligen Kanonenkönig gelt. Nicht umsonst wird di "Krauss-Mafia" genannt.

Die militaristischen "Maf München gut eingerichtet, sogar in der "Krauss-Maff

Die Werbekünstler abe viel zu bescheiden, als si Ländern in den Globus pra streckt seine Fühler weiter ben der bundesdeutsche Waffen "Made in German Dem Wachstumstempo im liegt das Land an erster Märkte wird gekämpft. Un Bestimmungen über die wollte, wie die Zeitschrift vergangenen Jahr schrie über eine Zwischenfi NATO-Land seine "Leopar

BEZAHLTE JUBELFETE

Mit Pomp wurde dieser Tage der 40. Präsident der USA zum zweiten Mal offiziell in sein Amt eingeführt. Doch zwei gleiche derartige Zeremonien gibt es nicht.

So meldete die "Washington Post", zum erstenmal in der Geschichte dieser Feierlichkeiten wurden alle Gäste nach Metallgegenständen abgetastet. Wer es nicht besser wußte,

hielt das für eine Sicherheitsmaßnahme. Insider dagegen deuteten an, der Sinn dieser elektronischen Leibesvisitation bestehe darin, solche Leute auszusperren, die nur mit Kleingeld in der Tasche gekommen waren. Als Eintrittskarten galten nur fette Schecks oder — im äußersten Falle — ein dickes Geldbündel. Solche Gäste konnten

die Kontrolle ohne Mucks passieren.

UPI behauptet, die größten US-Konzerne hätten je eine Million ausgespuckt, um die Ausgaben des Weißen Hauses für die Feierlichkeiten zu decken. 9 Mio Dollar kamen zusammen. Außerdem machten sich "General Motors", "Ford Motor" und "Chrysler" anheischig, für die Festteilnehmer — selbstverständlich völlig gratis — ein paar schicke Straßenkreuzer auffahren zu

lassen. Nun machte schon das Wetter einen Strich durch die ganze herrliche Vereidigung, und dann fanden sich auch noch Leute, die daran herumzumäkeln hatten. Die Vorsitzende der amerikanischen Konsumentenorganisation, Joan Claybrook, erklärte z. B., man habe es mit einem weiteren Beispiel der engen Beziehungen zwischen Ronald Reagan und dem Amerika der Konzerne zu tun. Sie investierten Dollars in seine Amtseinführung, er

aber revanch Tausendfach leichterungen Gesten.

Es fanden einige, die ten, daß die digen Konze Großauftragr Pentagon gel vor der Amts Hälfte aller ge in Höhe Milliarden D hätten.

FEI

achte die
Zeitschrift
Generalun-
großprojekte
nten."
iert Panzer
tionen des
"Wildcat".
seine Be-
nten Flick-

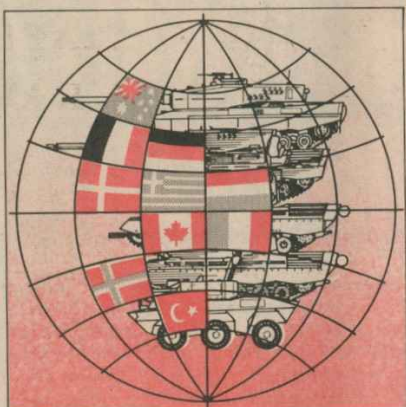
ne Konkur-
sogar den
p überflü-
in der BRD

ben sich in
etrieb liegt
ße.
n offenbar
von nur 10
en. "Mafia"
Nach Anga-
sse gehen
63 Länder.
export nach
. Um neue
uehung der
lieferungen
rdienst" im
aus-Malfei"
in einem
lahen Osten

ch dafür
steuerer-
anderen

n sogar
erinner-
denfreu-
den 25
n des
die kurz
rung die
gsaufträ-
nehmen
erhalten

ASCHIN



absetzen. Und nicht nur dort. Schließlich bietet der Globus noch Platz genug...

N. SHOLKWER

...UND PIRATEN

Der dänische Kapitän Kaj Narup steuerte sein Schiff aus dem französischen Hafen Bordeaux und schrieb in sein Logbuch: Bestimmungsort Argentinien. Tatsächlich war die Fracht für den südafrikanischen Hafen Durban bestimmt. Unterwegs wechselte das Schiff zweimal seinen Namen. Um den Zoll endgültig irrezumachen, wurde die Flagge Panamas aufgezogen. (Narup könnte die Zöllner ja schließlich nicht, wie früher die Piraten, am Mast aufknüpfen.) Für diese ausgeklügelte Tarnung der Fracht gab es gewichtige Gründe. Die Laderäume bargen Waffen, Munition und andere Militärtechnik aus Frankreich. Die UNO aber hat bekanntlich ein Embargo für Waffenlieferungen an Pretoria verhängt. Da muß man sehen, wo man bleibt. Zwischen Januar 1981 und Dezember 1982 hat das dänische Küstenmotorschiff "Eva Vesta" (alias "Tine Maru" oder sonstwie) fünf Fahrten mit Waffenladungen aus Bordeaux nach Durban unternommen. Reedereibesitzer Jorgen Jensen erhielt, wie "Ekstra Bladet" schreibt, über 6 Mio Kronen für seine "guten" Dienste. Ein anständiges Geschäft machte auch ein gewisser Tom Rosenberg aus Schweden, der bei der Ausstellung gefälschter Schiffspapiere behilflich war.

Um diesen Skandal gibt es allerhand Spekulationen. Schweigen herrscht nur über einen und wohl nicht unwichtigen Aspekt, nämlich, was mit denen geschehen soll, die die Kaufverträge für die Waffen an die RSA unterschrieben haben. Man weiß gut, daß Frankreich neben den USA und der BRD einer der größten Waffenlieferanten Pretorias ist. Dem UNO-Embargo zwar zuwider, jedoch profitreich. Den französischen Waffenproduzenten trägt der Export ihrer Erzeugnisse 25 Md. Franc jährlich ein.

T. SEWASTJANOWA

SONST..!

Gewöhnlich ziehen es die Abgesandten der afghanischen Konföderation bei ihren Propagandatouren durch westeuropäische Länder vor, sich über die "Kampfmethoden", in denen die "Mujaheddin" auf den Stützpunkten in Pakistan ausgebildet werden, auszuschweigen. Solche Informationen könnten dem Bild der "Freiheitskämpfer" nur schaden.

Deshalb wahrscheinlich waren sie so wütend auf das Organ der Arbeiterpartei-Kommunisten Schwedens "Norrskensflamman", das die Wahrheit über die "Mujaheddin" geschrieben hatte. Man mußte die Journalisten schleunigst auf Vordermann bringen. Mit den üblichen Methoden. Die Redaktion erhielt einen Brief mit der Forderung, einen Aufruf für die "Freiheitskämpfer" zu veröffentlichen.

In seiner Rage vergaß der Verfasser des Ultimatums vermut-

Bifogad upprop skall införas i
NFF före den 11. jan på vil-
kavlig plats i länderna!
Om så inte sker kommer
NFF att springas (härmed) före
1. maj och du skall svälta -
omkomma genom styckeshändelser.
Det blir inte några fler brev
eller varningar!

lich einfach, daß er sich in Schweden, nicht aber in Pakistan befindet. "Wird der Aufruf nicht veröffentlicht", drohte er, "wird das Redaktionsgebäude gesprengt (angezündet) und der Chefredakteur hingerichtet — er findet einen Unfalltod". Auch eine Frist wurde gesetzt. Als sie abgelaufen war, brachte "Norrskensflamman" das Faksimile des Briefes mit einem Kommentar. Der Brief selbst wurde der Polizei übergeben, denn schließlich geht es hier um Kriminelle, wenn sie sich auch "Kämpfer" nennen.

O. JURJEW

OPERATION „MOSES“

Unter dieser Bezeichnung lief mehrere Wochen eine Operation zur Ausschleusung äthiopischer Bürger jüdischen Glaubens nach Israel. Einige dieser "farbigen Juden" (in Äthiopien nennt man sie "Falasha") glaubten daran, daß sich in Sudan Lager für die Opfer der Dürre befänden und ließen sich zur Übersiedlung in den Nachbarstaat überreden. Sudan war jedoch lediglich ein Umschlagplatz. Bei Nacht und Nebel wurden die Falasha nach Khartum deportiert und von dort aus mit belgischen Flugzeugen weiter nach Brüssel. Die Endstation hieß Israel.

Den Schleier um "Moses" lüftete Tel Aviv selbst. Es stellte sich heraus, daß auch die USA eine aktive Rolle dabei gespielt hatten. Laut einem Sprecher des State Department hatten sie "ohne unnötigen Lärm" mit einigen Organisationen und Regierungen zusammengearbeitet sowie "Moses" bedeutende Finanzhilfe zukommen lassen. Wie die äthiopische Regierung erklärte, handelt es sich um eine eindeutige Verschwörung, die es modernen Sklavenhändlern gestattete, unter Verletzung des Völkerrechts insgeheim Bürger aus dem Land zu befördern.

Diese Operation war keineswegs von humanitären Überlegungen diktiert. Ein besonderes Interesse an den Übersiedlern aus Äthiopien zeigte die Dienststelle, die sich mit der "Besiedlung" des Westjordanufers und anderer okkupierten Gebiete beschäftigt. Im "gelobten Land" ist für die Falasha kein Platz. Sie erhalten keine Arbeit, keine Wohnung und haben auch keine Garantie, sich satt essen und satt trinken zu können. Nicht umsonst hat einer der Farbigen bei der Ankunft in Israel aus Verzweiflung Selbstmord begangen.

Wie es in der Bibel steht, hat Moses, nachdem er die Juden ins "gelobte Land" geführt hatte, ihnen geboten, keinen Sittenverfall zu dulden. Der Mensch muß des heiligen Bodens, den er gewann, würdig sein. Was hätte der Prophet gesagt, wenn er erfahren hätte, daß sein Name zu einem solchen Gangsterstück herhalten mußte?

L. SKURATOW

MODERNISIERER DER GEWALT, AUSBEUTER DES FORTSCHRITTS

Der große Wissenschaftler und Revolutionär der Gegenwart Wladimir Iljitsch Lenin sagte voraus, daß keine Entwicklung der Produktivkräfte im Imperialismus der Arbeiterklasse eine bessere Zukunft ohne Kampf garantiert. Heute, da die vereinten imperialistischen Kräfte eine Offensive gegen die internationale Arbeiterklasse entfalten, sind seine warnenden Worte an alle

Arbeiter besonders aktuell: "Das Kapital frißt euch, es wird ... alle ... auffressen und wird so lange fressen", bis man es stürze. Aktuell bleibt auch Lenins Aufruf an die Avantgarde des Proletariats: "Sache der Marxisten aber ist es, den Arbeitern die Augen zu öffnen. Das Kapital frißt und verschlingt, würgt und erwürgt, wehrt euch."

„KRIEGSKABINETT“ GEGEN BERGLEUTE

"Der Bergarbeiterstreik geht weiter, und die Stimmung in Großbritannien ist immer düsterer", lesen wir in der US-Wochenschrift "Time". Wir wollen präzisieren: die Stimmung der britischen Tories. Mehr als 10 Monate stehen sich die Regierung Thatcher und das Nationale Coal Board (NCB, britische staatliche Bergwerksgesellschaft) einerseits und der Landesverband der Bergarbeiter (NUM) andererseits gegenüber. Die Kraftwerke, Eisenbahnen und anderen Kohlenverbraucher haben 77 Mio t Kohle zu wenig erhalten. Die Regierung Thatcher müsse verstehen, konstatiert die "Financial Times": "Ein plötzliches Scheitern des Streikes kann es nicht geben." In der Downing Street 10 schickt man sich ebenfalls nicht an, das Handtuch zu werfen. Aber die Erinnerung an 1974, als der Streik den Tory-Vorsitzenden Edward Heath um seinen Premierminister-Posten brachte, ist lebendig.

Das Skelett im Schrank

So ein "Skelett", d. h. ein lichtscheuendes Geheimnis, muß man nach einem englischen Sprichwort im Schrank verschlossen halten. Die Tories hatten Pech. Ihr "Skelett" kam aus dem "Schrank" und 1978, als die Tories zu den Wahlen rüsteten, auf die Seiten der Zeitschrift "Economist": in Form des Schlußberichts einer Arbeitsgruppe der Konservativen Partei. Die Gruppe hatte den Auftrag, die Politik der Tories gegenüber den nationalisierten Industriezweigen zu formulieren. Die Autoren des Berichts machten Projekte, wie man die Gewerkschaften am besten in die Knie zwingt, denn die Gewerkschaften würden, das wußten die

Tories genau, entweder höhere Löhne fordern oder gegen Massenentlassungen protestieren. Sachverständige unter N. Ridley, Vertreter des rechten Parteiflügels, rieten zu einer "Entscheidungsschlacht ... auf einem von den Tories selbst gewählten Schlachtfeld"; in Erinnerung noch immer an 1974 nannten sie sogar das wahrscheinlichste Waterloo: die Kohleindustrie. Um den Sieg mit Sicherheit davonzutragen, hieß es im Bericht, müsse man: maximale Kohlenvorräte anlegen; Möglichkeiten zur zusätzlichen Einfuhr von Kohle sowie zu ihrem Ersatz (Erdöl) schaffen; den Streikenden alle Finanzquellen abschnüren; große mobile Polizeiverbände haben.

britischen Arbeiterklasse in die Knie zu zwingen, die Arbeiterbewegung zu schwächen und zu spalten.

Zeitpunkt und "Schlachtfeld" wurden genau nach dem Plan von 1978 ausgewählt und vorbereitet. Zur Entscheidungsschlacht brachte man zwei gewerkschaftsfeindliche Gesetze durch das Parlament. Die Tories konnten einen Sieg über den Verband der Druckereiarbeiter davontragen (1983) und den Mitarbeitern des Nachrichtenentrums in Cheltenham die Mitgliedschaft in der Gewerkschaft verbieten (1984). Die Bergarbeiter, die 1981 und 1982 die Pläne zur Einschränkung der Produktion hatten durchkreuzen können, mußten weichen. Schon 1983 entließ die Regierung mehrere tausend Bergleute.

Demnach hatten die Tories die strate-

Wenn es sein muß, essen wir Gras

Bergarbeiter aus Yorkshire

Damals, 1978, brachte die Enthüllung dieser Tatsache den Tories so manche Unannehmlichkeit. 1984 dagegen, als das "Skelett" erneut aus seinem Versteck herauslugte, nunmehr unter Vermittlung der "Financial Times", löste das Klappern seiner Gebeine im Tory-Lager bereits Panik aus. Das kam nämlich sehr zur Unzeit, mitten im Streik. Das ganze Schema des Komplotts der Regierung gegen die Gewerkschaftsbewegung wurde klar, ebenso die Tatsache, daß der Streik, dem gegenüber die Regierung eine "neutrale" Haltung einzunehmen behauptet, in Wirklichkeit von ihr selbst provoziert wurde. Das Ziel besteht darin, in der Kohleindustrie nur die rentabelsten Gruben zu belassen und später zu reprivatisieren. Noch wichtiger ist aber ein anderes Ziel: die aktivste Kolonne der

gische Initiative in der Hand. Auch die Wirtschaftskonjunktur war für sie günstig. Die Regierung sorgte nicht nur für Brennstoffvorräte, sondern auch für einen richtigen Vertreter der Tories im Konflikt. Zum NCB-Vorsitzenden wurde der Amerikaner schottischer Herkunft Ian MacGregor ernannt. Das Signal war absolut eindeutig: In England bereitete man sich auf eine Wiederholung der Geschichte mit dem niedergeschlagenen Streik der amerikanischen Fluglotsen vor. MacGregor hatte seine Karriere in den USA mit der Unterdrückung eines Streiks in einer Grube der Amax begonnen. In England reduzierte er in 3 Jahren die Zahl der Arbeitsplätze in der Stahlindustrie auf die Hälfte. Zu Recht schrieb also der "Economist", es sei "eine Order zur Grubenschließung gewesen, als Margaret

Thatcher Ian MacGregor zum NCB-Vorsitzenden ernannte".

Der Mac-Knife, wie die Arbeiter den Amerikaner nennen, gab sofort die Absicht bekannt, 20 (von den 174) Gruben zu schließen und 20 000 Arbeiter zu entlassen. Das widersprach dem sogenannten Kohleplan, der von der NUM, dem NCB und der Regierung 1974 unterzeichnet und 1981 bestätigt wurde. Zudem erfuhr die NUM-Führung, daß die Tories nur 100 Gruben zu erhalten und nicht 20 000, sondern 70 000-80 000 Bergleute zu entlassen gedachten. Da konnte die NUM nicht mehr zurück, denn das hätte heißen, der "Rationalisierung" freiwillig den Kopf hinzuhalten. Der Konflikt war unvermeidlich, und die Regierung, in dessen Obhut die NCB-Tätigkeit steht, wußte das.

Als erste streikten die Grubenarbeiter von Yorkshire und Schottland, den beiden wichtigsten Kohlenrevieren des Landes. Ihnen folgten Durham und Kent. Am 12. März, der als offizieller Streikbeginn gilt, hatten bereits über 100 000 Personen die Arbeit niedergelegt. Ende des Monats wurden 90% aller Kohlengruben bestreikt. Streikposten standen an den Werktoeren.

Werfe oder Brutalitäten?

Die Londoner City zweifelte nicht am Sieg. Der "Economist", der schon in die Zeit danach blickte, belehrte: Die NUM und die gesamte Gewerkschaftsbewegung müßten "die wahren Werte" erkennen, "die sie als Brutalitäten des Thatcherismus ansehen". Inzwischen wurden rasch und organisiert (laut Plan von 1978) große Polizeitrupps aus 43 Polizeirevieren in die bestreikten Gebiete verlegt. In Scotland Yard wurde sogar "freiwillig" eine Nationale Zentrale zur Koordinierung von Polizeiaktionen gegründet.

Die Zusammenstöße mit den Bergleuten nahmen rasch erbitterten Charakter an. Es sollte jedoch noch einige Zeit vergehen, ehe Mrs. Thatcher soweit war, ihren Kampf gegen die Streikenden mit dem Falkland-

Krieg zu vergleichen. Aber der Befehl "Säbel 'raus!" wurde schon erteilt.

Mai. Die kleine Stadt Orgreave unweit von Sheffield. 7000 Grubenarbeiter versuchten, Lastautos mit Koks für das Hüttenkombinat in Scunthorpe zu stoppen. "Guardian": "Das Ganze erinnerte an ein Gemälde aus dem 18. Jahrhundert, das ein Schlachtfeld vor der Schlacht darstellt. Berittene Polizisten standen auf der einen Seite, die übrigen hatten die Hauptchaussée abgeschnitten... Die Polizeihunde konnten kaum an den Leinen gehalten werden." Im "Observer" folgender Kommentar: "Die berittenen Polizisten stürzten auf die Streikposten und trieben sie wie bei einer Jagd durch die Felder. Die Reiter umzingelten die Streikposten... Bei einem Fluchtversuch mußte man mit den Hunden rechnen." Es wurden

Hebel seitlich nach oben... Dann drückte man mir den Kopf mit dem Knüppel zur Erde und begann, auf meinem Rücken zu springen... Ich verging vor Schmerz und weiß nur, daß ich in jenem Augenblick immer wieder denken mußte, wie gut bei denen alles eingespielt war."

Juni. Die "Skelette" springen noch immer aus dem Schrank der Tories. Wenn die Knüppelhebe auf die Köpfe der Kumpel dem Spieß noch nicht verständlich gemacht haben, wer hinter diesen Mißhandlungen steht, so schaffte das eine skandalöse Enthüllung im "Daily Mirror". Das Blatt veröffentlichte einige von der Kanzlei der Premierministerin herausgegebene vertrauliche Weisungen. Wie sich herausstellte, traf man in der Downing Street 10 aktive Maßnahmen zur Isolierung der Bergleute. Der Verkehrsmi-

Einer der höheren Polizeioffiziere sagte später: "Einige Polizisten führten sich wie SA-Leute auf."

Aus: "Le Matin" (Paris)

64 Personen verwundet, 82 verhaftet, darunter der Gewerkschaftsvorsitzende, Arthur Scargill. Am nächsten Tag sagte er: "Was gestern in Orgreave vor sich ging, ist etwas, was wir von Chile her gewöhnt sind."

Noch im Mai wütete die Polizei unter den Teilnehmern einer Kundgebung der Grubenarbeiter in Mansfield (Grafschaft Nottinghamshire).

Hier die Erzählung eines Bergarbeiters: "Der Knüppel wurde mir unter das Kinn geschoben und dann langsam so umgedreht, daß er mir die Nase und die Brauen zudeckte, und man bog mir den Kopf mit diesem Knüppel wie mit einem

nister z. B. wurde angewiesen, dem Eisenbahnerverband Zugeständnisse zu machen, damit er sich nicht den Bergleuten anschließt. "Mrs. Thatcher persönlich führte das Unterhaus irre", sagte David Steel, der Vorsitzende der Liberalen Partei, in bezug auf die Versicherungen der Premierministerin, die Regierung halte sich an die "Nichteinmischung" in den Konflikt.

Trotzdem stellten sich die Eisenbahner an die Seite der Streikenden und weigerten sich, die zwei größten Hüttenwerke, in Nordschottland und Südwales, mit Brennstoff zu beliefern.

Eine weitere Schlacht spielte sich vor Westminster ab, als berittene Polizei die Teilnehmer eines Protestmarsches der Bergleute angriff. Direkt von den Mauern der "Wiege der Demokratie" wurden Demonstranten mit Krankenwagen weggeführt.

Die am 31. Mai begonnenen Verhandlungen zwischen dem NCB und der NUM scheiterten am 13. Juni, als das NCB, das zuerst einen Kompromiß einzugehen bereit war, wie auf Kommando zu den Ausgangspositionen zurückkehrte: 20 Gruben seien zu schließen, 20 000 Arbeiter zu entlassen. Dabei bestehen die Bergarbeiter gerade auf der Aufhebung dieser Entscheidung.

Wie der "Economist" schreibt, wurde am letzten Wochenende des Juni ein "Propagandablitz" niedergeschleudert. Tausende Streikende erhielten von Mac-Knife unterzeichnete Briefe mit dem Aufruf, die Arbeit wiederaufzunehmen.

Krieg wie im Krieg!

Juli. Mittlerweile bekommt die Regierung zu spüren, daß das Drehbuch "Die

"Alles sehr einfach: Wir kämpfen für unser Recht auf Arbeit."

Aus: "Espresso" (Italien)



Tories beginnen und gewinnen" mit ernststen materiellen Opfern verbunden ist. Die Bergarbeiter streiken weiter, ihnen haben sich die Hafenarbeiter angeschlossen. Um die Monatsmitte lagen 50 Häfen Großbritanniens still. Einen 24stündigen Streik führten die Eisenbahner von Manchester durch. Und schon kabelet Reuter am 15. Juli: "Die vorige Woche hat Thatcher einen ganzen Rattenkönig von Problemen gebracht: geschlossene Werften, fallendes Pfund, schwankende Effektenbörse; zudem gehen immer häufiger Gerüchte um, daß die Politik der Premierministerin in ihrer eigenen Partei zunehmende Unzufriedenheit auslöst." Behutsam stellt der "Observer" fest: "Es verstärkt sich das Gefühl der Ungewißheit, ob die Regierung auf die Ereignisse zu reagieren und sie unter Kontrolle zu stellen versteht."

Solche Töne hatte man zum letzten Mal gehört, als der britische Zerstörer "Sheffield" durch eine argentinische Rakete versenkt wurde. Gut, also ein neuer Falkland-Krieg? Um einen "Ausweg" zu finden, setzt Thatcher einen Sonderausschuß ein, dem die ranghöchsten Minister angehören. Analogien bieten sich von selbst an, und unisono rauscht es im Blätterwald, Thatchers neues "Kriegskabinet" sei entstanden. An den Diskussionen nimmt Verteidigungsminister Heseltine teil. Die Premierministerin droht damit, den Ausnahmezustand zu verhängen. Pläne werden ausgearbeitet, Soldaten als Streikbrecher einzusetzen.

August. Als die Regierung das Signal zu einem neuen Angriff gab, waren die britischen "Geldsäcke" schon auf dem Sprung. Man bedrohte die führenden

Grube der Grafschaft Durham, mit Helmen, Plastschildern und den obligaten Knüppeln ausgerüstet, durch die Streikposten einem einzigen Streikbrecher den Weg freizuhalten.

Der August war ein Monat der Zusammenstöße an den Gruben und der hinterrücks versetzten Schläge. Aber außerdem noch ein Monat der "weißen Perücken". Nach den Hundenden wurde die britische Justiz auf die Streikenden gehetzt. Triumphierend schrieb der "Economist": "Das nahm viel Zeit in Anspruch, aber der Bergarbeiterstreik ... ist da, wo er nicht endlos dauern kann: im Gericht." Die gewerkschaftsfeindlichen Gesetze ausnutzend, strengten die Inhaber zweier Transportgesellschaften Südwales' eine Klage an: Die Streikenden wollen ihre Lastautos nicht durchlassen (in Wahrheit fuhren die Autos in die Streikpostenlinie hinein). Das Gericht verordnete, die Streikposten aufzuheben, die Kumpel weigerten sich. Darauf stand eine Strafe von 50 000 Pfund Sterling wegen "Mißachtung des Gerichts". Die Weigerung, die Strafe zu zahlen, führte dazu, daß das Gericht die Mittel der örtlichen Gewerkschaft konfiszierte. "Tropfen auf Tropfen werden die Strafen wegen Mißachtung des Gerichts alle Mittel der Grubenarbeiter schneller verschlingen, als sie annehmen", schrieb der "Economist" schadenfroh.

Und doch denkt die Regierung immer häufiger an das Zuckerbrot: Wie die Bergarbeiterzeitung "The Miner" schrieb, steht ja der "General Winter" vor der Tür. Am 19. August erwähnte der "Observer" eine neue "Aussöhnungskampagne" der Regierung.

September. Thatcher schob ihre Südostasien-Reise auf, weil zu Hause genug

alljährliche TUC-Kongreß im Namen seiner 10 Millionen Mitglieder die ungeteilte Solidarität mit den Streikenden.

Tiefschlag der Tories

Oktober. Das Londoner Hohe Gericht untersuchte die Klage der beiden Streikbrecher und qualifizierte den Streik in den Revieren Yorkshire und Derbyshire als "gesetzwidrig", obwohl er gemäß der Gewerkschaftssatzung ausgerufen worden war. Am 10. Oktober erlegte das Gericht der NUM eine Strafe von 200 000 Pfund und Arthur Scargill eine von 1000 Pfund auf.

Während die "weißen Perücken" den Kumpeln ihre Hiebe im Gerichtssaal versetzten, fällten die Tories ihr Urteil über die Streikenden in Brighton, wo ihre Konferenz stattfand. Innenminister Brittan gab eine neue Reihe von arbeiterfeindlichen Maßnahmen bekannt.

Die Verdikte von Gericht und Konferenz wurden durch die Polizei, das NCB und das Big Business als Anleitung zum Handeln aufgenommen.

Die Polizei verprügelt Bergleute in Derbyshire. 20 Verwundete.

Das NCB durchkreuzt die zweite Verhandlungsrunde und verlangt eine bedingungslose Kapitulation der Gewerkschaft.

Von Monopolherren ausgehaltene Banditen setzen eine Speisehalle der Bergleute in der Siedlung Crasswell (Derbyshire) in Brand.

Die Zollbeamten schalten sich in das "Bergarbeiter-Falkland" ein und nehmen sich vor, eine eigene "Belgrano" zu versenken. Sie versperren 30 t Kondensmilch und Kindernahrung, die den Streikenden von ihren Kollegen aus der UdSSR, der CSSR, der DDR, aus Bulgarien, Dänemark und Schweden geschickt wurden, den Weg.

November. London gibt die Kürzung der Unterstützungen für die Familien der Streikenden bekannt. (In all diesen Monaten erhielten die Kumpel selbst keinen einzigen Penny, winzige Beihilfen wurden nur für ihre Familienangehörigen bereitgestellt.) In denselben Tagen startet das NCB die "Operation Versuchung" für die müden und unterernährten Arbeiter: eine Entschädigung bis zu 1400 Pfund und eine Lohnerhöhung für jene, die ihre Arbeit bis zum 19. November wiederaufnehmen. Die Regierung wolle "die Kumpel aus den Mitteln, die ihnen ohnehin gehören, schmieren", sagt Scargill dazu.

Margaret Thatcher nennt die Streikenden coram publico "die inneren Feinde der Demokratie". Ende November entzieht das Gericht der NUM das Recht, über die eigenen Fonds zu verfügen.

Dezember. Anfang des Monats findet eine außerordentliche Konferenz von Delegationen der örtlichen NUM-Sektionen statt. Auf der Tagesordnung steht die

"Heute bin ich Bergmann. Heute sind wir alle Bergleute. Der Sieg der Kumpel wird unser gemeinsamer Sieg sein."

J. Morrel, Generalsekretär der schottischen Sektion des Verbands der ungelerten und städtischen Arbeiter

Gewerkschafter der Kohleindustrie. Man schlug auf sie in dunklen Gassen ein. In den Bergarbeitersiedlungen häuften sich die Überfälle auf die Familien der Streikenden. Vor dem Haus des Labour-Politikers Jeffrey Cofy, der sich wiederholt für die Streikenden einsetzte, explodierte eine Bombe. Rowdies oder Banditen? Keineswegs, vielmehr "wahre Patrioten". Wie die "Financial Times" informierte, werden deren Dienste von den Monopolen bezahlt.

Die Bergleute haben nur wenig zu essen. Aber der Streik geht weiter, an ihm beteiligen sich über 140 000 Werktätige.

Die Hafenarbeiter streiken erneut. Bis zum 31. August hatten sich 80% der Arbeiter in 35 Häfen Englands geweigert, Importkohle zu löschen. Mittlerweile versuchen Hunderte Polizisten vor einer

zu tun ist. Dem Korrespondenten der "Financial Times" klagte sie: "Man muß auf dünnem Eis gehen." Nach wie vor versichert sie das ihren Landsleuten, der Konflikt werde von allein erlöschen, sobald die Zahl der "Freiwilligen" (lies: Streikbrecher) größer sei als die der Streikenden.

In einer Grube in Nordyorkshire knüppeln Polizisten den Weg für zwei Streikbrecher frei. 10 Streikposten werden ins Krankenhaus eingeliefert.

Mrs. Thatcher verneint die Möglichkeit von Zugeständnissen: Je länger der Streik dauere, um so mehr Entlassungen werde es geben. Die Regierungschefin droht auch anderen Formationen der Arbeiterklasse, die die Bergleute unterstützen. Zwei Wochen zuvor bekundete der

Frage, ob der Streik nach dem Arrest der Gewerkschaftsmittel weitergeführt werden solle. Die Konferenz beschließt weiterzumachen. Praktisch alle Gewerkschaften des Landes erweisen den Bergarbeitern finanzielle Hilfe.

Die Tories versetzen einen neuen Schlag unterhalb der Gürtellinie: Alle Spenden müssen über eine Anwaltsfirma gehen.

In der Londoner City denkt man hoffnungsvoll daran zurück, daß der 7monatige Streik von 1926 vor Weihnachten zu Ende war. Aber die Kumpel wissen noch, wie er endete: Der Arbeitstag wurde länger, die meisten Bergarbeiter hatten niedrigere Löhne und Tausende weitere überhaupt keine Arbeit mehr. Deshalb sind im November und Dezember 1984 — trotz des Drucks, der Versprechungen und Versuchungen Londons und des NCB — lediglich 16 000 Personen in die Gruben zurückgekehrt.

Die Streikenden haben es schwer. Wie die "Time" berichtete, mußte ein Arbeiter seinen Kindern sagen, der Weihnachtsmann sei tot und deshalb werde er keine Geschenke bringen.

Geschenke gab es aber doch. Als zu Weihnachten der Aufruf erscholl, den Familien der Streikenden zu helfen, wurde ihm in ganz Großbritannien und in vielen anderen Ländern Folge geleistet. Bis Mitte Dezember erreichte der Spendenbetrag 263 000 Pfund Sterling.

Ian MacGregor hatte es einfacher. Die Löcher im Portemonnaie des NCB wurden von der Regierung selbst gestopft. Da die Löcher immer größer wurden, forderte das Amt im Dezember 800 Mio Pfund, um sein Defizit zu decken.

Kurz vor Weihnachten kamen zwei Schulkinder — der 14jährige Durrell und der 15jährige Paul Holmes — um, als sie in einem alten Streb Kohlestücke auflösen. (Das NCB hob die jahrhundertealte Tradition auf, nach der die Kumpel Kohle aus der Grube nach Hause mitnehmen durften.) Die beiden kleinen Holmes waren nicht die ersten Opfer. Ein Kumpel wurde, als er Streikposten stand, von einem Streikbrecherauto überfahren, ein anderer "unter ungeklärten Umständen" getötet. Nicht ohne Grund wird angenommen, daß mehrere Todesfälle auf die NCB-Söldner zurückzuführen sind.

Januar. Die Bergarbeiter halten sich schon seit über 9 Monaten. Am 6. Januar sagte MacGregor im Fernsehen, er hoffe auf ein Ende des Streiks noch vor dessen ersten Jahrestag im März. Die Worte des NCB-Vorsitzenden klingen leicht hysterisch, weiß er doch: Viele in der City bezweifeln, ob Mackie-Knife den britischen Kumpeln gegenüber scharf genug sei.

Unter Londons Druck vereitelt das NCB die nächste, von der NUM vorgeschlagene Verhandlungsrunde. Die Behörden hören mit ihren Drohungen nicht auf:

Dauere der Streik bis Ende 1985, so könnten 50 000 Personen entlassen werden.

Zusammenfassend: Während des Konfliktes in der Kohleindustrie wurden über 7000 Aktivisten verhaftet (durchschnittlich 30 Personen am Tag) und 400 ins Gefängnis gesteckt. Die Verwundeten werden, wie man im Nationalen Zentrum zur Koordinierung von Polizeiaktionen erklärt, nicht mehr statistisch erfaßt, da sie "viel zu viele" seien. 5 Bergarbeiter wurden getötet. Trotzdem streiken gegenwärtig nach Angaben der NUM die meisten Bergarbeiter. In Südwales hat nur 1% der Bergleute die Arbeit wiederaufgenommen.

London hat sich den Wunsch, die Gewerkschaft niederzuschlagen, beinahe 5 Md. Pfund kosten lassen. Das ist 2,5mal so teuer wie der Krieg um die Falklandinseln (Malwinen). Die Geschäftswelt und die von ihr gewählten Regierungen sind aber auch zu größeren Opfern bereit, nur um ihren wichtigsten "inneren Feind" — die Arbeiterklasse — zu besiegen. Es gelang der Regierung jedoch nicht, die NUM auf die Schnelle zu zerschlagen. Dagegen begann in dem von der Regierung dirigierten NCB eine Spaltung. Reibungen gibt es auch in der Tory-Regierung selbst. Es sieht ganz so aus, als hätte sich das "Bergarbeiter-Falkland" gegen dessen Planer gekehrt.

L.JELIN

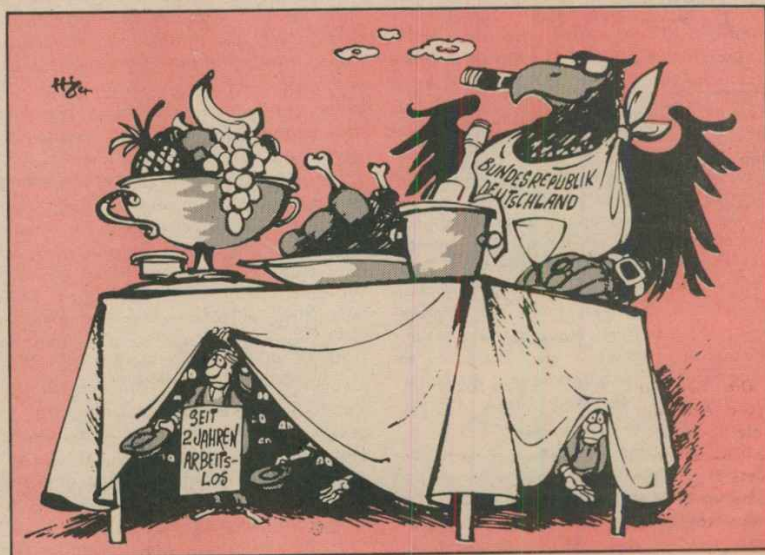
DIE OPPOSITION

Wie der fast einjährige Streik der britischen Bergarbeiter auch aussehen mag, er wird in die Geschichte des Kampfes der britischen Arbeiterklasse eingehen. Die Prüfungen, die die Streikenden und ihre Familien bestehen müssen, die offene Feindseligkeit der herrschenden Klasse Großbritanniens gegen sie, die Hetze in Presse und Fernsehen haben genau die Grenze zwischen den Kräften gezogen, die in Opposition zueinander stehen: auf der einen Seite die Werktätigen, auf der anderen die Arbeitgeber und ihr Anhang. Dieses noch nicht abgeschlossene Kapitel der britischen Geschichte ist ein Kapitel des erbitterten Klassenkampfes.

Solche Ereignisse erwecken immer angespanntes Interesse in der ganzen

Welt. Die meisten Menschen verfolgen sie von den Positionen der Werktätigen, die sich ihren Unterhalt in schwerer Arbeit verdienen, von den Positionen jener Gesellschaftsklassen, die selbst ihr geringes Wohlergehen, erkaufen um den Preis der eigenen Kräfte Arbeit, der angeborenen oder erworbenen Fertigkeiten, ständig im Kampf verteidigen müssen. Dieses Wohlergehen ist immer bedroht, weil der Arbeiter im Kapitalismus im Lohnverhältnis steht. Die Arbeitgeber werden nie die Gelegenheit versäumen, die Ausgaben für die Arbeitskräfte zu kürzen; zu diesem Zweck erhalten sie ja das Arbeitsreserveheer — die Arbeitslosen —

Aus: "Der Spiegel" (BRD)



aufrecht. Jetzt, da die Arbeitslosenzahl in den kapitalistischen Industrieländern über 30 Millionen beträgt, kann selbst ein oberflächlicher Beobachter sehen: Das Kapital entfaltet eine gut vorbereitete und großangelegte Offensive gegen die Arbeiterklasse.

Es gibt in Westeuropa kein einziges Land, dessen herrschende Klasse nicht von der Modernisierung der Industrie, von der Wirtschaftsregulierung, von der Produktion konkurrenzfähiger, weltmarktgerechter Waren redete.

Alle einfachen und verständlichen Dinge verwirren sich, wenn das Klasseninteresse im Spiel ist. Deshalb wollen wir auf einige Momente eingehen.

Modernisierung der Industrie. Ihre Notwendigkeit wird auf die Ergebnisse der wissenschaftlich-technischen Revolution wie die EDV-Technik, Roboter, neuartige Energieträger usw. zurückgeführt. Welchen Nutzen die Produktion davon hat, ist offensichtlich: die Möglichkeit, die Massenproduktion vielfältiger Waren in die Wege zu leiten. Das Klasseninteresse der Kapitalisten liegt darin, möglichst wenig für Ausrüstungen, Arbeitskräfte und Werkstoffe auszugeben und möglichst viel aus dem Verkauf der Erzeugnisse zu gewinnen. Dort, wo die Arbeitskräfte organisiert sind und auf langjährige revolutionäre Traditionen zurückblicken, wo sie von kampffähigen Gewerkschaften geleitet werden, die beharrlich für wirtschaftliche Forderungen kämpfen, sind die Ausgaben für die Löhne und Gehälter weit höher als dort, wo all das nicht besteht. Daher das Streben der herrschenden Kreise ausnahmslos aller kapitalistischen Länder, die werktätigen Massen zu desorganisieren, zu spalten und die Gewerkschaften, vor allem die zahlenmäßig stärksten und aktivsten, zu schwächen. Im voraus wird dabei ein Opfer ausgewählt, dessen Unzufriedenheit und dessen Aktion unter Umständen provoziert, die für dieses Opfer denkbar schlecht sind. In den USA war es der vor 4 Jahren durchgeführte Streik der Fluglotsen, deren Gewerkschaft 11 000 Mitglieder zählte. Die Reagan-Administration schlug den Streik rigoros nieder, die Gewerkschaft wurde aufgelöst.

Die französische gewerkschaftliche Wochenschrift "La Vie Ouvrière" bewertet diese Aktion rückblickend als "den Anfang einer neuen und gefährlichen Epoche in der Geschichte der amerikanischen Arbeiterbewegung. Die Administration statuierte ein Exempel am Fluglotsenverband und bewog die Unternehmer dadurch, den Druck auf die Gewerkschaften zu verstärken."

Das Ergebnis für die USA, wo die Gewerkschaftsbonzen nie auf wirklich klassenmäßigen Positionen standen: "Die Gewerkschaftsbewegung ist im Rückzug und wird immer stärker angegriffen",

schreibt Anthony Mazzocchi vom Einheitsverband Erdöl-, Chemie- und Atomindustrie. "Das Problem besteht in folgendem: Die Gewerkschaftsführung machte so lange Zugeständnisse, daß sie jetzt nicht einmal weiß, wie sie zu reagieren hat." Nach Mazzocchis Meinung wurden die Pläne zur Auflösung des Fluglotsenverbandes schon unter Carter heimlich ausgearbeitet, Reagan aber hat diese Pläne lediglich verwirklicht.

Die Verwirklichung eines ähnlichen Plans in England wird an den Bergarbeitern erprobt. Aber das ausgewählte Opfer legt, wie wir sehen, unerschütterliche Beharrlichkeit und Kampfgeist an den Tag. Die Arbeiter der anderen kapitalistischen

zu diesen Zwecken Kapital exportiert, jetzt wird die Produktion selbst ausgeführt. Wenn US-Unternehmer z. B. die Schuhproduktion nach Brasilien und die Textilindustrie nach Taiwan verlegen, verbilligen sie somit die Erzeugung der entsprechenden Waren und schließen einen Teil der nicht mehr rentablen Betriebe in den USA. Dann führen sie "brasilianische" Schuhe oder "Taiwaner" Textilien in die USA ein und verkaufen sie zu niedrigeren Preisen, was ihnen den Vorwand liefert, den amerikanischen Werktätigen, die in der Schuh- oder der Textilindustrie beschäftigt sind, eine zu niedrige Arbeitsproduktivität oder "überhöhte" Löhne vorzuwerfen. Auf diese

"Die Zeit ist da, wo es keinen anderen Ausweg als den Kampf gibt."

A. Scargill, NUM-Vorsitzender

Industriestaaten des Westens zeigen ebenfalls ein Beispiel des energischen Widerstandes gegen die Unternehmer.

Mit der Modernisierung hängt ein schlauer Propagandatrick zusammen, von Leuten ausgeklügelt, die das Bewußtsein der Massen im Westen zu manipulieren suchen. Gemeint ist die These vom "Verschwinden" der Arbeiterklasse: Sie werde zunehmend von Maschinen verdrängt, die keine Löhne, keine Verbesserung der Lebens- und sonstigen Bedingungen verlangen, nicht protestieren, nicht streiken und sich ohne weiteres auf neue Erzeugnisse umstellen lassen. Dieser Dreh ist in erster Linie jenen zugeordnet, die von der Arbeitslosigkeit bedroht werden. Aber mit der Zeit zeigt er seine Unhaltbarkeit und schlägt auf seine Urheber zurück. In der Tat: Wenn eine zunehmende Anzahl der Menschen von der Gesellschaft weder als Produzenten noch als Konsumenten gebraucht wird, wozu dann die Produktion erweitern? Indem die Kapitalisten die Arbeiterklasse verneinen, negieren sie dadurch auch sich selbst, die eigene Produktionsweise und das ganze kapitalistische System zur Verteilung der materiellen Güter.

Die sogenannte **Wirtschaftsregulierung** ist ein weiteres Argument zur Rechtfertigung der Offensive gegen die Arbeiterklasse. Besagte Regulierung wird auf die Betriebsschließung in herkömmlichen Wirtschaftszweigen, darunter in der Kohleindustrie, im Hüttenwesen und in vielen Leichtindustriestrukturen, zurückgeführt. Zu erklären ist das nicht damit, daß diese Zweige unnötig seien, sondern mit der Verlegung der Betriebe dorthin, wo es billige Rohstoffquellen und Arbeitskräfte gibt, wo man vorläufig — infolge der Schwäche der Arbeiterbewegung — weniger für den Arbeits- und den Umweltschutz ausgeben darf.

Zu Beginn dieses Jahrhunderts wurde

Weise bekamen die USA zahlreiche "Konkurrenten" zuerst in den alten Industriezweigen mit festen Arbeiter- und Gewerkschaftstraditionen. Mit der Zeit dehnte sich der Export der Produktion aus allen kapitalistischen Industrieländern auch auf die neuen Zweige aus. Es ging so weit, daß Anfang der 80er Jahre das Verhältnis zwischen im Ausland erzeugten amerikanischen Waren und ebenfalls amerikanischen, aber in den USA erzeugten Waren auf dem Weltmarkt 5,3:1 betrug. Für die westeuropäischen Länder und Japan nimmt dieses Marktverhältnis (durchschnittlich 1,3:1) weiter zu. Ergebnis einer solchen Wirtschaftsregelung ist also die Internationalisierung der kapitalistischen Wirtschaft auf Kosten der werktätigen Klassen.

Nimmt man die Welt als Ganzes, so bestätigt die Statistik eine zahlenmäßige Verminderung der Arbeiterklasse nicht. Nach Angaben des Moskauer Instituts für Internationale Arbeiterbewegung nahm die Arbeiterklasse der kapitalistischen Industrieländer von Mitte unseres Jahrhunderts bis Anfang der 80er Jahre von 137 Millionen auf 241 Millionen zu. In den Entwicklungsländern stieg die Anzahl der Arbeiter im selben Zeitraum von 79 Millionen auf 217 Millionen, also fast auf das Dreifache.

Die Löhne der Arbeiter, die in den Betrieben multinationaler Konzerne beschäftigt sind, machen in den Entwicklungsländern bisweilen nur ein Achtzigstel, ja nur ein Hundertstel der Löhne ihrer Berufskollegen in den kapitalistischen Industrieländern aus. Daraus erklärt sich vor allem das Interesse des internationalen Kapitals an gemeinsamen und praktisch gleichzeitigen Angriffen auf Arbeiter und Gewerkschaften. Die Arbeitgeber automatisieren die Produktion in den kapitalistischen Industrieländern, entlassen Millionen arbeitsfähige, ausgebil-

GEWISSENSFREIHEIT UND GEWISSENLOSE LÜGE

dete und qualifizierte Kräfte, leiten aber zugleich die Produktion der entsprechenden Erzeugnisse in den Ländern der dritten Welt ein, deren Territorium zwei Drittel unseres Planeten ausmacht, wobei sie dort nicht an Mechanisierung und erst recht nicht an die Automation denken.

Und schließlich noch ein Hebel, mit dessen Hilfe in den kapitalistischen Ländern der Druck auf die Arbeiterklasse ausgeübt wird: Wir meinen die Migration der rastlosen, mobilen, arbeitsfähigen und jungen Vertreter der beschäftigungslosen Bevölkerung der dritten Welt. Die Zahl der illegalen Einwanderer in den USA beläuft sich auf 8,5 Millionen. Verblüffend ist, daß die Zahl der amtlich registrierten Arbeitslosen in den USA ebenfalls ca. 8,5 Millionen beträgt. Die Einwanderer werden in Landwirtschaft und Industrie eingesetzt, und zwar ungefähr zu den gleichen Bedingungen wie in der dritten Welt. Sie sind hüben und drüben gleich rechtlos, ihr Lohn reicht nicht aus, um die Ausgaben für Wohnung, Nahrung und Verkehr zu decken. Letzten Endes, schreibt die Zeitschrift "U. S. News & World Report", "schulden sie den Unternehmern mehr, als sie verdienen". Die von Engels Mitte vorigen Jahrhunderts in seiner Schrift "Die Lage der arbeitenden Klasse in England" geschilderten Zustände, die schon die Zeitgenossen erschütterten, werden praktisch in den USA heute reproduziert.

Lenin schrieb einst von zwei Kräften, die über die Geschicke der Menschheit entscheiden können. Das war noch vor der Entstehung des sozialistischen Weltsystems, dessen gesamte Arbeiterklasse jetzt 202 Millionen zählt. Wie Lenin schrieb, handelte es sich um den internationalen Kapitalismus und das internationale Proletariat: "Entweder trägt das bestialische Kapital den Sieg davon, und dann wird es — sei es auch in einer noch so demokratischen Republik — allen kleinen Völkern der Welt die Kehle zuschnüren", oder es siege das Proletariat, "und das ist die einzige Hoffnung aller Werktätigen und aller kleinen, unterdrückten, schwachen Völker".

660 Millionen: so machtvoll ist die Arbeiterklasse heute. Karl Marx schrieb: "Von allen Produktionsinstrumenten ist die größte Produktivkraft die revolutionäre Klasse selbst." Diese Produktivkraft ist trotz aller Anstrengungen des Klassenfeindes gewerkschaftlich organisiert wie nie zuvor. Die internationalen Gewerkschaftsvereinigungen erstrecken ihr Wirken gegenwärtig auf alle Kontinente, und die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder beträgt in der Welt über 350 Millionen. Das Proletariat war und bleibt die revolutionärste Klasse der Gegenwart, die Hoffnung aller Unterdrückten. Zweifellos wird diese Kraft den Klassengegner zwingen, ihr die gebührende Achtung entgegenzubringen.

W. RUBZOW

Gläubig oder Atheist? Jeder hat das Recht, selbst zu entscheiden. In der UdSSR ist dieses Recht in der Verfassung verbrieft und wird in der Praxis eingehalten. Deshalb sind nicht nur die Sowjetbürger, sondern auch alle aufrechten Menschen, die die wahre Sachlage mit der Gewissensfreiheit in der UdSSR kennen, über die Behauptungen der Gegner des Sowjetstaates empört, daß wir in unserem Lande "die religiösen Bestrebungen unterdrücken". Besonders aktiv sind da die politische US-Führung und die Würdenträger des Vatikans. Sehr aufschlußreich sind deshalb die persönlichen Beobachtungen amerikanischer Geistlicher, die die UdSSR besuchten.

266 Geistliche aus den USA unternahmen im Sommer '84 eine beispiellose Reise, die gemeinsam vom Nationalrat der christlichen Kirchen der USA und der Russischen orthodoxen Kirche organisiert wurde. Eine derart massive klerikale "Invasion" in die UdSSR gab es seit dem zweiten Weltkrieg nicht. Sie reisten nicht nur um der Bekanntschaft willen, sondern hofften auch, ihre Glaubensbrüder hinter dem "eisernen Vorhang" zu stützen, zumindest moralisch.

Über die UdSSR wußten sie sehr wenig. Es hieß, daß es dort keine wirkende Kirche gebe, daß in Rußland überhaupt weder Religion noch Gewissensfreiheit noch geistige Freiheit bestünden; daß der Marxismus alle Menschen verpflichte, Atheisten und Kommunisten zu sein. Auch andere Gerüchte waren in Umlauf: Die Kirche in der UdSSR bestehe, aber insgeheim. Die Gläubigen — ausschließlich ältere Frauen — würden polizeilich verfolgt und ins Gefängnis geworfen...

Drei Wochen später, nach einer Reise durch Moskau, Mittelasien, den Kaukasus, Belorußland und Leningrad, kehrten die Gruppenmitglieder in die USA zurück und berichteten vor Journalisten über ihre Eindrücke. Phil McLean vom "Evening Leader" konstatierte, daß die Geistlichen mit vorgefaßter Meinung über die Gewissensfreiheit in der kommunistischen Gesellschaft ausgezogen und dann erstaunt waren, vorzufinden, daß die sowjetische Verfassung die Rede-, die Gewissens- und die Glaubensfreiheit garantiert, daß der Gottesdienst offen in den Kirchen abgehalten wird und seinen Platz im Leben des Volkes hat. Eine andere Teilnehmerin der Reise, Dorothy Rabinowitz, erklärte:

"Uns wurde sofort klar, daß die Beschuldigungen unserer amtlichen Propaganda in bezug auf die Menschenrechte in der UdSSR unhaltbar sind. Es ist Zeit, die uns aufgezwungenen Denksteereotypen aufzugeben, vor allem in den Fragen der Gewissensfreiheit in der

UdSSR. Seinerzeit war der bekannte evangelische Geistliche Billy Graham verblüfft, als er in Moskau frequentierte Tempel sah. Etwas Ähnliches erlebten auch wir."

Übrigens verblüfften nicht nur die Kirchen die Reisenden.

Am erstaunlichsten war nach allgemeiner Meinung die Einstellung der Sowjetbürger zu den Amerikanern.

"Die Russen sind überaus gastfreundlich, und ihr geistiges Leben ist viel intensiver, als die meisten meiner Landsleute glauben", sagte Mary McGovern aus Danville. Nach Ansicht von Kay Frank bestehe der Irrtum der Amerikaner vor allem darin, daß die Russen ihnen im voraus in einem schlechten Licht erscheinen. Dazu hat die bürgerliche Propaganda nicht wenig Mühe aufgewandt. Auch diesmal blieb sie nicht untätig.

Nach der Rückkehr der Geistlichen veröffentlichte die Zeitung "Minneapolis



Geistliche und Experten aus 26 Ländern kamen zur Internationalen Konferenz über Fragen des Verbots, den Weltraum zu militärischen Zwecken zu nutzen. V. l. n. r.: Mr. Lazareth [Lutherische Kirche Amerikas], German Titow, Kosmonaut der UdSSR; Pater L. Mirejovsky.

Star and Tribune" Berichte ihrer Mitarbeiterin Kay Miller, die die Gruppe begleitet hatte. Auf den ersten, "Religion sowjetischen Stils", folgten weitere Beiträge, überschrieben: "Das sowjetische religiöse Leben verblüfft und beunruhigt die US-Besucher", "Die Christen in Rußland dulden tapfer", usw.

Vor allem war Mrs. Miller mit der Dauer des Gottesdienstes in den russischen Kirchen unzufrieden (in den USA absolviert man so etwas in 10–15 Minuten, um mehr Kunden durch den Tempel durchsauen zu lassen). Den Grund erkannte die gewiefte Journalistin sofort: "Die Angehörigen der russischen orthodoxen Kirche beten nämlich ebenso lange wie ungefähr vor 1000 Jahren, um ihr Gesicht unter der sowjetischen Tyrannei zu wahren." Eine zweite Beobachtung: "In der UdSSR

müssen die Christen ihre Überzeugungen teuer erkaufen." Auf welche Weise? Höchst einfach: "Ein Gläubiger kann in der UdSSR nur eingestellt werden, wenn er seine religiösen Überzeugungen verlegt."

Ja, aber in der UdSSR arbeitet die ganze arbeitsfähige Bevölkerung. Die Arbeitslosigkeit wurde schon vor einem halben Jahrhundert beseitigt. Was kommt also heraus? Entweder sind alle Beschäftigten Atheisten, was der Wirklichkeit widerspricht, oder... Oder Mrs. Miller hat sich vergaloppiert.

Im Unterschied zu Mrs. Miller sehen die Mitglieder der Gruppe, die die Reise unternahm, die Lage der Kirche und der Gläubigen in der UdSSR in einem ganz anderen Licht. Wie das Ehepaar Mary und Earl Tanner von der Koalition "Für nukleare Abrüstung" von Princeton sagt, gibt es in der UdSSR "weit mehr Gutes als Beklagenswertes". Als Mr. Tanner gefragt wurde, warum die Kirche in der UdSSR keine soziale Wohltätigkeit übe (darin sieht die bürgerliche Propaganda übrigens eine himmelschreiende Verletzung der Menschenrechte), antwortete er:

"Die Definition der Menschenrechte, die sie haben, umfaßt mehr: die Freiheit von Hunger, Elend und Arbeitslosigkeit. Ihr Land kennt keine Inflationen und wirtschaftlichen Depressionen, und die Regierung gewährt den Staatsbürgern Wohnungen zu einem vernünftigen, gleichbleibenden Preis, unentgeltliche medizinische Betreuung, Bildung sowie eine Beschäftigung gemäß Beruf und Interesse. Unter solchen Verhältnissen ist die Wohltätigkeit der Kirche überflüssig..."

"Die Menschen, mit denen wir zusammentrafen, denken vor allem an den Frieden", sagte Mrs. Freda Beverly, die Frau eines presbyterianischen Pastors aus Albany. "Auch während fast jedes Gottesdienstes war 'Frieden' eines der ersten Worte. Die Russen erlitten sehr viele Verluste im zweiten Weltkrieg, als Menschen nicht nur an der Front, sondern auch in der Okkupation, an Hunger, Terror und Krankheiten starben. Die Sowjetbürger verstehen besser als wir, welche Leiden der Krieg bringt. Ich beabsichtige, vielen Menschen zu erzählen, was ich gesehen habe ..., und einen Dialog zwischen unseren beiden Regierungen zu fördern."

Mr. Beverly meint: "Die Friedensbewegung in der UdSSR ist sehr stark. Nachdem ich gesehen habe, wie sehr sich die Sowjetbürger nach Frieden, nach der Zusammenarbeit mit den USA sehnen, bin ich einfach überzeugt, daß unsere Regierung die Möglichkeit finden muß, die Verhandlungen über den Rüstungsabbau wiederaufzunehmen."

Synthia Scott, stellvertretende Direktorin für Bildungsfragen im Amt für soziale Entwicklung, fügt dem hinzu:

"In Moskau empfindet man sehr stark, wie unsinnig das Wettrüsten, wie verbrecherisch das Schüren des Hasses zwischen den Völkern ist."

Aber die reale Gewissensfreiheit, der aktive Friedenskampf, den in der UdSSR Gläubige wie Atheisten führen, fügt sich nicht in die antisozialistische Konzeption Washingtons oder des Vatikan. Deshalb wurde versucht, die Ergebnisse der Reise zu verzerrern. Einige US-Blätter fälschten zu diesem Zweck Tatsachen, erreichten aber ihr Ziel nicht. So gingen sie daran, die eigenen Geistlichen in Mißkredit zu bringen. Dieser Aufgabe unterzog sich die hauptstädtische "Washington Times". Ich zitiere:

"Das Lebenswerk eines Geistlichen in den USA ist gewöhnlich anonym und wird meist einsam vollbracht. Dagegen gab der Slogan Frieden ehrgeizigen Geistlichen das Mittel, aus der Anonymität auszubrechen, und zwar durch die Reise in die UdSSR, wo sie in Limousinen gefahren wurden..., als wären sie vom Außenminister eingeladen worden. Einige von ihnen haben es sich sogar angewöhnt, wie Minister zu sprechen. Was ihre Gefühle für Rußland angeht, so werden sie von ihren Gemeindemitgliedern nicht geteilt. Die Amerikaner stehen viel ernster zum Glauben und werden es vermögen, in den Eitelkeiten, die uns umgeben, den Lebenskern zu entdecken."

Auf diese Weise wurden die Lämmlein von den Ziegenböcken getrennt. Nicht viel anders handeln auch einige Seelenhirten im Vatikan, wenn sie die Gläubigen davon abbringen wollen, am Kampf für ihre Rechte, gegen die soziale Ungerechtigkeit und Unterdrückung teilzunehmen.

Die Zeitschrift "Junge Kirche" (BRD) schreibt in Heft 6/84, die Rechtskräfte im Vatikan ließen sich von dem utopischen Wunsch leiten, das Katholikentum als unbezwingbare Feste wiederherzustellen, an der die Angriffe der Türken von heute, d. h. der zu einer lebensnäheren Kirchentheorie und -praxis neigenden Kreise, zerschellen würden. Jene Christen, die noch heute auf vorgeschobenen Positionen stünden, würden um ein Vierteljahrhundert zurückgeworfen. Erneut werde der Geist der "Hexenjagd" heraufbeschworen. Wer wüßte nicht, setzt die "Junge Kirche" fort, daß in vielen Ländern, darunter in Frankreich, Denunzianten am Werk seien, die den Auftrag hätten, Informationen über die Überzeugungen, Ansichten und Sitten ihrer Brüder und Schwestern in Christo zu sammeln?

Die an die Katholiken einiger Länder gerichteten Aufforderungen des Vatikans seien, lesen wir weiter in der Zeitschrift, darauf gerichtet, das Bündnis der römisch-katholischen Kirche mit jenen Kräften zu festigen, die sich zur antikommunistischen Ideologie bekennen; hier in erster Linie hoffen die Vertreter der römischen Kurie offensichtlich auf die Unterstützung und das Verstehen Washingtons, das ebenfalls bereit ist, jede Befreiungsbewegung, jedes Streben der Menschen nach wahrer Freiheit und Gerechtigkeit als Ketzerei zu verteufeln.

B. KOSLOW

Schon im 21. Jahrhundert wird die globale Energiewirtschaft nicht mehr wie im 20. auf Erdöl- und -gas basieren können. Mit der Erschöpfung der leicht förderbaren Bodenschätze und mit dem Steigen der Förderkosten werden sie nur für die Gewinnung chemischer Rohstoffe rentabel sein. Auch eine Rückkehr zur Kohle des 19. und erst recht zur Holzkohle der noch früheren Jahrhunderte wäre nicht möglich. Die Kohle reicht nicht für die ganze Menschheit, und die Wälder drohen überhaupt vernichtet zu werden. Bleiben die Atomenergie und auf weitere Sicht die thermonukleare Energiewirtschaft, falls es gelingen sollte, die thermonukleare Reaktion zu zähmen.

Bei den jetzigen Trends sind gerade das Atom und der Thermo-nukleus dazu ausreichend, im 21. Jahrhundert die Grundlage der Energiewirtschaft zu werden. Vorläufig stehen sie außer jeder Konkurrenz. Zu bedenken ist jedoch, daß die intensive Entwicklung der Atomenergie-wirtschaft zu einer wesentlichen Zunahme der Strahlungsverseuchung unserer Umwelt und die der thermonuklearen Energiewirtschaft zur Wärmeverseuchung führen kann. In einigen Gebieten der Erde hat die Strahlungsverseuchung schon jetzt einen für den Menschen gefährlichen Grad erreicht. Auch ist es nicht ausgeschlossen, daß die Wärmeverseuchung in einem bestimmten Stadium eine jähe Veränderung des Klimas und z. B. das Tauen des Polareises und das Steigen des Wasserstandes im Weltmeer um mehrere Dutzend Meter zur Folge haben wird.

Kein Wunder, daß das Interesse für eine auf "unvergänglichen" Energieträgern beruhende "reine" Energiewirtschaft, die weder zu einer Luft-, Wasser- und Bodenverseuchung noch zu einer Strahlungs-, Wärme- oder Lärmverseuchung unserer Umwelt führen, unverkennbar zunimmt.

Im Prinzip sind solche Energieträger vorhanden. Es sind Sonnen-, Wind- und Wasserenergie (einschließlich derjenigen der Flüsse, Gezeiten und Wellen), die hydrothermische (Temperaturgefälle zwischen oberen und unteren Meeresschichten) und zum Teil die geothermische Energie (die Wärme des Erdinneren). Man könnte noch kaum erforschte Energieträger wie die atmosphärische Elektrizität, schwache Temperaturgefälle, den Erdmagnetismus, Energieträger kosmischer Herkunft usw. hinzufügen. Aber auch ohne sie würden die obenangeführten "reinen" Ener-

"NEUE ZEIT" 5.85

DAS VORGEHEN GEGEN DIE SCHEINBEDÜRFNISSE UND DIE RATIONALISIERUNG DER MENSCHLICHEN LEBENSWEISE SIE SIND DER WEG ZU EINER "GESELLSCHAFT MIT GERINGER ENERGIEWIRTSCHAFT" IM 21. JAHRHUNDERT UND IN DEN FOLGENDEN JAHRHUNDERTEN. DIESER AUSSPRUCH STAMMT VON DEM BEKANNTEN SOWJETISCHEN WISSENSCHAFTLER PROF. DR. BESTUSHEW-LADA, CO-VORSITZENDER DES ZUKUNFTSFORSCHUNGSINSTITUTS DES SOZIOLOGISCHEN WELTVERBANDES.

ZUKUNFTSAUSSICHTEN...

Prof. Dr. Igor BESTUSHEW-LADA

gieträger, theoretisch gesehen, der Menschheit bei jedem denkbaren Entwicklungsstand der Energiewirtschaft bis in alle Ewigkeit völlig ausreichen. In der Praxis aber machen sie in der globalen energiewirtschaftlichen Bilanz sogar zusammen nur einige Prozent aus, und es liegt kein Anlaß vor zu glauben, daß sich dieses Verhältnis bei den jetzigen Trends im 21. Jahrhundert wesentlich ändern wird.

Nun fragt es sich: Kann man die Trends selbst ändern?

Eine lange Diskussion von Experten hat folgende Antwort ergeben: Man kann es, wenn man — erstens — den Nutzeffekt der betreffenden Energieanlagen wesentlich erhöht, und wenn man — zweitens — die Art des globalen Energieverbrauchs in nicht geringerem Maße verändert.

Zu 1 sei gesagt, daß in vielen Ländern schon jetzt intensive Forschungen angelaufen sind. In der UdSSR rechnen wir z. B. darauf, daß hier bis Ende des 20. Jahrhunderts die ersten mit Sonnenenergie betriebenen Industriereaktoren für die Erzeugung chemischer Brennstoffe entwickelt sein werden. Die in Moskau, Nowosibirsk und Jerewan entwickelten Laboranlagen — Katalysatoren zur Aufspaltung von Wasser in Sauer- und Wasserstoff (ein ökologisch idealer Brennstoff) sind als Grundlage genommen worden.

Wir sehen immer neue, von Wind, Wellen, Gezeiten oder Erdwärme getriebene Energieanlagen sowie das Entstehen der ersten Versuchsanlagen, bei denen das Temperaturgefälle benutzt wird. Zweifellos wird die Menschheit in den nächsten Jahrzehnten solche "reinen" Energieanlagen bekommen.

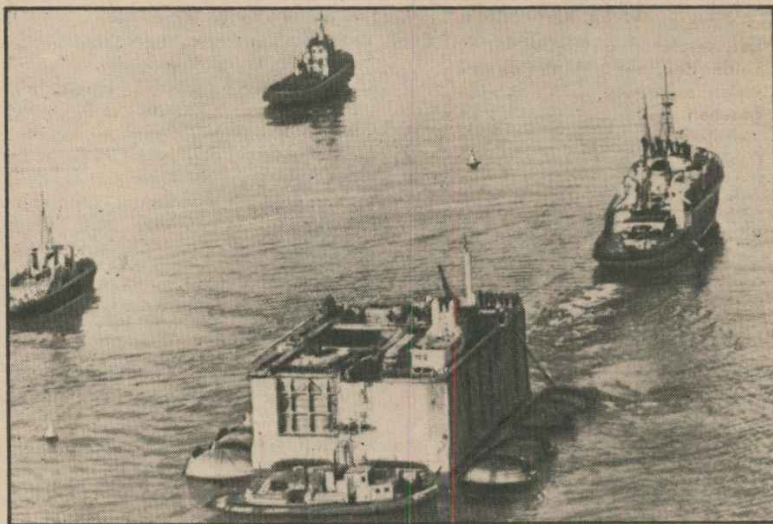
Energiewirtschaft und — Nikotin

Schwieriger ist es mit dem Energieverbrauch, denn hier haben wir es mit

sehr schwer lösbaren nicht nur wissenschaftlichen und technischen, sondern auch und vor allem wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Problemen zu tun. Allerdings sind im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts auch hier mindestens zwei Seiten es auch nur provisorische,

Die Gezeiten sind enorme Energieträger. In der Penshinabucht am Ochotskischen Meer kann man ein Gezeitenkraftwerk mit einer Kapazität von mehr als 100 Mio kW bauen. Bisher werden nur die ersten, viel anspruchsloseren Schritte unternommen. Beim Bau des Gezeitenkraftwerks von Kislaja Guba auf der Kola-Halbinsel, das schon über 15 Jahre funktioniert, wurde die Aufschwemmungsmethode angewandt, die in Fachschriften des Auslands die sowjetische genannt wird. Unser Bild: Das Gebäude des Kraftwerks von Kislaja Guba wurde, nachdem man es an Land montiert hatte, im Schlepptau über die Bucht befördert

Foto: L. Bernstein



zur Diskussion gestellte, eng miteinander verbundene Wege zur Lösung der Probleme gefunden worden.

Einer ist eine radikale Drosselung des Energieverbrauchs für die sogenannten Scheinbedürfnisse, d. h. für solche, die — zum Unterschied von den wirklichen, vernünftigen — nicht mit der fortschrittlichen Entwicklung des Individuums und der Gesellschaft zusammenhängen und dem Einzelnen wie der ganzen Menschheit schaden. Die Scheidung von Bedürfnissen und Scheinbedürfnissen steht noch zur Diskussion. Ganz hypothetisch sind, unserer Ansicht nach, folgende Objekte zu den Scheinbedürfnissen zu zählen:

- der ganze Komplex der Rüstungen mit Ausnahme derer, die nötig und ausreichend sind, einen potentiellen Aggressor abzuwehren und die Kriminalität zu bekämpfen (heute wird für die Aufrüstung direkt oder indirekt der größte Teil der auf der Erde erzeugten Energie verbraucht);

- die Umweltverseuchung aller Art mit Ausnahme von Fällen, wenn sie für vernünftige Bedürfnisse des Individuums und der Gesellschaft unvermeidlich ist und wenn sie behoben werden kann;

- alle Arten der Vergeudung von Brennstoffen, Energie, Werk- und Rohstoffen für vernunftwidrige Bedürfnisse des Individuums und der Gesellschaft, einschließlich der Benutzung von Verkehrsmitteln, wo man mit Fernmeldemitteln auskommen könnte;

- sämtliche Wohnungs- und Einrichtungsdetails sowie Nahrungsmittel, die unbenutzt bleiben oder über die natürlichen, d. h. die physiolo-

gisch und psychologisch bedingten Bedürfnisse hinausgehen;

— alle Arten von Nahrungsmitteln, Kleidung, Schuhwerk, Wohnräumen und Einrichtungen, Medikamenten und ärztlichen Behandlungen, die nur aus Gründen des Prestiges (Scheinprestiges) benutzt werden;

— alle Arten von Kleidung und Schuhwerk, die unbenutzt bleiben und entweder den Organismus überhitzen oder schädlich auf die Haut wirken oder zu folgeschweren Verformungen von Körperteilen führen;

— alle Nahrungsmittel und Würzen, die schädlich sind, Krankheiten und einen frühen Tod verursachen;

— alle Rauschgifte einschließlich des Alkohols und des Nikotins (ausgenommen diejenigen, die der Arzt zur Linderung von Leiden verschreibt);

— jede Benutzung der Massenmedien (Presse, Funk, Fernsehen, Film, Theater usw.) zum Frönen von Lastern.

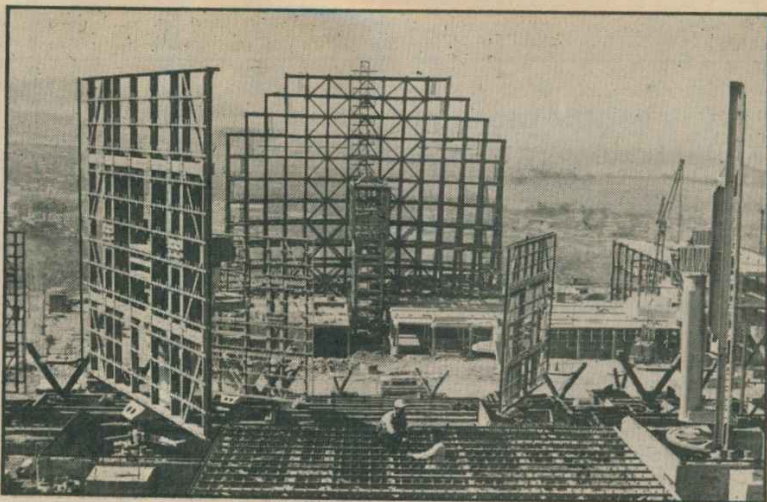
Wie gesagt, muß diese Aufzählung noch zur Diskussion gestellt werden. Wie man dazu aber auch stehen mag, eins ist klar: Ein großer Teil der von der Menschheit erzeugten Energie wird vergeudet. Wenn man die Scheinbedürfnisse abstellt oder vielleicht auf ein Mindestmaß reduziert, dann könnte man vielleicht beim selben Lebensstandard und bei derselben Lebensqualität mit weniger Energie auskommen.

Anders leben, aber wie!

Der zweite, mit dem ersten eng verbundene Weg wäre eine radikale Änderung der Lebensweise, um bei viel geringerem Energieverbrauch unseren Lebensstandard und unsere Lebensqualität beibehalten oder sogar heben zu können (gemeint ist die "Gesellschaft mit geringer Energiewirtschaft", deren Ausmaße in den letzten Jahren ausgiebig von der Weltwissenschaft erörtert werden).

In der Tat, wenn wir den Wärmeschutz unserer Häuser verbessern, können wir die angenehme Wärme bei einem viel geringeren Energieverbrauch aufrechterhalten. Nötig sind Energievorrichtungen, die die Temperatur in den Räumen, in denen Menschen wohnen oder arbeiten, und natürlich auch in allen leerstehenden Räumen regulieren. Experten sagen, daß für die Gesundheit und Arbeitsfähigkeit des Menschen 16–18 Grad Celsius viel zuträglicher als die 20–25 Grad sind, an die wir unseren Organismus gewöhnen und für die wir zusätzlich Unmengen von Energie verbrauchen. Schließlich ist das auch Gewohnheitssache.

Das Gleiche gilt für die vernünftige Ernährung und Kleidung. Auch hier



Das Fundament zur künftigen ökologisch reinen Energiewirtschaft wird in der UdSSR schon jetzt gelegt. In den Anlagen des Forschungs- und Industriekomplexes "Sonne", der bei Taschkent entsteht, wird es möglich sein, alle, auch superfeuerfeste Stoffe, mit Hilfe von Sonnenstrahlen zu schmelzen

Foto: W. Kasanzew (TASS)

bietet sich ein weites Feld für eine gesundheitsfördernde Energieeinsparung an.

Ich muß aber zwei Vorbehalte machen. Erstens gilt das Gesagte nicht für die Entwicklungsländer, denn für die meisten von ihnen ist es leider noch ein Problem, wie sie ihre Bewohner satt machen sollen. Zweitens muß man, wenn von Scheinbedürfnissen in Ernährung, Kleidung usw. die Rede ist, zwischen den kapitalistischen und den sozialistischen Ländern unterscheiden. Im Kapitalismus gibt es einen sinnwidrigen Luxus für die einen, ein halbwegs erträgliches Auskommen für andere und Armut wenn nicht sogar Not für dritte. Die sozialistische Gesellschaftsordnung gewährleistet sozial eine Konsumtionsgleichheit (nicht zu verwechseln mit Gleichmacherei). Wenn im real existierenden Sozialismus auch noch nicht völliger Wohlstand in allem und für alle erreicht worden ist, kann man sich doch schon jetzt über eine Rationalisierung des Verbrauchs Gedanken machen.

Kommen wir auf unsere Suche nach Möglichkeiten zu Energieeinsparungen zurück. Wieviel Energie verbrauchen wir für die Herstellung zahlloser Kinkerlitzchen, an denen wir uns ein paar Tage oder auch nur Stunden freuen und die wir dann wegwerfen! Wir rufen keineswegs zur Askese, zum Verzicht auf Kunstwerke und Ästhetik in unserer

Umgebung etc. aut. Vielmehr meinen wir eine gedankenlose Vergeudung, die oben aufgezählten Scheinbedürfnisse.

Riesige Energieeinsparungen könnte eine rationale Anordnung der Wohn- und anderen Bauten ergeben. Schulen, Geschäfte, Erholungs- und Vergnügungsstätten, ja sogar die Arbeit (mindestens für ein Familienmitglied) kann man möglichst nahe bei den Wohnhäusern bauen, damit sie zu Fuß erreichbar sind. Warum werden nicht mehr Fahrräder benutzt, was obendrein gesund wäre?

Was den Verkehr betrifft, so erinnern wir an die Prognosen, daß um die Jahrhundertwende Fernsehsysteme mit Projizierung eigentlich jeder gedruckten Information auf Bildwände Massenverbreitung finden und daß anstelle des Telefons weitgehend Videofone zur Anwendung kommen werden. Werden solche Systeme nicht die meisten geschäftlichen und rein informativen Vergnügungsreisen überflüssig machen? Wir glauben ganz bestimmt, daß es so sein wird, schon wegen der katastrophal zunehmenden Überlastung des Verkehrswesens.

Nicht Selbstzweck — Mittel zum Zweck

Ofter fragt man, was mit der Beschäftigung und überhaupt mit der Lebensfähigkeit der Menschen werden soll, wenn man, um die Erzeugung und den Verbrauch von Energie zu kürzen, viele gewohnte Industriezweige einschließlich von Betrieben, die Verkehrsmittel bauen, teilweise einschränkt?

Dazu möchte ich vor allem sagen, daß Industrie und Verkehr nicht Selbstzweck, sondern Mittel zur Befriedigung bestimmter, möglichst vernünftiger Bedürfnisse sind. Wenn

diese bei weniger intensiver Entwicklung von Industrie und Verkehr vollauf befriedigt werden können, warum sollte man sie nicht einschränken? Es ist irrig zu glauben, daß die Lebenstätigkeit des Menschen ausschließlich mit der Arbeit in einem Betrieb zusammenhängt. Sie umfaßt bekanntlich auch wissenschaftliches und technisches Schöpfungstum (das nicht unbedingt mit einem weiteren Vorrücken der Techno-gegen die Biosphäre verbunden zu sein braucht), soziale und politische Aktivitäten und künstlerische Betätigung. Sie setzt ein systematisches Erwerben verschiedener wissenschaftlicher, technischer, sozialer, politischer und ästhetischer Kenntnisse voraus. Zu ihr gehören ferner der Verkehr von Mensch zu Mensch (besonders Kontakt mit Kindern und auch mit der Natur), Körperkultur usw. Ohne das ist eine vollwertige Entwicklung der Persönlichkeit unmöglich. Es ist auf recht hohem Niveau und bei viel geringerem Energieaufwand möglich.

Können die Menschenressourcen rational umverteilt und kann ihnen dabei ein ausreichend hoher Beschäftigungsgrad gesichert werden? Unser Überzeugung nach ja. Es bestehen ganze vier Gebiete, die ein Mehrfaches, in einigen Fällen ein Zehnfaches des Prozentsatzes der Beschäftigten aufnehmen können als jetzt in den wirtschaftlich höchstentwickelten Ländern.

Und obendrein die Kalahari

Was für welche?

Erstens das Bildungswesen, vom Kindergarten bis zur Universität. Ist es etwa tragbar, daß der Lehrer und Erzieher auf allen Bildungsstufen mindestens 20 oder 30 Schüler bzw. Zöglinge zu betreuen hat, noch dazu bei einem (für ihn wie für seine Zöglinge) unrationell langen Arbeitstag? Wie Psychologen empfehlen, sollte ein Lehrer oder Erzieher durchschnittlich 5-7 Kinder betreuen. Für die Kinder ist der tägliche Kontakt nicht mit einer, sondern mit mehreren Personen, die bei ihnen Autorität genießen, sehr wichtig. Das will natürlich nicht heißen, daß die Zahl der Lehrkräfte oder ihr Anteil an den Beschäftigten auf das Zehnfache steigen soll. Vielmehr sollen alle Lehrer und Erzieher, deren Zahl viel größer sein muß, mehrere ehrenamtliche Helfer bekommen, die einige Stunden in der Woche für Hilfsunterricht, Spiele, Spaziergänge, Ausflüge, Handarbeiten und Aussprachen erübrigen könnten.

Zweitens das Gesundheitswesen einschließlich von Körperkultur und Sport. Soll jeder seine einschlägigen vernünftigen Bedürfnisse restlos befriedigen können, so muß er die Möglichkeit haben, mindestens einmal im Jahr eine gründliche medizi-

nische Untersuchung zu durchlaufen, damit Krankheiten rechtzeitig erkannt oder ihnen vorgebeugt werden kann; muß er im Krankheitsfall ohne Schwierigkeit einen Arzt aufsuchen, die nötigen Behandlungen erhalten und im Krankenhaus gut gepflegt werden; muß er imstande sein, einen Trainer oder Spezialisten für Heilgymnastik in Anspruch zu nehmen.

Drittens die Kultureinrichtungen, vor allem Fachklubs, ohne die man heutzutage die Freizeit von Millionen nicht rationell gestalten kann, und ohne die es unmöglich ist, sich eine reale Alternative für das sogenannte unmotivierte Verhalten vorzustellen, bei dem Menschen, besonders junge, infolge unbefriedigend ausgefüllter

In diesem Apparat werden Halbleiter die Strahlungsenergie in Elektrizität umformen und Wasser in Wasserstoff und Sauerstoff aufspalten, was Brennstoff für die Kochplatte im Freien ergibt. So eine "Sonnenküche" brauchen dringend Geologen, Wanderhirten, Bauarbeiter, Fahrer — alle, die in der Wüste oder im Gebirge arbeiten, wo es die üblichen Brennstoffe nicht gibt

Foto: K. Muradow (TASS)



Freizeit, aus Langerweile Verbrechen begehen.

Viertens werden sehr viele Arbeitskräfte im Weltmaßstab für ökologische Wiederherstellungs- und Rekonstruktionsarbeiten gebraucht. Im 21. Jahrhundert werden die Menschen den größten Teil der Wälder vernichtet haben. Sie müssen sie wieder anpflanzen und sogar noch ausdehnen. Noch immer nehmen die Wüsten mehr als ein Drittel des Festlandes ein. Es ist ratsam, einen Teil als Naturschutzgebiete beizubehalten, ein viel größerer Teil muß jedoch in Wälder, Gärten, Plantagen und Wiesen umgewandelt werden. Das Wasser des Kongo-Flusses würde z. B. zum Begrünen der Sahara und obendrein der Kalahari völlig ausreichen. Für diese Arbeiten

wird man jahrzehntelang Millionen Arbeitskräfte brauchen. Das gleiche gilt für eine Nutzbarmachung der Hochgebirge, der Polargebiete, des Weltmeers etc.

Rechnet man die Arbeitskraftstunden hinzu, die für Industrie, Landwirtschaft, Bauwesen, Dienstleistungen, Verkehr, Fernmeldewesen und ein normales Funktionieren des Staatsapparates, der Finanz- und anderen Einrichtungen nötig sind; ferner die bezahlten Arbeitskraftstunden, die die Gesellschaft den berufstätigen Müttern von Kleinkindern gewähren muß, damit sie (nach einem langen Urlaub vor und nach der Entbindung) mit ausreichender Besoldung eine verkürzte Arbeitswoche haben können, dann wird es eher an Arbeitskräften fehlen, als daß eine unvollständige Beschäftigung oder gar eine Arbeitslosigkeit drohen würde.

Allerdings braucht man für eine derart radikale Umverteilung der Arbeitskräfte und für derart einschneidende Veränderungen der Beschäftigungsstruktur genauso radikale soziale Umgestaltungen im Weltmaßstab auf der Grundlage einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung. Dieses Problem reicht jedoch über unser Thema hinaus und

müßte separat behandelt werden. Und ich wiederhole: Viele unserer Betrachtungen gelten einer vielleicht nicht sehr nahen Zukunft. Je weiter die Menschheit aber in die Zukunft blicken wird, desto weniger unangenehme Überraschungen wird sie erleben.

Und hier die allgemeine Schlußfolgerung: Der Gegenangriff auf die Scheinbedürfnisse und die umrissene Änderung der Lebensweise (bei Erhöhung des Lebensstandards und der Lebensqualität) sind durchaus dazu angetan, ein vom sozialen Standpunkt aus normales Funktionieren der "Gesellschaft mit geringer Energiewirtschaft" zu gewährleisten, die auf der Verwendung vornehmlich "reiner" Energieträger beruhen wird.

Off schreiben Sie über die wissenschaftlichen und technischen Leistungen der UdSSR, aber in der Rechentechnik, deren Fortentwicklung revolutionierende soziale und wirtschaftliche Wandlungen herbeiführt, sind Sie weit zurückgeblieben. Es ist ja kein Zufall, daß die UdSSR Zugang zur Elektroniktechnologie des Westens zu erlangen sucht.

Victor SCHNEIDER

Manchester, Großbritannien



Es diskutiert
der Kommentator
der Presseagentur
"Nowosti"
Wladimir
GUREWITSCH

Von der Erzeugung und Verwendung der Rechentechnik sind wir in der Tat noch nicht zufriedengestellt. Wir wissen, daß sie eminent wichtig ist, und deshalb können wir ein noch so geringes Zurückbleiben nicht dulden, jedoch nicht etwa aus Prestigegründen. Wir wollen erreichen, daß die Rechentechnik den dringenden Erfordernissen der Entwicklung unserer Wirtschaft entspricht. Unser Volk weiß aber aus Erfahrung: Wenn die Frage so gestellt wird, dann ist unsere Wissenschaft und Wirtschaft den schwierigsten Problemen gewachsen, und die Rechentechnik bildet da keine Ausnahme.

Im Jahre 1975 schätzten die Amerikaner, daß die UdSSR in der Mikroelektronik um 8-10 Jahre hinter den USA zurückgeblieben sei, 1979 um 2-3 Jahre, und im Januar 1981 schrieb die bekannte Zeitschrift "Electronics", daß die technischen Anlagen und die Eignung der Technologen die UdSSR befähigen, den amerikanischen gleichwertige, für "ausschließlich eigene Bedürfnisse sogar noch perfektere" integrierte Schaltungen herzustellen.

Jetzt sind in der UdSSR EDV-Anlagen entwickelt worden, die mit den entsprechenden ausländischen durchaus vergleichbar sind. Auch werden sie bedeutend mehr verwendet. Fanden automatische Steuerungssysteme auf der Basis von Computern vor 15 Jahren nur in sieben Wirtschaftszweigen Verwendung, so 1982 schon in allen 450. Allein von 1981 bis 1983 hat sich die Erzeugung von Mikrocomputern bei uns verdoppelt und die von Mikroprozessoren vervielfacht.

Im nächsten Planjahr fünf (1986-1990) wird die Zahl der mit Mikroprozessoren versehenen Vorrichtungen und Anlagen für Industrie und Haushalte fast auf das Neunfache steigen.

Natürlich sind die Leistungen, sagen wir, Japans oder der USA in der Elektronik nicht zu leugnen. Es ist jedoch Selbsttäuschung oder bestenfalls ein Irrtum, zu glauben, daß die einschlägigen Fortschritte der UdSSR vor allem von der Möglichkeit abhängen, westliches Know-how zu bekommen. Zum Unterschied z. B. von den Ländern Westeuropas hängt die UdSSR nicht von Computern und ihren Bestandteilen aus Übersee ab. Beweise? Hier sind sie. 1983 belief sich unser Gesamtimport an Computern aus dem Westen auf 23 Mio Rubel (davon aus den USA auf 65 000), der entsprechende sowjetische Export in viele Länder dagegen auf 114 Mio Rubel.

Nicht zuletzt unter dem Druck der Sanktionen der USA und einiger anderer westlicher Länder sind wir zu dem Schluß gelangt, daß wir uns auf uns selbst, vor allem auf unsere eigenen Entwicklungen und auf die Mitarbeit unserer sozialistischen Partner, verlassen müssen. Berthold Beitz, Aufsichtsratsvorsitzender von Krupp, betonte, als er die Erfolge der UdSSR bei der Entwicklung einer eigenen Computertechnologie feststellte, die westliche Sperre sporne diese Entwicklung nur an.

Ich möchte hinzufügen, daß alle früheren Aktionen im Rahmen der "Elektroniksperr" (wie übrigens auch jeder anderen) gescheitert sind. So war es mit dem Verbot, fürs riesige elektrometallurgische Kombinat Oskol 17 Computer zu liefern (sie wurden ohne weiteres durch sowjetische ersetzt); mit dem Verbot, für die Steuerungssysteme des Kama-Autowerks, das Schwerlasten baut, elektronische Platten zu liefern (die KamAS-Vereinigung hat die Herstellung eigener solcher Platten und Mikroschaltungen in Gang gebracht).

Übrigens zeigen westliche Fachleute reges Interesse für die sowjetischen rechentechnischen Forschungen. Aber manche wissen nicht viel davon. In einem

Bericht des Nationalen Forschungsrates (der AdW der USA) von 1982 hieß es: "Die amerikanischen Wissenschaftler müssen darauf hingewiesen werden, daß sie von sowjetischen Schriften über die Theorie der Rechentechnik zu wenig Gebrauch machen."

Vielleicht werden Sie jetzt sagen: Na ja, die Theorie! Aber was hat die UdSSR praktisch zu bieten? Als eins von vielen Beispielen möchte ich den neuen, schon in Serie gegangenen sowjetischen Supercomputer PS 2000 erwähnen. Er funktioniert nicht nur blitzschnell, sondern ist in der Elektronik etwas grundsätzlich Neues. So eine Maschine gibt es sonst nirgends, wenn in vielen westlichen Ländern auch einschlägige Forschungen im Gange sind:

Sie schreiben mit Recht von revolutionierenden sozialen und wirtschaftlichen Wandlungen, die die Entwicklung der Rechentechnik mit sich bringt. Wir meinen aber nicht, daß der "künstliche Intellekt" von sich aus imstande sein wird, alle Probleme zu lösen. Meiner Ansicht nach hat die UdSSR, was die Steuerung der sozialen Auswirkungen der "Computerrevolution" betrifft, viel vor den anderen Ländern voraus, vor allem hinsichtlich des Beschäftigungsproblems. Selbst bei ausgiebiger Benutzung von Computern fürchten wir keine Arbeitslosigkeit, wie sie in den kapitalistischen Ländern schon für Hunderttausende und sogar Millionen zur Realität wird.

In diesem Zusammenhang entsteht das Problem, wem die Handhabung der Rechentechnik und die entsprechende Schulung ermöglicht werden soll. Untersuchungen in den USA haben ergeben, daß dort das Programmieren größtenteils in Schulen unterrichtet wird, die von Kindern aus wohlhabenden weißen Familien besucht werden. Es droht also eine noch größere soziale Ungleichheit. In der UdSSR bestehen für die Fortbildung und den Erwerb entsprechender Kenntnisse keine solchen Beschränkungen.

Schon jetzt stehen in den sowjetischen Schulen viele Computer, und eine Massenherstellung von Unterrichtcomputern ist an der Tagesordnung. Vom nächsten Schuljahr an wird hier in allen Schulen und Berufsschulen ein neues Pflichtfach unterrichtet: Rechentechnik und Programmieren.

Wir wissen, daß noch viele schwierige Probleme zu lösen sind. Aber keins ist unlösbar, und ihre Lösung hängt am allerwenigsten davon ab, ob man im Westen beschließt, der UdSSR Computer zu liefern oder nicht.

AUFRUF ZUM 40. JAHRESTAG DES SIEGES ÜBER DEN HITLERFASCHISMUS UND DER BEFREIUNG DES DEUTSCHEN VOLKES

Liebe Mitbürger! Genossen und Freunde!

Gemeinsam mit allen, die für Frieden, Völkerverständigung, sozialen Fortschritt und Humanität einstehen, begeht unser Volk den 40. Jahrestag des Sieges der Sowjetunion über den Hitlerfaschismus und der Befreiung des deutschen Volkes von der Nazi Herrschaft. Zusammen mit seinen Verbündeten in der Antihitlerkoalition, den USA, Frankreich, England und anderen Staaten sowie Millionen Freiheitskämpfern in ganz Europa hat das Sowjetland den Sieg über den Hitlerfaschismus errungen. Das Sowjetvolk und seine ruhmreiche Armee trugen die Hauptlast des Kampfes. Sie hatten den größten Anteil an der Ausrottung der faschistischen Pest.

Dieser Sieg ist nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution die zweite welthistorische Befreiungstat während unseres Jahrhunderts, die das Sowjetvolk vollbrachte. Sein Sieg rettete die Weltzivilisation vor der faschistischen Barbarei. Er brachte auch dem deutschen Volk die Befreiung vom Joch der Nazi Herrschaft. Er öffnete den Weg zur Gründung der Deutschen Demokratischen Republik. Auf ihm beruhen vier Friedensjahrzehnte in Europa.

Mit tausend Fäden sind unser ganzes Leben, unsere Arbeit und unser Kampf mit dem 8. Mai 1945, dem Tag der Befreiung, verbunden. In der Deutschen Demokratischen Republik wird der 40. Jahrestag des Sieges über den Hitlerfaschismus ein Meilenstein sein auf dem Wege zum XI. Parteitag der SED.

Nie vergessen wir, welche Opfer Sieg und Befreiung gekostet haben. Auf das Blutkonto der deutschen Faschisten kommen nahezu 50 Millionen Menschen. Zu ihnen zählen 20 Millionen Sowjetbürger, über 6 Millionen Polen, 1 700 000 Jugoslawen, 600 000 Franzosen, 400 000 Amerikaner, 375 000 Briten. Vom deutschen Volk forderte der faschistische Krieg mehr als 6 Millionen Menschen.

Das Vermächtnis der Toten ist uns Mahnung und Verpflichtung. Was die Kämpfer gegen den Faschismus geschworen, leitet uns heute im Kampf für Frieden und Sozialismus.

Die Sowjetunion trug die Hauptlast des Kampfes

Der Hitlerfaschismus war ausgezogen, um im Interesse der deutschen Monopolherren und Großgrundbesitzer die Weltherrschaft zu erlangen. Österreich, die Tschechoslowakei und Polen waren die ersten Opfer.

Nach Niederwerfung auch der meisten anderen europäischen Länder fiel der Faschismus über die Sowjetunion her. Das Bollwerk des Sozialismus, der Vortrupp des Menschheitsfortschritts, sollte vernichtet werden. So erhielt der zweite Weltkrieg sein Gepräge vor allem durch das Kräftemessen zweier sozialer Systeme — des reaktionärsten imperialistischen Herrschaftssystems einerseits, des Sozialismus andererseits.

Die Sowjetunion hatte versucht, rechtzeitig ein System der kollektiven Sicherheit gegen den Aggressor zu formieren. Dieser Friedenspolitik war angesichts der antisowjetischen Position westlicher kapitalistischer Staaten kein Erfolg beschieden. Die Konsequenz: Sie, diese Staaten, überzog Hitlerdeutschland noch vor der Sowjetunion mit Krieg, um sich ein territorial genügend tiefes und ökonomisch starkes Hinterland für den Überfall auf die UdSSR zu schaffen.

Die sowjetisch-deutsche Front wurde zur Hauptfront des zweiten Weltkrieges. Hier wurden die kriegsentscheidenden Schlachten geschlagen. Die faschistischen Truppen mordeten und plünderten. Sie machten Städte, Dörfer, Industriebetriebe und Schulen dem Erdboden gleich. Über 2 Billionen Rubel betrugen die materiellen Verluste der Sowjetunion. Die Rote Armee aber bereitete dem räuberischen Aggressor jene vernichtenden Niederlagen, die schließlich zur Zerschmetterung Hitlerdeutschlands und zu seiner bedingungslosen Kapitulation führten. Thälmanns Vorseher trat ein: Stalin brach Hitler das Genick.

Der Sieg der Sowjetunion im Großen Vaterländischen Krieg des Sowjetvolkes bewies die historische Überlegenheit der zukunftsträchtigen sozialistischen Gesellschaft und zeigte: Nie kann es gelingen, den Sozialismus zu besiegen und die kapitalistische Ausbeuterordnung wiederherzustellen. Der Sozialismus verkörpert den historischen Fortschritt, das Wohl und die Zukunft der Völker.

Der Sieg der Sowjetunion prägte den ganzen weiteren Gang der Weltgeschichte. Er brachte eine tiefgreifende Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses; die Entwicklung des Sozialismus zum Weltsystem, den Aufschwung der kommunistischen und Arbeiterbewegung, die stürmische nationale und soziale Befreiung und den Zusammenbruch des imperialistischen Kolonialsystems.

Der Sieg der Sowjetunion unter der Führung der Partei Lenins, der KPdSU, bedeutete den Triumph des Humanismus, der Freiheit und der Menschenwürde über die Mächte des "Herrenmenschentums", des Rassismus, des Antisemitismus samt ihren furchtbaren Stätten der

Vernichtung, den Zuchthäusern und Konzentrationslagern mit ihren Fallbeilen, Gaskammern und Krematorien.

Der Sieg der Sowjetunion war das Ergebnis der aufopferungsvollen Arbeit des ganzen Sowjetvolkes, der klugen Führung der KPdSU und ihres Zentralkomitees mit J. W. Stalin an der Spitze. Es war der Sieg der sowjetischen Kriegskunst, hervorragender Heerführer und des Massenheldentums der Sowjetsoldaten.

Der Sieg der Sowjetunion, deren materielle und geistige Grundlagen der Faschismus auszulöschen versucht hatte, war ein Sieg der unzerstörbaren Ideen des Sozialismus, der Lehren von Marx, Engels und Lenin. Er war der Beweis der politischen und moralischen Überlegenheit der sozialistischen Gesellschafts- und Staatsordnung über kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung. Er wurde für eine Welt ohne Knechtung und Entrechtung des arbeitenden Menschen errungen, für eine friedliche Welt, in der dereinst alle Völker und Staaten einander Freund sein werden, weil bei keinem ein anderes Prinzip gelten wird als das der Arbeit und des Wohles der Menschen.

Deutsche Antifaschisten in der Front der Sieger

Im Kampf gegen die Naziclique formte sich eine bis dahin einzigartige Front von Völkern und Staaten, von unterschiedlichen sozialen und politischen Kreisen, von Widerstands- und Befreiungskräften. Es entstanden breite Volksbewegungen gegen Faschismus und Krieg, für Freiheit, Demokratie, nationale Unabhängigkeit und Sozialismus.

Nie werden sie vergessen, die Helden von Brest, Moskau, Leningrad und Stalingrad, die polnischen Soldaten, die Kämpfer der französischen Resistance, die jugoslawischen Partisanen, die Kämpfer des slowakischen Nationalaufstandes, die kühnen Antifaschisten von Amsterdam, die Verteidiger von Narvik, die Opfer von Marzabotto, die Männer mit der roten Fahne auf der Akropolis.

Und niemals sind vergessen die deutschen Antifaschisten. Die deutschen Kommunisten waren nach der Niederlage der Novemberrevolution 1918 die ersten Opfer der Konterrevolution. Erinnern wir uns an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Die deutschen Kommunisten brachten den größten Blutzoll schon im Kampf gegen den heraufziehenden Faschismus. Sie warnten: Wer Hitler wählt, wählt den Krieg!

Als im Januar 1933 die Nazis mit Unterstützung des Großkapitals und der ostelbischen Junker die Macht übernommen hatten, leisteten ihnen die deutschen Kommunisten erbitterten Widerstand: in der Illegalität, in Zuchthäusern und Konzentrationslagern, den Interbrigaden, im Exil. Tausende von ihnen gaben ihr Leben. Ernst Thälmann wurde zum Symbol des Mutes und des Widerstandswillens der deutschen Kommunisten, all derer, die gegen Hitler standen. Die Kommunistische Partei Deutschlands gab den Kampf gegen den Faschismus im Lande selbst keinen Augenblick auf. Sie kämpfte zusammen mit Sozialdemokraten, Gewerkschaftern, Christen, bürgerlichen Demokraten und patriotischen Offizieren für die Aktionseinheit gegen Hitler. Ausdruck dieses Strebens war auch das Nationalkomitee und die Bewegung "Freies Deutschland" als breites Kampfbündnis deutscher Antifaschisten innerhalb und außerhalb Deutschlands.

So konnten die Kommunisten, unmittelbar nach der

Befreiung, am 11. Juni 1945, vor das Volk hintreten mit dem Aufruf des ZK der KPD. In ihm hieß es: Keine Wiederholung der Fehler von 1918! Keinerlei Nachsicht gegenüber dem Nazismus. Und: "Nie wieder Hetze und Feindschaft gegenüber der Sowjetunion!" Das war das "andere Deutschland", das die Kommunisten stets verkörpert hatten. Das war das neue Deutschland, das von nun an ein Faktor des Friedens und des gesellschaftlichen Fortschritts sein würde.

Wir in der DDR haben die Chance von 1945 genutzt

Die Befreiungstat der Sowjetunion eröffnete unserem Volk die Chance eines antifaschistischen, demokratischen und sozialistischen Neubeginns. Diese Chance haben wir genutzt. Wir taten das aus allen Erfahrungen der deutschen Geschichte, der deutschen Arbeiterbewegung seit Karl Marx und Friedrich Engels.

Wir konnten die Chance nutzen, weil wir die wichtigste Lehre zogen. Das war die Schaffung der Einheit der Arbeiterklasse, die ihren Ausdruck fand in der Vereinigung von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im April 1946. Die Führung durch die marxistisch-leninistische Partei der Arbeiterklasse ist das Unterpfand aller unserer Erfolge, feste Grundlage für das Bündnis aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte.

Wir schworen nach der Befreiung: Nie wieder darf ein Krieg von deutschem Boden ausgehen. Das war ein gewichtiges Wort, getragen von den Interessen und dem Willen der Millionen Bürger unseres Landes. Und es war von Anbeginn mehr als ein Bekenntnis, denn wir schufen die gesellschaftlichen Bedingungen dafür, daß es Wirklichkeit wurde. Wir rotteten gemäß dem Potsdamer Abkommen den Militarismus und die imperialistischen Wurzeln des Krieges aus. Noch im Jahr der Befreiung vollzogen wir die demokratische Bodenreform und die Schulreform. Die Betriebe der Nazis und Kriegsverbrecher wurden Volkes eigen. Demokratische Verwaltungs- und Sicherheitsorgane, eine antifa-schistische Justiz entstanden.

Im Oktober 1949 wurde die Deutsche Demokratische Republik gegründet. Das war ein Wendepunkt in der deutschen Geschichte und der Geschichte Europas. Unsere Republik trat in die Welt als der deutsche Friedensstaat. Sie stellte sich in der Stunde ihrer Geburt an die Seite unserer Befreierin, der Sowjetunion, an die Seite der anderen sozialistischen Staaten. Sie lebt in Freundschaft mit allen Völkern. In einem einheitlichen revolutionären Prozeß wurden die antifaschistisch-demokratische Umwälzung vollzogen und die Grundlagen des Sozialismus geschaffen. Heute gestalten wir die entwickelte sozialistische Gesellschaft. 40 Jahre nach der Befreiung ist die Deutsche Demokratische Republik ein Staat, der durch sein friedliches Wirken und die schöpferische Arbeit seiner Bürger hohes Ansehen in der Welt genießt. Erfolgreich verwirklichen wir unsere vom VIII. Parteitag beschlossene, vom IX. und X. Parteitag bekräftigte Politik der Hauptaufgabe in ihrer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die Macht der Arbeiter und Bauern steht auf stabilen Fundamenten. Unsere Volkswirtschaft entwickelt sich dank dem Fleiß und dem Können der Arbeiterklasse, der Genossenschaftsbauern, der Intelligenz und aller anderen Werktätigen dynamisch und effektiv. Alle Möglichkeiten des Mitarbeitens und Mitregierens, hohe Bildung für alle, soziale Sicherheit und Geborgenheit, wahre Freiheit und Zukunftsgewißheit — das sind die

Kennzeichen des Lebens hier, wo ein freies Volk auf freiem Grund seine Geschicke selbst gestaltet. Alles, was geschieht, tun wir für das Glück der Menschen, für das Wohl des Volkes.

Wir — das sind die in festem Vertrauen mit der Partei der Arbeiterklasse verbundenen Bürger unseres Landes. Wir — das sind die im Demokratischen Block und der Nationalen Front zusammenwirkenden Parteien, die SED, die DBD, die CDU, die LDPD und die NDPD, das sind der FDGB, die FDJ, der DFD und die anderen Massenorganisationen und Millionen Parteilose.

Überblicken wir den seit der Befreiung zurückgelegten Weg, so können wir sagen: Der unzerstörbare Bruderbund zwischen SED und KPdSU, zwischen unseren Völkern und Staaten zählt zu den größten Errungenschaften unserer Entwicklung. Im Volk der DDR hat die Freundschaft mit der Sowjetunion tiefe Wurzeln geschlagen. Sowjetunion, das war für viele das erste Brot zu einer Zeit, in der noch die Flammen der Kämpfe loderten. Sowjetunion, das war für viele die erste Begegnung mit dem Sozialismus, seiner Kultur, seinem Humanismus. Sowjetunion, das wurde für Millionen zum Alltag kameradschaftlicher Zusammenarbeit am gemeinsamen Werk.

Heute erfüllen wir den Vertrag zwischen der DDR und der UdSSR über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand von 1975 mit Leben. Heute verwirklichen wir das langfristige Programm der Zusammenarbeit von DDR und UdSSR in Wissenschaft, Technik und Produktion für den Zeitraum bis zum Jahre 2000. Allseitig entwickelt sich unsere wirtschaftliche, politische, ideologische und militärische Zusammenarbeit mit der Sowjetunion. Kraft und Schutz fließen uns zu aus unserer leistungsstarken Mitarbeit im RGW und unserer aktiven Mitgliedschaft im Bündnis des Warschauer Vertrages.

Die Ergebnisse des Krieges sind für immer unantastbar

Als am 8. Mai 1945 die Sowjetunion und ihre Verbündeten das faschistische Regime zerschlagen hatten, war das Deutsche Reich in den Flammen des zweiten Weltkrieges untergegangen. Diese Entscheidung der Geschichte ist unwiderruflich.

Auf deutschem Boden entstanden zwei Staaten — die sozialistische Deutsche Demokratische Republik und die kapitalistische Bundesrepublik Deutschland. Das sind zwei souveräne, voneinander unabhängige Staaten. Sie sind ein Element des Kräftegleichgewichts, wie es sich im Ergebnis des Krieges und der Nachkriegszeit herausbildete. Insofern sind sie unverzichtbar für eine europäische Friedensordnung.

Auch für den zweiten deutschen Staat, die BRD, gilt die Verpflichtung, alles zu tun, damit nie wieder von deutschem Boden Krieg ausgeht. In diesem Sinne ist die Bundesrepublik verpflichtet auf die Abkommen von Jalta und Potsdam, auf die Schlußakte von Helsinki und die Verträge mit der DDR, der UdSSR, der VR Polen und der CSSR. Wer in der BRD sagt, er wolle Frieden, muß dem Geist und dem Buchstaben dieser Verträge entsprechen.

Dem widerspricht die provokatorische Stationierung der Pershing 2 und Cruise Missiles, die die Gefahr eines nuklearen Infernos erhöhten — eines Krieges, in dem es keine Sieger und keine Besiegten gäbe.

Dem widerspricht, daß manche Leute in Bonn, ermuntert durch das atomare Potential der USA und der NATO, mit großer Lautstärke revanchistische Ansprüche stellen. Natürlich hat der Versuch, die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges und der Nachkriegsentwicklung zu korrigieren, keine Aussicht auf Erfolg. Die Gründung der DDR war eine entscheidende historische Niederlage für jegliche Revanchepolitik.

Jedem Gerede von der "Existenz des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937" haben wir über die Dauer von 40 Jahren jederzeit die gebührende Abfuhr erteilt. So wird es auch in Zukunft sein.

Fest steht eines: Die europäische Friedensordnung, für die im Kampf gegen den Hitlerfaschismus so viel Blut vergossen wurde, fordert die Anerkennung, Sicherheit und Unverletzlichkeit der Grenzen aller Staaten unseres Kontinents. Wer in der BRD vom 8. Mai 1945 als von einem Tag der Trauer spricht, von Kapitulation statt von Befreiung, und wer die europäische Landkarte verändern möchte, stellt sich ins Abseits der Geschichte und gefährdet den Frieden in Europa.

Die Hauptlehre des Krieges heißt: den Frieden sichern

Vier Jahrzehnte nach Zerschlagung des Faschismus ist der Frieden erneut bedroht. Die aggressivsten Kreise des Imperialismus, besonders der USA und der NATO, setzen auf die Erlangung militärischer Überlegenheit und unternehmen damit den bislang massivsten Versuch, die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges sowie der Nachkriegsperiode zu ändern. Sie zielen mit ihrer Politik der atomaren Hochrüstung und Erpressung auf Weltherrschaft. Sie zielen auf gewaltsame Beseitigung des Sozialismus. Sie zielen gegen die nationale Befreiungsbewegung, wofür in unseren Tagen die Aggressionsdrohungen der USA gegen Nikaragua ein drastisches Beispiel liefern.

Aktueller denn je ist die Hauptlehre des zweiten Weltkrieges und das Vermächtnis des Antifaschismus: alle Kräfte zusammenzuführen, um ein nukleares Inferno zu verhindern.

In der gefährlichsten Lage nach dem zweiten Weltkrieg, angesichts des Angriffs des Imperialismus auf alles, was Fortschritt verkörpert, erklären wir: Jetzt erst recht — alles für den Frieden!

Für den Frieden — das heißt, nach der Stationierung der atomaren USA-Erstschlagswaffen in der BRD und anderen westeuropäischen Ländern alles zu tun für die Stärkung und den Schutz des Sozialismus. Jeder kann an seinem Platz, durch seine tägliche Arbeit dazu beitragen. Sozialismus und Frieden sind eins!

Für den Frieden — das bedeutet, mehr denn je nach höchster Arbeitsproduktivität zu streben, die Intensivierung in allen Bereichen umfassend zu gestalten, die produktiven Kräfte in unserer Republik entsprechend höchsten internationalen Anforderungen zu entwickeln und mit Engagement alles zu tun, um die historische Überlegenheit des Sozialismus jeden Tag mit wachsendem ökonomischem und sozialem Ergebnis unter Beweis zu stellen.

Für den Frieden — das bedeutet, die Außen- und Sicherheitspolitik darauf zu orientieren, den verhängnisvollen Rüstungswettlauf zu stoppen. Wir begrüßen die Vereinbarung zwischen der Sowjetunion und den USA zu neuen Verhandlungen über den gesamten Komplex

der nuklearen und der Weltraumwaffen. Die UdSSR erklärt sich bereit, radikalste Lösungen ins Auge zu fassen, wenn damit die Rüstungsschraube angehalten und eine Militarisierung des Weltraums verhindert werden kann.

Für den Frieden — dafür liegen Vorschläge der sozialistischen Staaten zum Abbau der militärischen Konfrontation und für eine Rückkehr zur Entspannung auf dem Tisch: Einfrieren aller nuklearen Massenvernichtungsmittel; Verzicht aller gemäß dem Beispiel der UdSSR auf den Ersteinsatz von Atomwaffen; Abrüstung nach dem Prinzip der Gleichheit und der gleichen Sicherheit; Schaffung von kernwaffenfreien Zonen, wobei die DDR bereit ist, ihr gesamtes Territorium zur Verfügung zu stellen; Verhinderung der Produktion, der Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen; Abschluß eines Vertrages über die Nichtanwendung militärischer Gewalt und die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen zwischen Warschauer Vertrag und NATO.

Für den Frieden — dafür handeln wir, wenn wir den aggressivsten imperialistischen Kräften keine militärische Überlegenheit gestatten und unseren Beitrag zur Sicherung des militärstrategischen Gleichgewichts zwischen Warschauer Vertrag und NATO leisten. Es preiszugeben hieße, gegen die Lehren des zweiten Weltkrieges zu verstoßen.

Für den Frieden — dafür wirken wir, wenn wir unsere Politik des konstruktiven Dialogs fortsetzen und so dazu beitragen, daß eine weltweite Koalition der Vernunft und des Realismus zustande kommt. Die Antihitlerkoalition, die im Verlaufe des zweiten Weltkrieges geschaffen wurde und der mehr als 50 Staaten zugehörten, war darauf gerichtet, den Faschismus, den schlimmsten Menschheitsfeind, zu vernichten. Heute muß eine Koalition der Vernunft eine nukleare Katastrophe für die Menschheit verhindern.

Im Wachsen begriffen ist die Friedensbewegung der Völker auf allen fünf Kontinenten. Sie stellt eine Kraft dar, mit der die Imperialisten rechnen müssen. Noch nie seit dem zweiten Weltkrieg waren die Gefahren so groß, aber noch nie waren die Kräfte auch so stark, die in der Lage sind, dem Konfrontations- und Hochrüstungskurs der aggressivsten Kreise des Imperialismus Einhalt zu gebieten.

Liebe Mitbürger!

Genossen und Freunde!

1985 ist nicht 1939 und nicht 1941. Heute sind die Kräfte des Friedens und des gesellschaftlichen Fortschritts ungleich stärker als vor einem halben Jahrhundert. Es gibt die reale Möglichkeit, einen nuklearen Weltbrand zu verhindern, wenn der Sozialismus, die internationale Arbeiterbewegung, die Bewegung der Nichtpaktgebundenen und die Friedensbewegung der Völker alles, was sie vermögen, in die Waagschale werfen. Die Chance für eine Verantwortungsgemeinschaft, die Menschen aller Klassen und Schichten, jedweder Hautfarbe, weltanschaulichen oder religiösen Bindung zusammenschließt, steht günstig. Wir haben Grund, optimistisch zu sein. Dabei ist ein starkes Motiv unserer Zuversicht und der Sicherheit der Zukunft auch unserer Kinder und Kindeskinde der unzerstörbare Bund mit unseren Befreiern und Brüdern in der Sowjetunion, dem stärksten Friedensstaat.

Wir werden alles tun, um diesen Bruderbund immer weiter zu festigen und seine ökonomischen, politischen und geistigen Potenzen auf die Höhe der vor uns stehenden größeren Aufgaben zu heben.

Wir werden alles tun, um unsere sozialistische Deutsche Demokratische Republik weiter zu stärken und sicher zu schützen. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist die Erfüllung und gezielte Überbietung des Volkswirtschaftsplanes 1985 und der kontinuierliche Übergang zum Fünfjahrplan 1986–1990. Durch ihre Taten im sozialistischen Wettbewerb werden die Werktätigen den Befreiern vom Faschismus ein würdiges Denkmal setzen.

Wir werden alles tun, um in Vorbereitung des 40. Jahrestages des Sieges und der Befreiung, mit Blick auf den XI. Parteitag der SED, bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft hohe Leistungen in allen Bereichen zu vollbringen. Redliche Arbeit, Fleiß und Initiative sind die Bausteine für das Wohl und Glück des Volkes, für Sicherheit und Frieden.

So sieht der 40. Jahrestag des Sieges über den Hitlerfaschismus und unserer Befreiung das Volk der DDR an der Seite der Sowjetunion, als festen Bestandteil der sozialistischen Gemeinschaft und inmitten jener Kräfte, die danach trachten, den so schwer errungenen, den so kostbaren Frieden zu bewahren. Laßt uns mit Festigkeit auch künftig diesen Weg gehen!

ZENTRALKOMITEE DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

STAATSRAT DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

MINISTERRAT DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

NATIONALRAT DER NATIONALEN FRONT DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

Das Außenhandelsunternehmen
VNESHORGREKLAMA verfügt
über eine 20jährige Erfahrung
bei der Erfüllung von Werbeaufträgen
für ausländische Firmen in der UdSSR.

WIR BIETEN IHNEN UNSERE ZUSAMMENARBEIT AN— DEN WIRKSAMSTEN WEG AUF DEN SOWJETISCHEN MARKT

VNESHORGREKLAMA bietet:

- Kontakte mit Vertretern von potentiellen Kunden und Organisationen, die bei der Entscheidung über einen Kauf mitwirken.
- Beratung bei der Marktforschung für einzelne Waren und Dienstleistungen.
- Aufbau von kompletten Werbekampagnen.
- Werbung in der sowjetischen Fachpresse.
- Veranstaltung von Werbesymposien und Präsentationen.
- Außen- und Innenwerbung (Verkaufswerbung, Werbung in Sportstätten).
- Direct Mail.
- Herausgabe und Vertrieb von Werbe- und Informations-Sonderdrucken.
- Anzeigen im Handbuch „Businessman's Moscow“.
- Werbung im Rundfunk.
- Public Relations.
- Andere Werbedienstleistungen, die in der UdSSR üblich sind.

SOWJETISCHE
AUßENHANDELS-
WERBEORGANISATION
VNESHORGREKLAMA
UdSSR, 113461 Moskau, ul. Kachowka 31.
Telegrammadresse:
Moskau, Vneshtorgreklama
Telefon: 121-04-34
Telex: 411265

Im Objektiv: LIMA

In Lima, der Hauptstadt Perus, herrscht gegenwärtig sommerliche Hitze, denn das lateinamerikanische Land liegt am Äquator. An seinen Pazifik-Stränden kann am Wochenende kaum ein Apfel zu Boden fallen. Eng ist es auch in der Stadt selbst, deren akutestes Problem die Überbevölkerung ist. Die Hauptstadt und ihre Vororte, einschließlich des Hafens Callao, beherbergen ungefähr 6 Millionen Menschen, fast ein Drittel der gesamten Landesbevölkerung. Hier sind rund 80% der verarbeitenden Industrie konzentriert (Nahrungsmittel-, Textil-, Automobil-, Metallindustrie, Erdölraffinerien und Chemiewerke).

Der Regierungspalast am Bolivar-Platz

Luxusvillen und Elendsviertel, funkelnde Schaufenster mit nur für wenige erschwinglichen Waren und bettelnde Arbeitslose sind die Merkmale der Politik des „freien Unter-

nehmertums“, die die regierende bürgerliche Partei Volksaktion Perus verfolgt. Bei den Wahlen in Lima dagegen hat die demokratische Opposition gesiegt. Schon über ein Jahr wird der Stadtrat von Vertretern des Blocks der Einheit der Linkskräfte geleitet. Sie unternehmen große Anstrengungen, um die Lage der Armen und den sanitären Zustand Limas zu verbessern sowie das öffentliche Verkehrsnetz auszubauen.



Denkmal für den Indianerführer Manco Inca, der 1535 den Aufstand gegen die spanischen Konquistadoren leitete

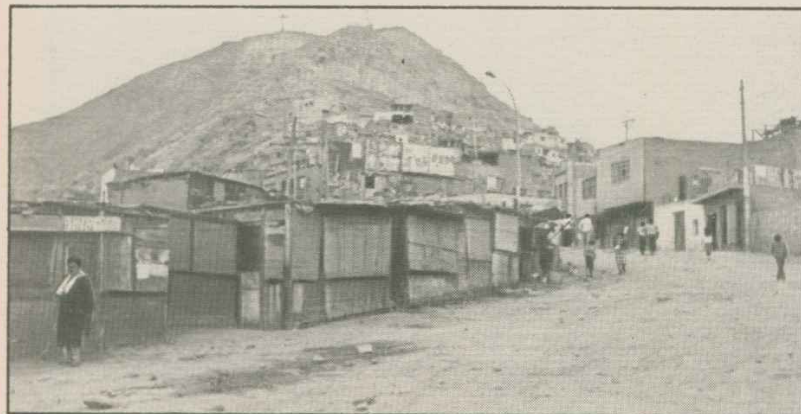
Geschäftsstraße



Peruanerin



Fotos:
I. Skatschkowa



Hier leben die Armen

Das berühmte Gold-Museum Perus

